



universität
wien

MASTERARBEIT /MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Zeit als Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse
im Rahmen kritischer Sozialforschung.

Krisen und ihre Verschiebung.“

verfasst von /submitted by

Ako Pire, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts MA

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

INHALTSVERZEICHNIS	1
EINLEITUNG	3
ZEITBEGRIFFE	4
Die „leere“ Zeit empirischer und wirtschaftswissenschaftlicher Beiträge	5
Die globale Gleichzeitigkeit der Moderne	8
Zeit als Rhythmen sozialer Verhältnisse	14
PRODUKTIONSWEISE, REPRODUKTION, GESELLSCHAFTSFORMATION	17
Zeit und kapitalistische Produktionsweise	19
Zinstragendes Kapital – Zeit kostet Geld	33
Kreisläufe, Temporal Fixes, Spatial Fixes	39
AKKUMULATION UND IHRE REGULATION	43
Krise und Periodisierung	55
Akkumulation, Regulation, Staat	57
Regulation und räumliche Ebene	61
Der Fordismus, seine Krise und das finanzdominierte Akkumulationsregime	69
EINE ERSTE ZUSAMMENFASSUNG	81
KONZENTRIERTE KONTINUITÄT, EXPORTIERTE ZERSTÖRUNG	85
Die europäischen Fordismen	85
Von Stagnation zum Euro	87
Die Krise und ihre Bearbeitung: Asynchronität in der EU	89

Eine zweieinhalbte Phase	92
Ausblick	104
FAZIT	108
LITERATUR	115

Einleitung

Diese Arbeit kommt bestimmt nicht zu spät. Dabei schien eine Arbeit über die Krise und ihre zeitliche Verschiebung vor ein paar Jahren zumindest keinen aktuellen Wert mehr zu haben.

Der Zusammenbruch des globalen Finanzsystems schien weit weg, der längste Konjunkturaufschwung der Nachkriegszeit vermittelte beinahe schon den Eindruck, als wäre das Ende der Geschichte aber nun wirklich erreicht, zumindest in den globalen Zentren.

Mit dem politischen Aufstieg verschiedener als populistisch bezeichneter, in der Regel aber rechter bis rechtsextremer Kräfte, nicht nur in den USA und vor allem auch die offenbar nicht bereinigte globale ökonomische Krise zeigen aber erneut, dass die Ruhe eine trügerische und die Gespenster keineswegs gebannt waren. Die Zukunft scheint immer Näher zu kommen.

Die vorliegende Arbeit versucht, einerseits Zeit als Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse nachzuzeichnen. Das heißt, dass nicht einfach angenommen wird, dass Zeit schlicht die Abfolge von Handlungen und aus ihnen bestehenden Prozessen ist, also eine Chronologie gesellschaftlicher Tatsachen, sondern Zeit selbst erklärungsbedürftig ist. Zeit ist keine Abfolge, Zeit selbst ist historisch. Die Aufgabe der Sozialwissenschaften ist also nicht nur die Analyse der Herstellung des sozialen Raumes, sondern auch die Herstellung von Zeit, als die sich Gesellschaft vollzieht.

Zweitens sollen in der Folge Mechanismen der Verschiebung von Krisen dargestellt werden. Dabei wird argumentiert werden, dass Krisen nicht nur ökonomische Krisen sein können, sondern auch andere gesellschaftliche Teilbereiche betreffen und so zu „multiplen Krisen“ werden. Beispielhaft sollen die Verschiebungen der multiplen Krise in der Europäischen Union empirisch dargestellt werden. Vertreten wird hier die These, dass diese multiple Krise zeitlich wie auch räumlich verschoben wird, wobei ein besonderer Fokus auf den Aspekt der zeitlichen Verschiebung, des „temporal fix“ (vgl. Harvey 1982), gelegt wird.

Dabei zeigt sich, dass unabhängig der zeitweilig zumindest nicht unterbrochenen Akkumulation die derzeitige Situation immer noch als multiple Krise darstellt. Ein Krisenbegriff, der sich im Rahmen kritischer Sozialforschung nicht nur auf die ökonomische Entwicklung beschränken lässt, macht deutlich, dass es sich bei Verschiebungen von Krisentendenzen in die Zeit bzw. in die Zukunft dennoch um synchron zu analysierende Krisentendenzen von Bedingungen der Akkumulation wie beispielsweise politischen Grundfesten internationalisierter Staatlichkeit handelt.

Die Europäische Union wurde als Fall gewählt, da sich im Rahmen dieses relativ eng integrierten Staatenbundes temporale Verschiebungen noch einmal deutlicher zeigen können als bei Nationalstaaten, wie weiter unten deutlich werden wird. Gleichzeitig ist eine Analyse

mit dieser räumlichen Einschränkung weniger komplex und damit bearbeitbarer als eine „globalere“ Analyse.

Dies geschieht auch aus der Feststellung heraus, dass die zeitliche Dimension von Gesellschaft in sozialwissenschaftlicher Forschung im Allgemeinen bisher eher vernachlässigt wurde. Während im Rahmen des „spatial turn“ eine ganze Reihe an Untersuchungen zu Gesellschaft und Raum entstanden ist, ist es um die Zeit erstaunlich leise geblieben. So stellt beispielsweise Hartmut Rosa eine zyklische Entwicklung fest, in welcher jeder Autor/Autorin glaubt, dieses Thema gerade neu entdeckt zu haben. Die tatsächlich bestehende Fülle an gesellschaftswissenschaftlichen Beiträgen besteht nur lose nebeneinander, Bezüge fehlen oftmals (vgl. Rosa 2005, S.20).

Wie gezeigt werden wird, ist die Stille um die Zeit in der staatstheoretischen Diskussion noch ausgeprägter. Während kritische Staatstheorien schon früh Raumdimensionen mitanalysierte, sind temporale Aspekte kaum jeweils explizit gemacht worden, was auch für ökonomische Ansätze wie die Regulationstheorie gilt (wobei hier gerade die stilbildende Analyse Michel Agliettas ,1979, eine Ausnahme darstellt.).

Im Folgenden werde ich daher zuerst drei meist implizite Verständnisse von Zeit nennen und kritisch darstellen, zum einen die „leere Zeit“ der Neoklassik, die globale Gleichzeitigkeit der Moderne sowie Zeit als Rhythmen gesellschaftlicher Verhältnisse.

Anschließend werden Grundkategorien der marx'schen Kapitalanalyse zeitkritisch aufgerollt, um die „Ökonomie der Zeit“ genauer zu untersuchen, mit dem verstärkten Einsatz des Werkes von David Harvey, dessen aus der Kritik der politischen Ökonomie gewonnene Konzepte oftmals zugleich eine Raum- als auch eine Zeitdimension aufweisen. Auch bei Harvey gilt, dass die Raumkomponente seiner Begrifflichkeit heute in zahlreichen universitären Curricula vertreten ist, die Rezeption der Zeitdimension seiner Konzept aber stets recht verhalten war.

Es folgt schließlich die Einbettung dieser Erkenntnisse in einen theoretischen Rahmen zur Analyse realer Gesellschaften im Rahmen regulationistischer Ansätze sowie eine empirische Analyse der temporalen Verschiebungen der multiplen Krise der Europäischen Union.

Zeitbegriffe

Wenn auch Zeit in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Studien nicht ganz vernachlässigt wurde, handelte es sich doch zumeist um eine implizite Betrachtung. Implizit oder explizit krankte die Zeitauffassung jedoch zumeist an einer Reihe von Stellen. Da diese Arbeit auch eine Leerstelle bezüglich zeitlicher Aspekte gesellschaftlicher Verhältnisse schließen soll, werden im Folgenden cursorisch drei verschiedene Zeitauffassungen dargestellt und diskutiert.

Die „leere“ Zeit empirischer und wirtschaftswissenschaftlicher Beiträge

In den dominanten Wirtschaftswissenschaften wie auch in den von rational agierenden Einheiten ausgehenden Epistemologien und Methodologien orientierten sonstigen Sozialwissenschaften sowie in den strikt empirischen soziologischen Zeitverwendungsstudien ist ein Zeitbegriff herrschend, der zwar selbsterklärend scheint, es aber keineswegs ist. Die Zeit selbst wird hier gar nicht thematisiert und sie ist in diesem Zeitparadigma auch nicht als solche thematisierbar. Implizit vorhanden ist ein linearer Zeitbegriff, der in der Regel die im mittelalterlichen Europa festgesetzten Einheiten – Stunde, Minute, Tag – unhinterfragt und ahistorisch reproduziert. Da vornehmlich statische Zustände (in diesem Fall vornehmlich die Aufteilung eines Zeitmaßes in bestimmte Zeitverwendungen wie Freizeit, Arbeitszeit etc.) verglichen werden, entfällt ein weiterer Grund, sich mit dem Zeitbegriff überhaupt zu beschäftigen. Es handelt sich um einen Zeitbegriff, der nicht nur linear ist, sondern auch nicht-teleologisch, gleichsam „leer“. Ontologisch ähnelt eine solche Konzeption jener des „Behälterraums“ der Geographie (vgl. Läßle 1991, S. 189), also der Vorstellung, Raum existiere vorsozial und stelle dann die Bühne für gesellschaftliche Verhältnisse und Prozesse dar. Analog wird Temporalität nicht als Attribut sozialer Verhältnisse oder anderer Elemente verstanden, sondern existiert vor diesen – eine Zeit ohne Inhalt, eine leere Zeit. Dass diese qualitative Unbestimmtheit durchaus problematisch sein kann, ist dabei auch der Wirtschaftswissenschaft selbst nicht entgangen. Zum Teil wurde dies konsequent als notwendiger Nachteil eines neoklassischen Paradigmas angesehen (vgl. Boland 1988). Andererseits identifizieren Stockhammer/Ramskogler eine „neoklassisch-keynesianische Synthese“, die versucht das Problem aufzulösen, indem kurzfristig keynesianisch nicht-stufenlose Skalierungen, nicht-räumende Märkte etc. angenommen werden, die sich aber langfristig neoklassisch verhalten, also sich stets intrinsisch zu einem Gleichgewicht entwickeln würden (vgl. Stockhammer/Ramskogler 2009, S.335).

Dies baut auf mehreren Prämissen auf. Einerseits werden soziale Zustände analysiert, indem sichtbare Akteure in ihrem Verhalten modellhaft aggregieren werden, wobei die Aggregation keine über die Summe der einzelnen Teile gehende Eigenschaften aufweist. Dieser „methodologische Individualismus“ geht dabei von einem bestimmten Verhalten aus, nämlich einem „nutzenmaximierenden“, wobei der jeweils konkrete Nutzen variiert. Nicht nur in explizit marktwirtschaftliche handelnde Akteure analysierenden Arbeiten wird dabei mit dem Konzept des abnehmenden Grenznutzens operiert. Dieses „Gesetz“ soll die Verteilung von (stets knappen) Produktionsfaktoren erklären und besagt, dass jede zusätzliche Einheit Arbeit

(oder Kapital) weniger Nutzen generiert als die vorhergehende Einheit. Die letzte nutzbringende Einheit ist der Grenznutzen, ab welchem der Aufwand für eine zusätzliche Einheit den daraus gewonnen Nutzen übersteigt. Auf globaler Ebene ergäbe sich so ein Ausgleich, ein Verteilungsoptimum zwischen den Produktionsfaktoren. Dieses Modell ist zwar abstrakt, abstrahiert wird aber nicht vom realen Geschehen, sondern von naturalisierten Marktvorgängen und einer recht trivialen Erkenntnis der Existenz von Eigennutz. Trotz Versuchen, diverse „Unebenheiten“ (Skalenvorteile, geografische Grenzen, Regulatorien betreffend Arbeitszeiten oder anderen wirtschaftlich relevanten Bereichen etc.) im Nachhinein der Analyse hinzuzufügen, bleiben diese „marginalistischen“ Perspektiven chronisch weit entfernt vom realen sozialen Geschehen und geben dieses nur gebrochen wieder.

Die dahinterstehende Zeitauffassung wird gut sichtbar, indem der Prozess der Preisbildung von Arbeit wie Gütern als eine Aufeinanderfolge von Auktionen beschrieben wird. Ist ein solcher Prozess (bzw. der Anschein hiervon) heute noch immer abseits von Systemen zum Hochfrequenzhandel von Finanzprodukten weit entfernt vom eigentlichen Marktgeschehen, war er es im 19. Jahrhundert noch um so mehr. Weder gehen geografische noch zeitliche noch sonstige Barrieren in diese Reihe von Versteigerungen ein, die Käufer und Verkäufer einigen sich ortsunabhängig mit gleicher Information ausgestattet instantan, „wie gleichzeitig“, auf die Preise und schaffen somit ein Gleichgewicht aus Käufen und Verkäufen von Waren.

Damit erfassen diese Analysen jedoch stets einzelne Situationen und schließen im Vergleich zu anderen statischen Abbildern auf Bewegungen von Faktoren aufgrund der Grenznutzenannahme. Die dynamische Entwicklung von einer statischen Situation zu einer anderen können sie begriffsinhärent nicht erklären (vgl. Aglietta 1979, S.295). Im Gegenteil ist Dynamik eigentlich bei „perfekten“ Märkten unerklärbar, ist doch Information- und „Wissensgleichheit“ (letzteres zumindest i.S. von stufenlos zukaufbaren Quanta „Wissen“) vorausgesetzt.

Dieses Paradigma wurde auch auf Zeitpräferenzen übertragen in der mikroökonomischen Theorie der Wahlhandlungen privater Haushalte. Demnach haben sowohl Arbeitszeit wie auch Freizeit, d.h. in dieser Theorie Zeit, in welcher Güter oder Dienstleistungen konsumiert werden, abnehmenden Grenznutzen für das nutzenmaximierende Individuum (vgl. Niessen 1988, S70 ff.), womit sie im Grunde universal anwendbar wäre.

Dieser Zugang reproduziert aber in seinen Analysen eine Reihe oben benannten Fallstricken. So abstrahiert das Modell von Regulierungen, beispielsweise kollektiven Lohn- und Arbeitszeitaushandlungen, es wird suggeriert, Individuen könnten sich stufenlos für verschiedene Quanten Arbeits- und Freizeit, in welcher konsumiert wird, entscheiden. Eine

Annahme, die auch vor dem Hintergrund vergeschlechtlicher Reproduktionsarbeit vollkommen unhaltbar ist. Weiters ist unhaltbar, dass Langeweile (also der Grenznutzen der letzten Zeiteinheit Freizeit) auf jeden Fall eintritt, außerdem ist die Klassifizierung in arbeitsfreie Zeit zum Konsum und „Arbeit“ prekär. Weder geht Reproduktionsarbeit als solche in die Analyse ein noch ließen sich Freizeit und Arbeitszeit trennscharf behandeln. Im Gegenteil werden in der Literatur Tendenzen zur zunehmenden weniger starken Begrenzung von Frei- und Arbeitszeit ausgemacht (vgl. beispielsweise Jurczyk/Voß 2000). Auch können Arbeiten verrichtet werden, die weder im Haushalt noch bezahlt sind (bspw. das klassische Ehrenamt). Eine aus dieser Betrachtung entwickelte These ist, dass bei abnehmender Freizeit die Konsumdichte zuzunehmen scheint (vgl. Niessen 1988, S.74 ff.), dass also Haushalte bei erhöhter Erwerbsbeteiligung in kürzerer Zeit Warenverkehr tätigen und dass bei steigendem Einkommen ebenso die Konsumdichte erhöht wird, was zu einem Rückgang von freier Zeit führt. Dies ist tatsächlich naheliegend, aber es fehlt jede Erklärung davon, warum dies zwangsläufig passieren soll (vgl. Schlote 1996, S.58ff.).

Dabei entfernen sich rasch wirtschaftswissenschaftliche Beiträge von diesem Paradigma, wenn nicht-kapitalistische ökonomische soziale Verhältnisse analysiert werden sollen, in denen Arbeit nicht nach abstrakter Zeit gemessen wird. In den Subsistenzwirtschaften beispielsweise ist eine Erhöhung des Arbeitspensums über das zur konkreten Reproduktion Nötige nicht feststellbar (vgl. auch Polanyi 1944, S.71ff.). Eine erhöhte Produktivität wird stattdessen in vermehrte Freizeit umgesetzt. Eine Orientierung an einen Grenznutzen hätte keinen Sinn, da der Nutzen in der gelingenden Reproduktion liegt und damit binär wird.

Dieser Zeitbegriff operiert einerseits mit einer newton'schen Zeitauffassung. Zeit (und Raum!) ist gesellschaftlichen Verhältnissen äußerlich, quasi eine universelle gleiche, unveränderliche Bühne: „Die absolute, wahre und mathematische Zeit, an sich und ihrer Natur nach ohne Beziehung zu irgend etwas Äußerem, fließt gleichmäßig dahin und wird auch als Dauer bezeichnet“ (Newton 1999[1687], nach Greene 2006, S.435). Andererseits erinnert diese Annahme eines universalen Uhrwerks auch nicht zufällig an das geflügelte Wort, dass Zeit Geld sei. Mit dem Geld teilt sich diese Zeitauffassung zum einen die unendliche Teilbarkeit, zum anderen die abstrakte, von allen konkreten Eigenschaften der Natur oder ihrer gesellschaftlichen Bearbeitung befreite Abstraktion als Maßeinheit. Damit eignet sich diese Zeit als Maß für die abstrakte Arbeit, also Arbeit, deren Bestimmung es einzig und allein ist, wertschaffend zu sein, vorzüglich. Dass Kapital, wie auch die in ihm eingehenden Arbeitskraft, letztlich in Geldbewegungen und Arbeit in Zeit gemessen wird, ist auch bei dem zentralen

Unterschied relevant: Zeit vergeht unaufhaltsam, Geld nicht. Dass aber auch das Kapital auf einer Wertebene der Zeit nicht entgeht, wird weiter unten deutlich werden.

Weiters ist das Abrücken von einer objektiven Bestimmung des Wertes von Waren (Arbeitswerttheorie) und weiter des Wertes von Konsum- bzw. Arbeitszeit verbunden mit Problemen, Zeit bzw. Warenpräferenzen überhaupt zu thematisieren. Während in der Sphäre der kapitalistischen Ökonomie die Bewegung hin zu einem Gleichgewicht erklärt wird, aber nicht das Gleichgewicht selbst, kann die mikroökonomische Theorie Zeitpräferenzen nicht begründen.

Für die Zwecke dieser Analyse geht ein so gefasster Zeitbegriff dreifach am Ziel vorbei. Einerseits wird mit einem Zeitbegriff gearbeitet, der überhaupt erst erklärt werden muss. Das Maß der Zeit wird reifiziert, als handle es sich nicht letztendlich um willkürliche Festlegungen, die sich auf die Bewegung der Planeten beziehen (festgelegt zu einer Zeit, als nicht einmal das als gesichert gelten konnte). Zweitens ist die neoklassische Zeitperspektive kaum anwendbar, sobald nichtwarenförmige ökonomische Verhältnisse betroffen sind. Drittens und am relevantesten ist wohl die damit einhergehende ontologische Perspektive, die empirische Aktivitäten als geschlossene Blöcke in einer potenziell „leeren“ Zeit begreift, nicht aber als konstitutive Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse, unabhängig von scheinbar naheliegenden Rhythmen wie dem Tag-Nacht-Wechsel.

Die globale Gleichzeitigkeit der Moderne

Ein zweiter Zugang zu Zeit, der womöglich am stärksten von Hegel ausgearbeitet (und auch an ihm am stärksten kritisiert wurde), begreift im Unterschied zur vorhergehenden ahistorischen Zeitdefinition den historischen Charakter von Messung und Verwendung von Zeit sehr wohl. (z.B. Rosa 2006, S. 50ff.)

Der „Weltgeist“ als „expressive Totalität“ (vgl. Althusser 2011, S.105ff.) ist dabei der klassische zentrale Taktgeber einer zunehmend globalisierten Welt, gleichsam eine determinierende Weltuhr.

Zeit wird dabei als linear und teleologisch und tendenziell auch als sich immer stärker beschleunigend konzipiert. Sie wird als sich universalisierend geografisch ausbreitende Zeit gedacht, auch in dem Sinn, dass „Gleichzeitigkeit“ global grundlegend gleiche soziale Verhältnisse hervorbringe. So beispielsweise Elias: „Die menschliche Erfahrung dessen, was heute Zeit genannt wird, hat sich in der Vergangenheit verändert und verändert sich heute

weiter, und zwar *nicht* in einer zufälligen oder *historischen* Weise, sondern in einer strukturierten und *gerichteten* Weise[...].“ (Elias 1988, S.2; Kursive Setzung A.P.)

Auch wenn zuweilen Relativierungen zu lesen sind (z.B. vgl. Rosa 2005, S.335ff.) ist die gesellschaftliche Zeit eine tendenziell globale, wenn auch mit „regionalen Verspätungen“ in zweiter oder dritter Welt, wie in den Modernisierungstheorien der Nachkriegszeit oder der Transformationsforschung nach 1990 angenommen. Dies ermöglicht auch die Setzung einer privilegierten Basiszeit, einer 0 – Linie, auf die die geografisch verschiedenen Zeiten zurückgeführt werden können. So bleibt weiterhin diesem Verständnis von Zeit verhaftet auch, wer verschiedene „Zeitniveaus“ annimmt, die ähnlich einem Balkendiagramm verschiedene „Längen“ (Fortschrittsniveaus) aufweisen.

Dabei herrscht diese Zeitauffassung bei so unterschiedlichen AutorInnen wie Luhmann (linear ansteigende Komplexität), Lukacs (sich unaufhaltsam zuspitzende dialektische Klassenwidersprüche)¹, Norbert Elias (Zeit als Bestandteil des Zivilisierungsprojekts), aber auch beim derzeit wohl bedeutendsten Autor in diesem Feld, Hartmut Rosa, auf welchen weiter unten noch genauer eingegangen wird, vor. Dabei wird stets ein Maß privilegiert, wenn es auch ein transitorisches ist, an welchem sich die vektorielle Veränderung (schneller, komplexer, differenzierter...) misst. Oftmals sind die Zeitdefinitionen nicht begrifflich eingebettet in eine Konzeption von Gesellschaft als Ganzem. Rosa (2005) definiert die soziale Beschleunigung beispielsweise als „Mengenzunahme pro Zeiteinheit“, wobei über eine ahistorische Definition nicht spezifiziert wird, was, wo und warum diese Menge bildet (vgl. 2005, S.115). Elias wiederum sieht Zeit als „ein für eine Beziehung, die eine Menschengruppe, also eine Gruppe von Lebewesen mit der biologischen Fähigkeit zur Erinnerung und zur Synthese, zwischen zwei oder mehreren Geschehensabläufen herstellt, von denen sie einen als Bezugsrahmen oder Maßstab für den oder die anderen standardisiert.“ (Elias 1988, S.11ff.) Auch diese Definition ist ahistorisch und nicht eingebettet in historisch unterschiedliche gesellschaftliche Imperative.

¹ An Marx orientiert kommt diese Interpretation nicht von ungefähr. Einige Marx'sche Analysen sind tatsächlich stark teleologisch geprägt oder können zumindest leicht so interpretiert werden, z.B. wenn die Rede davon ist, dass das „industriell entwickeltere Land dem minder entwickelten nur das Bild seiner eigenen Zukunft“ zeige (MEW 23, S.12). Da sich diese Arbeit an einer Reihe marxistischer Begrifflichkeiten orientiert, wird darauf weiter unten noch eingegangen werden.

Ohne Übertreibung können aber solche Zeitbegriffe als die dominanten Zeitverständnisse der Moderne (zumindest ihrer gedanklichen Reproduktion²) bezeichnet werden, ein Begriff, der nur selten fernab des Konzepts „Fortschritts glauben“ zu finden ist. Die Auffassung dieser „gleichzeitigen Gegenwärtigkeit“ findet sich auch bei der oben beschriebenen „leeren Zeit“.

Zeuge der bei weitem nicht gegebenen Selbstverständlichkeit dieser Konzepte ist auch die Begriffsgeschichte: So taucht „Geschichte“ im Singular in der heutigen universellen Bedeutung auch erst recht spät auf, bis zur Neuzeit herrscht die Verwendung von „Geschichten“ i.S. verschiedener miteinander unverbundener Sequenzen vor (vgl. Hohn 1984, S.15).

Problematisch für die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse ist diese Konzeption in mehrfacher Weise, wobei im Folgenden auf Hartmut Rosa (2005) beispielhaft eingegangen wird, der zu dem Themenkomplex Zeit in jüngster Zeit wohl am häufigsten publiziert wie auch rezipiert wurde.

Einerseits sind Differenzen in den Zeitstrukturen nur als Verspätungen oder Antizipationen denkbar. Wenn eine teleologische Bewegung in der Zeit als gegeben angenommen wird, kommen ergebnisoffene Prozesse nicht in den Blick. Für die Konzeption sozialer Krisen stellt das ein Problem dar, zumindest dann, wenn durch Krisen die Möglichkeit einer qualitativen Veränderung von Entwicklungsdynamiken verbunden sein soll. Ist sie das aber nicht, bleibt unklar, was unter einer sozialen Krise überhaupt verstanden werden soll, abgesehen von einem kurzweiligen Einbruch einer vorgezeichneten Entwicklung. Beispielsweise wird in Hartmut Rosas populärem Werk zur Beschleunigung sozialer Verhältnisse (2005) „Verlangsamung“ (vgl. S.278) als einziger zeitlicher Aspekt ökonomischer Krisen benannt. Erklärt ist damit jedoch wenig mehr als bei neoklassischen Konzeptionen von Zeit, die ebenso nicht in der Lage sind, Zeit qualitativ als Kategorie der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse zu fassen.

Andererseits werden gesellschaftliche Widersprüche unsichtbar gemacht. So schreibt Rosa beispielsweise von der Flexibilisierung der Arbeitswelt zwar, dass sich aus den damit verbundenen Möglichkeiten „zeitökonomische Vorteile für den Arbeitgeber“ (S. 275) ergeben. Völlig unterbeleuchtet bleibt im gesamten Kapitel jedoch die Frage der Verfügung über Zeit, der Bestimmung über Zeitpunkte und dergleichen, die sich aus der konstitutiv unterschiedlichen Stellung (und damit verbundener Macht) in den sozialen Verhältnissen ergeben. ArbeitnehmerInnen haben konstitutiv andere Interessen, auch über die Verteilung ihrer Arbeitszeit, als ArbeitgeberInnen.

² Für die realen Praxen kann von einer Dominanz des ersteren, neoklassischen Modells, ausgegangen werden, zumindest in den Metropolen und außerhalb der Landwirtschaft. Metropolitane, in allen Bedeutungen, soziale Verhältnisse waren aber auch die privilegierten Objekte innerhalb des „modernen“ Diskurses.

Zwar erklärt Rosa, sich nicht auf „Trennungen, Spaltungen, Widersprüche“ zu fokussieren, sondern auf klassenübergreifende „formative Elemente, die Lebens- und Gesellschaftsform und ihre Elemente jenseits der und über die Klassengrenzen hinweg bestimmten.“ (Rosa 2005, S. 271). Dass es sich aber gerade bei dem von ihm gebrachten Beispiel des für die Arbeitgeberseite vorteilhaften Arrangements nicht um ein gesellschaftlich spaltendes, ungleiches Verhältnis handelt, lässt sich freilich kaum halten. Im Gegenteil sind zahlreiche Beispiele auch aus der Frühzeit des Kapitalismus überliefert, die das Gegenteil nahelegen (vgl. Thompson 1963, Polanyi 1944, S. 57ff.), ganz abgesehen von Auseinandersetzungen um das Ausmaß der Arbeitszeit.

Das Kapitalismusverständnis Rosas ist dabei nicht nur an dieser Stelle verkürzt.

Während Markt und Konkurrenz die ökonomische Beschleunigung angelastet wird, wird für die kulturelle eine kulturphilosophische und für die Beschleunigung des Lebenstempos eine systemtheoretische Erklärung gefunden, diese „Motoren“ der Beschleunigung bilden einen Zirkel, in dem sich die einzelnen Motoren wechselseitig antreiben. Zwischen den divergenten Grundannahmen dieser verschiedenen Theorien für die einzelnen Elemente des Beschleunigungszirkels wird dabei nicht vermittelt (vgl. Rosa 2005, S.256ff).

Die kapitalistische Warenproduktion wie auch Ökonomie überhaupt werden so unvermittelt und isoliert betrachtet. Ihre Reproduktionsimperative gehen in die Analyse kaum ein. Das ist sehr bedauerlich, zumal das inspirierende Werk Rosas stark auf den Aspekt der Lebensführung fokussiert, welchen man als eine (freilich jedoch stark historisch konkret gebrochene!) Vermittlung dieser Imperative auffassen könnte. Relativierungen wie beispielsweise die „fünf Kategorien der Beharrung“ (vgl. ebda.,S.138ff.), also Bereiche, die sich der Beschleunigung entziehen, könnten meines Erachtens einen Ansatzpunkt dafür darstellen.

Die Blindstelle struktureller Interessensgegensätze setzt sich auch fort in einer massiven Akteursblindheit, die die Problematik von Rosas Zeitbegriff vielleicht am deutlichsten illustriert. Bezüglich des Nationalstaates schreibt Rosa (2005, S.325) beispielsweise: „Der zentralistische Staat ist als Akteur zu langsam und zu unbeweglich für die durch die neuen Informationstechnologien geschaffenen Zeitstrukturen der Netzwerkgesellschaft; er hatte der bisher letzten Beschleunigungswelle der westlich-kapitalistischen Gesellschaften keine eigene Dynamisierungskraft mehr entgegenzusetzen.“ Hartmut Rosa analysiert Motoren der Beschleunigung, wer diese aber konstruiert, bedient und in Gang hält, bleibt im Dunkeln: Wer ist „Informationstechnologie“? Wer hat sie (bzw. die Bedingungen ihrer Entwicklung) geschaffen, entwickelt, ihre Verbreitung befördert? Auch wenn sie dem/der LeserIn zum Greifen nahe scheinen, finden sie keine Erwähnung. Wenn aber Zeit historisches Produkt ist,

wurden Zeitstrukturen bzw. ihre Motoren gemacht. Die Frage drängt sich auf, warum einige gesellschaftliche Teilbereiche dynamisiert werden und andere nicht.

Dabei handelt es sich nur scheinbar um den vor lauter Wald übersehenen Baum. Implizit erwähnt er sogar Macht und Herrschaft im Zusammenhang mit einem als politischem Projekt eingesetzten Globalisierungsbegriff: „Es [das politische Projekt der Globalisierung, Anm. A.P.] besteht nämlich vor allem darin, die Zirkulationshemmnisse der „global flows“ zu beseitigen. [...] Weil staatliche und demokratische politische Steuerung über die Beseitigung von Zirkulationshemmnissen hinaus einerseits zu aufwändig ist und andererseits Transaktionskosten und Reibungsverluste an den Grenzen mit sich bringt, wirkt sie bremsend auf die hyperakzelerierten Zirkulationsprozesse der globalen Netzwerke, die durchaus nicht frei von Macht und Herrschaftsverhältnissen sind, wenngleich sie eine ebenfalls fluide, entpersonalisierte Form von Macht verkörpern.“ (2005, 349-350).

Doch warum diese Weigerung, asymmetrische Machtbalancen wie auch die AkteurInnen an den beiden Polen solcher Verhältnisse zu benennen?

Es ist sein Begriff der Zeit selbst, der ihn daran hindert, diese Fragen zu stellen.

Zwar lässt Rosa keinen Zweifel daran, dass es sich bei seinem Zeitbegriff um einen handeln soll, in Rahmen dessen sich Gesellschaft sich nicht *in* der Zeit sondern *als* Zeit (vgl. Al Nasser 2004, S.88) vollzieht: „Als leitende Hypothese dient dabei die Vermutung, dass Modernisierung nicht nur ein vielschichtiger Prozess in der Zeit ist, sondern zuerst und vor allem auch eine strukturell und kulturell höchst bedeutsame Transformation der Temporalstrukturen und –horizonte selbst bezeichnet und dass die Veränderungsrichtung dabei am angemessensten mit dem Begriff der sozialen Beschleunigung zu erfassen ist.“ (Rosa 2005, S. 24)

Rosa zweifelt also nicht, dass sich die Zeit, als welche sich die Gesellschaft vollzieht, selbst ändert. Das Problem ist jedoch, dass es sich dabei letztendlich um eine einfache Veränderung im Sinne von zeitlichen Einheiten handelt und damit letztendlich Zeit wiederum nicht als Dimension verschiedener gesellschaftlicher Verhältnisse gedacht wird. Gesellschaftliche Imperative treten beim ihm erst nachträglich ein und anstatt Zeit als Lagerungsqualität verschiedener gesellschaftlicher Verhältnisse zu begreifen, wird eine Art universelles Metaverhältnis erschaffen. Dadurch handelt es sich bei Rosa um ein und dieselbe Zeit für alle Lagen der Gesellschaft, mehr noch, für alle Individuen (vgl. Rosa 2005, S.352ff.), die temporale Macht und Herrschaft nur mehr entpersonalisiert erfahren würden – ein teleologischer Begriff, der empirisch geworden, die Geschichte der Zeit macht.

Rosa impliziert eine (einzige) Basiszeit, von der aus „formative Elemente“ geschaffen werden, durch unpersönliche Entwicklungen, die in ihren Auswirkungen ebenso unpersönlich bleiben. Dabei ist die Auseinandersetzung um Zeit eine unversöhnliche. In der von Rosa angesprochenen Lohnarbeit wird beispielsweise nicht bloß eine Zeiterfassung der einzelnen ArbeiterIn bzw. des Arbeiters verlangt, sondern oft ihrer jeweiligen Teilschritte, ihrer Bewegungen (auch der geistigen), tendenziell unabhängig von jeder anderen biologischen Funktion – die aber in jedem Fall ihrer Eigenzeitlichkeit nicht verlieren. Wo der Arbeiter zum Anhängsel der Maschine im Eigentum des Käufers/der Käuferin von Arbeitskraft wird, kann das auf dieselbe abstrakte Zeit bezogene Imperativ nicht dasselbe und die Zeit selbst nicht vorsozial gegeben sein (vgl. Thompson 1963, auch weiter unten). Der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin kauft bestimmte Potenzen für und zu bestimmten Zeiten, die ArbeiterInnen verkaufen ihre gesamte Zeit, ihre ganze Präsenz. Während die ArbeitgeberInnen ausgehend von zeitlichen Imperativen wie der gesellschaftlich notwendigen Umschlagzeit und ähnlichem operieren, ist die für die ArbeitnehmerInnen relevante Zeit jene, die sie zur eigenen (nicht nur biologischen) Reproduktion benötigen, gleich ob bestimmte Zeitpunkte oder auch Zeiträume, beispielsweise die arbeitsfreie Zeit. Die gemessene Zeit und daraus abgeleitete Zeiträume (in diesem Fall Schichten, Ferien und dergleichen) sind die Produkte verschiedener zeitlicher Interessen, nicht der Entwicklung formativer, für alle sozialen Lagen in ihrer Wirkung gleicher Elemente.

Dass sich, mit Rosa gesprochen, „Temporalstrukturen“ beschleunigen, d.h. mehr Menge pro Zeiteinheit, hat für verschiedene soziale Lagen unterschiedliche Wirkungen und muss nicht einmal für alle als Beschleunigung erfahren werden. Dass beispielsweise Kurierdienste Sendungen schneller zustellen, ist zwar zuweilen durch eine Erhöhung des Arbeitsdrucks für die ZustellerInnen erkauft (in Rosas Terminologie: Erhöhung der Menge der Zustellungen in der gleichen Zeit). Für den/die DisponentIn wiederum ist eine derartige Entwicklung womöglich sogar mit geringerem Zeitdruck in der Planung von Abläufen verbunden. Und für die KonsumentInnen mit potenziell sehr großen Zeiteinsparungen – die, wie Rosa es andeutet, dann wieder angeeignet werden können, es aber keinesfalls müssen.

Dass Zeiteinsparungen tendenziell zu Mehrkonsum anregen, mag zwar stimmen. Das ist aber in modernen, also in kapitalistischen, Gesellschaften eine notwendige Folge des Zwangs zur erweiterten Reproduktion des Kapitals, also von Wachstum. Vor diesem Hintergrund kann die Frage in einer arbeitsteiligen Gesellschaft nicht sein, ob nun eine Beschleunigung i.S. einer Mengenzunahme je Zeiteinheit eintritt, sondern wie sich Zeiten für einerseits verschiedene gesellschaftliche Lagen verändern.

Wichtig wäre, die Frage zu stellen, wer oder was jeweils wen oder was beschleunigt oder wer bzw. was und warum unter Beschleunigungszwang gerät.

Die gedankliche globale Identität einer implizit angenommenen Weltzeit verdunkelt mehr als sie erhellt. Gerade der Vollzug organischer Krisen als Zeit, in denen die Widersprüche und Antagonismen zwischen gesellschaftlichen Gruppen offener sein müsste als in Situationen, in denen sich relative Stabilität als Zeit vollzieht, kann dadurch schwer herausgearbeitet werden.

Laut Althusser (2015, S.306) bestehe „die Probe“ für eine derartige Zeitauffassung in einem Wesensschnitt. Einer, so Althusser, hegelschen Zeitauffassung entspräche die Möglichkeit, durch die verschiedensten Ebenen, Regionen einer Gegenwart einen Schnitt zu ziehen und in allen ihren Schichten dieselbe Zeitlichkeit zu „finden“, eine „gleichzeitige Gegenwärtigkeit“ im Sinne einer „expressiven oder auch geistigen Einheit des Ganzen.“ In dieser expressiven Totalität würde sich ein einziges abstraktes Prinzip – beispielsweise jenes der Beschleunigung – bruchlos in allen Teilbereichen der Totalität wiederfinden. Sozialwissenschaftliche Forschungsfragen würden so nicht mehr nach der Zeitstruktur von Teilbereichen selbst gestellt. Stattdessen wäre letztendlich eine genauere Betrachtung des Schnitts selbst ausreichend, die Logik der Beschleunigung wäre überall zu finden. Im Gegensatz dazu gehe es, so der Autor mit Bezug auf Marx, um die Darstellung der „Verknüpfung der unterschiedlichen Zeiten“ als „Effekte der Struktur des Ganzen“ (vgl. ebda., S.307-308).

Zeit als Rhythmen sozialer Verhältnisse

Ein dritter, an Althusser anschließender Begriff, macht es schwierig von Zeit im Singular zu sprechen. Ausgegangen wird von einer zweifachen Zurückweisung eines Begriffs von Dialektik, wie er sich bei Hegel und einer Reihe anderer AutorInnen finden lässt.

Einerseits wird die Konstruktion einer expressiven Totalität, eines taktgebenden allein determinierenden Zentrums, dessen Reflexion das Ganze ist, zugunsten einer Analyse der Gesellschaft als „komplex gegliedertes Ganzes“, in welchem verschiedene Ebenen sich in komplexer Weise (über/unter)determinieren, verworfen. Damit trennt sich Althusser von einem in der marxistischen Tradition beispielsweise von Lukacs vertretenen Standpunkt, der in Regungen von Superstrukturen stets die ökonomische Basis als unmittelbare Determinante sah. Stattdessen sind Widersprüche „überdeterminiert“. Der aus der Psychoanalyse kommende Begriff bezeichnet dort die „Überfrachtung“ eines Traumgedankens durch verschiedene Operationen (Verschiebung, Verdichtung), sodass Momente eines Traums gedeutet werden können als determiniert durch gleich mehrere unbewusste Wünsche und Regungen (vgl. Freud

2014, 214ff.). Auch in der realen Welt, so Althusser, ist ein Widerspruch, d.h. die Beziehung zwischen seinen Polen, nicht „rein“. Sie sind überdeterminiert, durch andere Widersprüche angereichert. Die Ebene der Ökonomie bleibt zwar „in letzter Instanz“ determinierend, doch ihre Stunde, so Althusser, „schlägt nie“ (2011, S.81). Stattdessen weist die Ökonomie einerseits eine Struktur als die dominante aus und allen Instanzen das Ausmaß ihrer relativen Autonomie wie auch das Ausmaß ihres Einflusses auf die Akkumulation zu.

Beispielsweise sind Arbeitszeiten nie bloß aus einer „reinen“ Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital entstanden. Besonders abseits der Auseinandersetzung um die Länge des Arbeitstages fließen andere Bestimmungen in sie ein, welche den Reproduktionserfordernissen verschiedenster – politischer, ideologischer – Ebenen geschuldet sind, welche selbst wieder auf nicht-kapitalistische Produktionsverhältnisse verweisen.

Zweitens und diesem Kritikpunkt vorgelagert ist eine Kritik an der Erkenntnisposition des Zeitbegriffs selbst. Die Zeit als Objekt der Wissenschaften existiert nicht etwa als solches bereits. Es muss erst konstruiert werden. In der Perspektive auf Zeit als reale Taktgeberin eines Prozesses offenbart sich aber ein gegenteiliges Bild, in dem der Gedanke eins mit dem Untersuchungsgegenstand ist (vgl. Althusser 2011, S.228ff.) – diese Kritik trifft, wie oben ausgeführt, auch Rosas einflussreiche Arbeiten.

Die Einbettung von Zeit als Aspekt sozialer Verhältnisse in ein gesellschaftliches Ganzes findet so nicht oder nur in einer Weise verkürzt statt, die die Erklärungskraft schmälert.

Althusser stattdessen verwirft die Suche nach „einer“ sich verändernden Zeit völlig. Statt einer universellen Zeit analysiert er Zeitlichkeit als Existenz verschiedener Rhythmen der verschiedenen Produktionsweisen und Produktionsverhältnisse, die eine Gesellschaftsformation bilden.

Ein ontologisch privilegierter Zeitgeber wird verworfen zugunsten potenziell unendlich vieler Zeiten verschiedener gesellschaftlicher Produktionsweisen wie auch Zeiten der verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Diese können dabei aber nicht auf eine wie auch immer geartete „Basiszeit“ zurückgeführt werden, einem universellen Maß, von welchem aus eine Beschleunigung oder Differenzierung der Gesellschaft messbar wäre. Das heißt auch, dass oben erwähnter „Schnitt“ durch die gesellschaftlichen Ebenen nicht etwa gedankenhaft ein „zackiges“ Muster ergäbe (dessen Durchschnitt dann wohl erst recht wieder eine Basiszeit darstellen würde). Stattdessen ist jede Konjunktur vom gesellschaftlichen Ganzen aus zu denken und jede „Verspätung“ in Hinsicht ihrem Verhältnis hinsichtlich eines komplex gegliederten Ganzen an Zeitlichkeiten zu analysieren. (vgl. Althusser 2015, 308ff.)

Für eine Konzeption von Zeit zentral ist auch das Verhältnis zu Raum. Auf einer abstrakten, geozentrischen Ebene ist es die Bewegung der Sterne und Planeten im Raum, die die für die Erde grundlegenden zeitlichen Kategorien strukturieren. Doch auch außerhalb der Naturwissenschaften ist dieser Begriff einer scheinbar einfach-objektiven Zeit überholt. Die spezielle und die allgemeine Relativitätstheorie zeigen auf (vgl. Greene 2006, S39ff. sowie auch zu Stringtheorie und Raumzeit 267ff.), wie Zeit nicht etwa mit sich selbst stets ident ist, sondern Abhängig von der relativen Bewegung verschiedener Orte und behandeln Zeit gar analog zu den Raumdimensionen. Genau genommen gibt es also vorsozial keine Gleichzeitigkeit und keinen naturwissenschaftlich erfassbaren „letzten Taktgeber“, zumindest nicht dann, wenn nicht von statischen Zuständen ausgegangen wird.

Gesellschaftlich ist „die Zeit“ mehr noch gebrochen durch die räumliche Fraktionierung von Klassengesellschaften und nicht ohne einen Raumbezug zu denken. Gesellschaftliche Verhältnisse beinhalten also stets eine räumliche und eine zeitliche Dimension.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen verschiedenen Gesellschaftsformationen meint Sabah Alnasseri: „Diese ungleichmäßige und ungleichzeitige Entwicklung bezieht sich nicht auf unterschiedliche historische Zeiten, sondern ist synchron zu verstehen, jedoch mit unterschiedlichen, diachronen Rhythmen und Tempi.“ (2004, S.88)

Diese Konzeption von Zeit bedeutet auch radikale Abkehr von Linearität und Teleologie. Weder geografisch noch in den bestimmten Ebenen entwickelt sich die Geschichte auf nur einer Achse, sei es nach vor, sei es zurück oder global nach einem Prinzip.

Dabei ist dieses Ganze dennoch immer ein historisches Ganzes, zumindest i.S. der Determination in letzter Instanz durch die Reproduktionserfordernisse der Ebene der Ökonomie. Das heißt, dass zeitliche Verhältnisse zumindest für eine gewisse Periode reproduziert werden.

Ein Beispiel für eine solche Konzeption von Zeit findet sich in den Analysen der Annales - Schule. Ihr bekanntester Vertreter, der französische Historiker Fernand Braudel interveniert in die geschichtswissenschaftliche Debatte um die Periodisierung von Zeitabschnitten und die Gegenüberstellung von Ereignis und Strukturgeschichte mit der Identifikation dreier verschiedener Zeitebenen: Der episodischen (Ereignis), der zyklischen (Konjunkturen) und der strukturellen (langanhaltende säkulare Trends, Weltsysteme, mithin Produktionsweisen) Zeit (vgl. Komlosy 2011, S.15ff.).

Ein Beispiel für eine an der alltäglichen Lebensführung orientierten Analyse, die einen solchen Zeitbegriff mit empirischem Detail vermittelt, ist der oft zitierte Essay „Time, Work-Discipline and industrial capitalism“ von Edward P. Thompson (vgl. 1963). In dem Essay schildert

Thompson die Bedeutung von Uhren und mechanischer Zeit für den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Er unterscheidet hierbei zwei Formen von Arbeit: aufgabenorientierte und „getimete“ („timed labour“, vgl. Thompson 1967, S. 60). Erstere ist an den Gegebenheiten der Landwirtschaft und dem in dieser über die Zeit äußerst ungleich verteilten Arbeitsausmaß orientiert. Auch Handwerker und frühe Lohnarbeiter weisen noch eine Arbeitspraxis auf, die von hoher Arbeitsautonomie, Entgrenzung zwischen Arbeit anderen sozialen Praktiken und damit einhergehend von möglichst ausgedehnten Perioden arbeitsfreier Zeit einerseits und extrem entgrenzten einzelnen Arbeitstagen andererseits gekennzeichnet ist. Dieses Ausmaß an Arbeitsautonomie schränkte die mit großen Maschinen arbeitende Industrie ein und muss dies notwendig tun, der Takt der Maschine hat keine Verbindung zu zeitlichen Wünschen der ArbeiterInnen (vgl. Thompson 1967, S.83). Es kommt in der Folge zu neuen Auseinandersetzungen. Sind anfangs Uhren noch per se verhasst, so entwickelte sich die maschinelle Zeit bald zur Ebene der Auseinandersetzung. Dies ging so weit, dass in einzelnen Fabriken private Uhren verboten waren, um ständige Streitigkeiten zu unterbinden (vgl. Thompson 1967, S.85ff.). Auch auf dem europäischen Kontinent waren bereits zuvor an den Standorten der ersten Industrien des ausgehenden europäischen Mittelalters ähnliche Entwicklungen zu beobachten: Parallel dazu entwickelt sich ein wahrer „Kult“ einerseits um die Zeitmesser. Sie verbreiten sich schnell, werden bei wirtschaftlichen Problemen auch versetzt, werden also weitverbreitete Wertgegenstände (vgl. Thompson 1967, S.69-70)³

Andererseits wurde auch eine daran angepasste Lebensweise mit zum Teil skurrilen Ritualen durchgesetzt (vgl. Thompson 1967, S.88).

Ungeachtet der Bewegung der Erde um die Sonne ist der Begriff „einer Zeit“ höchstens im Bereich der Periodisierung von Gesellschaftsformationen sinnvoll – nach einer Analyse, die eine derartige Klassifizierung rechtfertigt. Denn jede Ebene hat ihre eigene, relativ autonome, Zeitlichkeit (vgl. Althusser 2011, S.300), die so als Lagerungsqualität aller gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden kann.

Wie aber ist die Gesellschaft beschaffen, in der Verhältnisse diese Lagerungsqualität aufweisen?

³ Ein sehr großer Kontrast zu antiken Bewässerungskulturen, in denen gerade das Wissen zur Vorhersage des Zeitpunkts des Eintreffens des fruchtbaren Überschwemmungswassers eine der primären ökonomischen Staatsapparate darstellte.

Produktionsweise, Reproduktion, Gesellschaftsformation

Im Anschluss an Marx wird in dieser Arbeit von der fortgesetzten Existenz von Gesellschaftsformationen, die von der kapitalistischen Produktionsweise dominiert werden, ausgegangen. Wenn Gesellschaften ein strukturiertes Ganzes sind und in letzter Instanz von der Ebene der Ökonomie determiniert werden und nicht etwa eine einzige Zeit als globale Taktgeberin aufweisen, muss einerseits ihre Struktur und andererseits der ökonomisch determinierende Prozess der Kapitalakkumulation dargestellt und eingeordnet werden.

Die kapitalistische Produktionsweise ist geprägt vom Verhältnis zwischen unmittelbarem Produzenten/Produzentin und den EigentümerInnen der Produktionsmittel, über welche sie verbunden sind. In diesem Verhältnis werden letztendlich Lebensmittel als Waren produziert. Real existierende Gesellschaften sind aber nie durchwegs kapitalistisch strukturiert. Empirisch vorzufindende Gesellschaften sind vielmehr Formationen aus verschiedenen Produktionsverhältnissen. Die Existenz dieser ökonomischen und nichtökonomischen Verhältnisse ist dabei kein Zufall oder bloßes Überbleibsel historisch vorheriger Gesellschaften, sondern immer schon notwendige Bedingungen des Kapitals als Verhältnis und als Prozess, da die kapitalistische Produktionsweise sich selbst nicht aus sich heraus reproduzieren kann, also die Bedingungen seiner Reproduktion selbst produzieren würde. Das betrifft einerseits die Produktion und Reproduktion fiktiver Waren. Neben Geld und Boden ist hierbei vor allem die Arbeitskraft relevant. Die warenförmige Bereitstellung dieser fiktiven (da nicht warenförmig produzierten) Waren tendiert, unbeschränkt durch nichtkapitalistische Logiken, die Bedingungen der Reproduktion kapitalistisch dominierter Gesellschaften zu untergraben (klassisch vgl. Polanyi 1949). Andererseits ist die Kapitalakkumulation selbst – noch unter Absehung nichtkapitalistischer Verhältnisse – in sich widersprüchlich. So sind die Lohnkosten der einen KapitalistInnen die Nachfrage der anderen, der Tauschwert einer Ware bleibt nicht ohne Auswirkungen auf ihren Gebrauchswert. Die Entwicklung beispielsweise neuer Maschinen steigert zwar die Produktivität der Arbeit, entwertet dabei aber andere, weniger ausgeklügelte Maschinerie. Zuletzt ist die spezifische Ausgestaltung kapitalistisch dominierter Gesellschaftsformen variabel. Bestimmte Unternehmensformen mögen beispielsweise gewisse Branchen oder Unternehmensgrößen im Vergleich zu anderen übervorteilen (vgl. Jessop 2007, S.244ff.; vgl. auch abstrakter Althusser 2011, S.347).

Das heißt, dass verschiedene stabile Modi, oder Konjunkturen, denkbar sind. Diese komplexe Strukturierung innerhalb der Einheit einer Konjunktur hat zwar nicht die kapitalistische Warenproduktion als Zentrum i.S. einer einfachen Determination des Ökonomischen als Grund (vgl. ebda., S.299). Es ist aber die Ebene der Ökonomie, die den jeweils anderen Ebenen und

ihren Zeitlichkeiten ihre Position zuweist. Die Ökonomie determiniert nicht den Überbau. Sie determiniert die dominante Superstruktur.

Dabei müssen die verschiedenen Ebenen einzeln und in Bezug aufeinander analysiert werden – die in letzter Instanz determinierende Ökonomie drückt sich eben nicht direkt aus beispielsweise in bestimmten politischen Verhältnissen oder den in verschiedenen Ebenen ausgestalteten Geschlechterverhältnissen. Das gilt auch für die verschiedenen, mit den Begrifflichkeiten einhergehenden Zeiten.

Auch wenn keine Gesellschaftsformation rein kapitalistisch verfasst ist, lohnt eine Darstellung temporaler Aspekte der Akkumulation des Kapitals. Für diese, wie auch für jede andere ökonomische Dimensionen sozialer Verhältnisse gilt: „Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf“ (vgl. MEW 42, S.105), auch wenn es sich um eine Ökonomie von Zeiten handelt.

Dabei fokussiere ich nach einer kurzen Klärung allgemeiner Fragen einerseits auf die Krisentendenzen im Akkumulationsprozess und beziehe mich andererseits zuvorderst auf die Arbeiten von David Harvey, der vor allem in „The Limits to Capital (1982) räumliche und zeitliche Dimensionen des Kapitalismus herausarbeitet und bezüglich kapitalistischer Krisen feststellt: „The implication is that crisis formation takes on a particular temporal rhythm defined, in the first Instance, by the relative circulation times at various components of fixed capital in relation to surplus value production.“ (S.237)

Zeit und kapitalistische Produktionsweise

Kapital ist kein „Ding“, sondern ein über die Produktivkräfte vermitteltes Klassenverhältnis. Dieses Verhältnis ist jedoch zugleich Prozess, Wert in Bewegung, die Zirkulation des Kapitals. Die grundlegende Bewegung hierbei ist $G - W - G'$, die fortgesetzte Bewegung ist der Akkumulationsprozess, in welchem sich das Kapital auf je erweiterter Stufenleiter reproduziert. Diese Bewegung ist endlos und unterscheidet sich damit von nichtkapitalistischen ökonomischen Prozessen, an deren Ende, deren Motivation, konkrete Gebrauchswerte stehen (vgl. Tomba 2013, S. 359). Im Akkumulationsprozess erscheint und durchläuft Kapital als Geldkapital, als produktives Kapital, als Warenkapital die verschiedenen Momente dieses Kreislaufs, um nach erfolgreicher Realisierung als Warenkapital um den Profit vergrößert diese Bewegung wieder von vorne zu beginnen.

Die Produktion von Lebens- wie auch Produktionsmitteln im Kapitalismus verläuft warenförmig, das Ergebnis des Produktionsprozesses, die Ware, weist einen doppelten Wert auf, Tauschwert und Gebrauchswert. Während Letzterer die jeweiligen konkreten Gebräuche der

Gegenstände oder Dienstleistungen bezeichnet, ist Ersterer der gegen äquivalenten Tauschwert auf dem Markt erzielbare Gegenwert. Der Tauschwert einer Ware wird gemessen in der verausgabten Arbeitskraft, er hat nur diesen quantitativen Ausdruck. Und diese abstrakte Arbeit, ebenso von ihrer Gebrauchswertseite geschieden wie von allen konkreten Arbeitsprozessen, bemisst sich in Arbeitszeit. Damit eine Ware sich als solche realisieren kann, also sich am Markt gegen ein gleiches Quantum Arbeitszeit, d.h. ihren Tauschwert, austauschen kann, muss sie aber auch einen Gebrauchswert aufweisen. Dabei muss es sich um einen „gesellschaftlichen Gebrauchswert“, d.h. Gebrauchswert für andere handeln, welcher sich auch in Zeit quantifizieren lässt, z.B. in Bezug auf die Haltbarkeit bzw. der gesellschaftlichen Obsoleszenz eines Gebrauchswertes (vgl. Harvey 1981, S.6), wobei es sich aber eben um *verschiedene* Zeitlichkeiten handelt.

Die verschiedenen Momente des Kreislaufs sind jedoch erstens nicht alle wertbildend. Wert entsteht nur in der Produktion, andere Momente des Kapitalkreislaufes, also die Zirkulation und zinstragendes Kapital, stellen keine wertbildenden Momente, sondern Abzüge davon dar – anders wäre Wert auf der Ebene des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nicht möglich, da der Zirkulation per se kein Gebrauchswert (quasi Zirkulation der Zirkulation willen) zukommen kann. Das gilt auch dann, wenn sich zweitens einzelne Kapitale auf bestimmte Momente des Kreislaufs spezialisieren, beispielsweise als Handelskapital. Diese bilden dann eigene Kreisläufe aus, deren Rhythmen nicht mit jenem des produktiven Kapitals zusammenfallen müssen.

Zweitens und relevanter ist die Wertsubstanz nicht einfach durch die für die Arbeit verausgabte Zeit bestimmt, sondern durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, das heißt das Ausmaß abstrakter Arbeit, die zu einem bestimmten Zeitpunkt angewandt werden muss, um eine gegebene Ware in ihrem Zustand (Grad der Vernutzung z.B.) zu reproduzieren. Da das Kapital in Einzelkapitale gespalten ist und diese miteinander konkurrieren, nimmt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit von Waren ab, ein Prozess, auf den später noch eingegangen werden wird. Die Wertsubstanz besteht also einerseits aus wertschaffender produktiver Zeit. Andererseits gibt es in Form unproduktiver Zeit in der Zirkulation auch einen Abzug vom Wert. Der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bezieht aber einzelne Waren auf die Bewegung „des Kapitals als Ganzem“ (vgl. Bensaid 2002., S.75-76). Laut dem Autor (vgl. a.a.O.) geht auch die Zeit, die die Ware in der Zirkulation zubringt, negativ (d.h. als Teil des variablen Kapitals, der notwendigen Arbeit) in die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ein. Dementsprechend wären unproduktive Bestandteile des

Arbeitsages Teile der notwendigen Arbeit, die mit konstantem oder variablen Kapital verbunden sind, Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

Die Ware setzt sich in ihren produktiven Tauschwertmomenten zusammen aus dem konstanten Kapital c , (Anlagen, Produktionsmittel, Rohstoffe, tote Arbeit), dem variablen Kapital v , (notwendige Arbeit als Bestandteil des Arbeitstages, Arbeitskraft, lebendige Arbeit; Zeit in der die Arbeitskraft für ihre eigene Reproduktion durch den Lohn arbeitet) und als Teil von Letzteren dem Mehrwert m (ebenso notwendigerweise nichts anderes als lebendige Arbeit, die sich jedoch der Kapitalist/die Kapitalistin aneignet). Der Mehrwert ist die Quelle des Profits, da sich ja nur Äquivalente tauschen – Profite auf Ebene des Gesamtkapitals wären sonst gar nicht möglich, die Profite einzelner Kapitale wären sonst das Resultat von Hinterlist oder anderen Formen ungleichen Tausches. Arbeitskraft, abstrakte Arbeit, ist daher die zentrale Ware für die kapitalistische Produktionsweise. Ihr Gebrauchswert ist das Potenzial der Schaffung von Zeit, nämlich von einer größeren Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, als für ihre eigene, nicht vollständig warenförmige (daher handelt es sich auch um eine fiktive Ware, keine Ware im eigentlichen Sinn), Reproduktion erforderlich ist. Mit der in konstantem Kapital vergegenständlichten Arbeit, „toter Arbeit“, verhält es sich umgekehrt: Sie überträgt sich aliquot auf die Ware. Dabei muss unterschieden werden in zirkulierendes Kapital (z.B. Rohstoffe, die in die Ware eingehen, auch Arbeitskraft) und fixes Kapital (beispielsweise Anlagen und Maschinen, die nicht vollständig in die Ware eingehen und sich erst nach einer Weile verbrauchen). Die Zeitdauer, die vergeht, bis das vorgeschossene Kapital sich verwertet hat, ist die Umschlagszeit, wobei die verschiedenen Kapitalbestandteile – konstantes, variables, fixes und zirkulierendes in ungleicher Dauer umschlagen können.

Während die Wertbestimmung zirkulierenden Kapitals abstrakt recht unproblematisch ist (mit Ausnahme Arbeitskraft, siehe weiter unten), ist jene des fixen Kapitals deutlich komplexer. Im Vergleich zum Zeitpunkt der Anschaffung des fixen Kapitals nimmt die in ihm vergegenständlichte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ab, wegen physischen wie auch moralischem (d.h. weniger Zeiteinsparung relativ zu anderen fixen Kapitalen) Verschleiß oder auch aus anderen Gründen, beispielsweise wegen des Standorts.

Dies kann aber nicht bedeuten, dass weniger Zeit auf die einzelne Ware übertragen wird, also die auf eine Ware verwandte Arbeitszeit sänke. Im Gegenteil nimmt der Wert des konstanten Kapitals ab, einerseits weil weniger Zeit der auf die Ware übertragenen Arbeitszeit gesellschaftlich anerkannt wird im Verhältnis zum zu einem anderen Zeitpunkt zu einem niedrigeren Wert (oder auch in effektiverer Ausführung) angeschafften fixen Kapital (was zu einer Senkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit führt). Der Tauschwert des fixen

Kapitals nimmt ab. Dieser widersprüchliche Effekt – sinkender Wert des fixen Kapitals bei im Verhältnis zu anderen fixen Kapitalen sinkendem auf die Ware übertragenem Wert und sich relativ zum gesellschaftlich Notwendigen ausdehnender Arbeitszeit – ist von zentraler Bedeutung für die Erklärung der strukturellen Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise.

Während Harvey die polyvalente Wertbestimmung fixen Kapitals durchaus nachzeichnet, ist er hinsichtlich der anderen Anteile am produktiven Arbeitsprozess, also dem zirkulierenden Kapital und dem Mehrwert, stark fokussiert auf den Ausbeutungscharakter der Lohnarbeit und weniger auf die konflikträchtige Herstellung von Mehrarbeit in der Form von Mehrwert. Theoretisch einher damit geht die Zuschreibung von Wert an die fiktive Ware Arbeitskraft (vgl. Jessop 2004a, S.484-485). Diese ist aber gerade deshalb variables Kapital, weil dessen Höhe nicht durch das Prinzip des Äquivalententausches hergestellt wird, sondern durch das Ausmaß abstrakter Zeit, der notwendig ist, die Arbeitskraft zu reproduzieren – und dieses muss unter dem Zeitraum abstrakter Arbeit liegen, der kapitalistisch verausgabt wird, es handelt sich gerade nicht um einen Äquivalententausch. Sowohl die Höhe, in die immer ein moralisches Element eingeht, wie auch die Lohnabhängigkeit der Massen überhaupt, wird dabei letztlich außerökonomisch hergestellt. Dabei handelt es sich um ein historisch neues Phänomen, war Arbeit zuvor (und ist sie heute noch in nichtkapitalistischen ökonomischen Verhältnissen) nicht-linear, aufgabenorientiert und nicht warenförmig bereitgestellt. Damit gemeint ist nicht einfach die empirische Strukturierung des Arbeitstages, sondern die Logik der Berechnungsgrundlage des Produktionsprozesses. Das heißt, dass Kategorien wie Mehrwert, selbst bei einer zyklischen und/oder projektorientierten Verausgabung von Arbeitskraft (die es beispielsweise auch in einer warenförmig betriebenen Landwirtschaft gibt), nicht aus dem Zusammenhang einer kapitalistisch strukturierten Produktionsweise gelöst werden können (vgl. Dörre 2011, S.71ff).

Da der Mehrwert die einzige Quelle des Profits ist, haben einzelne Kapitale stets den Anreiz, die anderen Bestandteile des Arbeitstages zu minimieren, um den Mehrwertbestandteil der Arbeitszeit (und letztlich den Profit, ausgedrückt als $c+v/m$) auszudehnen. Dies kann passieren durch eine Zunahme konstanten Kapitals, wenn dadurch der Anteil variablen Kapitals, der notwendigen Arbeit als Teil des Arbeitstages, relativ stärker sinkt. Oder durch die direkte Ausweitung des Mehrwerts, durch Verlängerung der Arbeitszeit oder Senkung der Löhne – eine Unterscheidung, die auf abstrakter Ebene auf dasselbe hinausläuft, konkret aber zu unterschiedlichen Umschlagszeiten führen kann, wenn die Produktion nicht 24 Stunden durchgehend betrieben wird. Andererseits steht auch die Zirkulationszeit unter einem stetigen

Reduktionsimperativ. Da das Handelskapital als auf die Zirkulation spezialisierte Fraktion zeitlich denselben Imperativen im Rahmen der Reproduktion des Gesamtkapitals unterliegt wie produktives Kapital und auch die Arbeitsteilung analog warenförmig zu produktiven Kapital organisiert ist, können grundlegende Kategorien der Analyse des Gesamtkapitals wie auch individueller Kapitale auf sie angewandt werden, auch wenn es sich im einen Fall um wertbildende Zeit, im anderen Fall um einen Abzug hiervon handelt und daher auf einer abstrakteren und einfacheren Ebene das Resultat unterschiedlich ist.

Der Imperativ der Senkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zur Produktion und Zirkulation einer Ware hat drei Auswirkungen: Das Einzelkapital, welches als Erstes im Vergleich zu seinen Mitbewerbern die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit einer Ware senken kann, erhält sogenannte Extraprofiten während eines bestimmten Zeitraums, bis sich die Methode zur Senkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit verallgemeinert hat. Zweitens sinkt der Tauschwert der einzelnen Ware, wenn sie verallgemeinert unter den neuen Bedingungen produziert und zirkuliert wird. Es ist dies eine der zentralen Dynamiken der Kapitalakkumulation. Drittens wird, wenn die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit durch eine Zunahme konstanten Kapitals erreicht wird, dieses zu einer Vorbedingung für neue Kapitale, die einen funktional gleichen Gebrauchswert produzieren.

Im Rahmen dieses Prozesses kommt es notwendig zu einer konstanten Entwertung: Von Geldkapital, produktivem Kapital oder auch bereits produzierten, aber nicht realisierten Waren, also Warenkapital. Harvey nennt auch Arbeitskraft (vgl. 1982, S.199), wobei ich die Entwertung auf spezifische Ausbildungen und vor allem auch implizites Wissen beschränkt auffasse, da es sich bei Managementtechniken und dergleichen um Technologien handelt. Die Reproduktion von Arbeitskraft im Allgemeinen wie auch ihr umkämpftes Ausmaß ist außerhalb der begrifflichen Reichweite der Kritik der politischen Ökonomie und daher auch nicht Gegenstand dieses Kapitels – wiewohl sich hier bereits die Grenzen einer einfachen Konzeption von Temporalität zeigen.

Wäre die Produktion von Lebensmitteln als Waren als Tauschwirtschaft organisiert, wäre dies aus zeitlicher Perspektive unproblematisch. Bestimmte Waren, einschließlich der in Warenform organisierten Arbeitskraft, hätten keine andere Bestimmung, als gegen andere Waren eingetauscht zu werden, Wert könnte nicht gehalten werden, Käufe und Verkäufe fielen stets zusammen. Kapitalistische Gesellschaften sind jedoch konstitutiv geldvermittelt. Der Gebrauchswert von Geld besteht zunächst darin, Tauschwert zu sein, eine universelle Ware darzustellen. Ihr Wert basiert in Marx' Analyse auf der Geldware, beispielsweise Gold.

Neben anderen Funktionen, die weiter unten erörtert werden, ermöglicht Geld auch, Wert zu horten und nicht etwa zum Erwerb von Waren, seien es Investitionen in fixes Kapital oder Lebensmittel, zu verwenden.

Das schafft die Möglichkeit der Krise, also einer Unterbrechung des Kapitalkreislaufs, da einerseits „die Zeiten der Zeitmessung“ (oder gar der Zeiten der Zeiten, vgl. Bensaïd 2002, S.78) der Realisierung und jener der Produktion einer Ware auseinanderfallen, andererseits durch Geld die Möglichkeit gegeben ist, auf überindividueller Ebene Geld anzuhäufen anstatt Waren zu kaufen, d.h., sie zu realisieren (vgl. Evans 2004, 49ff.). Diese Möglichkeit verhindert auch eine Konzeption von Zeit, wie sie im vorhergehenden Kapitel eingangs erwähnt wurde. Wenn Kauf und Verkauf nicht zwangsläufig zusammenfallen, ist eine Zeit als statischer universaler „Schauplatz“ von individualisierten Handlungen im Zusammenhang mit der Obsoleszenz oder der Dauerhaftigkeit von Lebens- oder Produktionsmitteln nicht das relevante Maß für den Rhythmus kapitalistischer Vergesellschaftung. Es muss also ein temporaler Zusammenhang existieren, der sich nicht einfach aus individueller Marktrationalität heraus erklären lässt.

Die abstrakte Möglichkeit von Krisen erklärt jedoch noch nicht ihre Entstehung. Im Folgenden werden dazu drei Krisentheorien dargestellt. Neben der von Harvey favorisierten Kombination aus tendenziellem Profitratenfall und Überakkumulation ist dies die Unterkonsumtionsthese sowie die Profit-Squeeze Theorie.

Der Imperativ zur Senkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit kann in der Produktion nur über die Verringerung des Anteils variablen Kapitals, d.h. von Arbeitskraft, am Gesamtkapital erfolgen. Dies kann geschehen über die Ausdehnung der Arbeitszeit bzw. eine Senkung der Löhne, die absolute Mehrwertproduktion. Dies führt jedoch zu Widerstand auf Seiten der ArbeiterInnen. Im Laufe der Akkumulation wird dies um so spürbarer, da zunehmend mehr Arbeitskraft nachgefragt wird, was wiederum die Seite der ArbeiterInnen in Lohnverhandlungen begünstigt. Ferner ist auch eine zu „erfolgreiche Anwendung“ der absoluten Mehrwertproduktion mit Problemen gar der physischen Reproduktion der Arbeitskraft selbst verbunden (MEW 23, S.245).

Die zweite Möglichkeit einen Anstieg der Mehrwertrate zu erreichen besteht in der relativen Mehrwertproduktion, also der Einführung neuer Technologien (inklusive auch neuer Formen der Arbeitsorganisation), durch die der Anteil des Mehrwerts an der lebendigen Arbeit steigt. Dies ist einerseits direkt im Interesse des Einzelkapitals, da es zu tendenziell weniger Widerstand aufseiten der ArbeiterInnen führt.

Andererseits aber kann auch das variable Kapital, also Löhne, so bei erhöhten Profiten absolut gleich bleiben oder sogar absolut steigen, da die Quantität der Gebrauchswerte durch die relative Mehrwertproduktion im Ausmaß der Senkung der darauf verwandten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit gleich bleiben oder steigen kann. (MEW 23, S.331ff.)

Nichtsdestotrotz ist für eine fortgesetzte Akkumulation auch die zeitgerechte fortgesetzte Reproduktion der Arbeitskraft im Laufe des mit erhöhtem Arbeitskraftnachfrage verbundenen Akkumulationszyklus notwendig. Hier setzt die Profit-Squeeze Theorie an. Wird Arbeitskraft knapp, verbessert sich die Verhandlungsposition der ArbeiterInnen, zu hohe Lohnforderungen, welche die Akkumulation brechen und zur Krise führen, sind die Folge. Nach der Zerstörung von Kapital und der damit verbunden Freisetzung von Arbeitskraft verbessert sich die Verhandlungsposition der KapitalistInnen, eine neuerliche Akkumulation kann beginnen.

Die Reproduktion des variablen Kapitals darf aber nicht nur quantitativ verstanden werden, auch der qualitative Aspekt der Reproduktion von Arbeitskraft muss gewährleistet sein, zumal im Laufe der Akkumulation relative Mehrwertproduktion notwendigerweise die Arbeitsteilung und damit Qualifikationsstrukturen verändert. Auch die Unterwerfung unter das Kommando des Arbeitsprozesses darf nicht vernachlässigt werden (z.B. aufgrund einer mit dem Profit - Squeeze vergleichbaren Wirkung durch aufgrund guter Verhandlungsposition nachlassender Arbeitsmoral, vgl. Evans 2004, S.52). Die Frage der Reproduktion der Arbeitskraft als Krisenursache ignoriert Harvey aufgrund der tendenziell ökonomistischen Konzeption von Arbeitskraft. Die damit verbundene Profit - Squeeze-Theorie lehnt Harvey explizit ab. Der Preis der Arbeitskraft würde in einem Konjunkturzyklus über ihren Wert steigen, was die Abwertung in der Krisenphase ausgleichen würde (vgl. 1982, S.52ff.). Harveys Position ist bemerkenswert, nicht nur aufgrund der auch von Jessop (2004a, S.484) festgestellten differenzierten Analyse von Wertmaßen für andere Waren, sondern m.E. vor allem in der Einsicht der kontingenten, die kapitalistische Produktionsweise überdeterminierenden Strukturen in der Reproduktion der Arbeitskraft selbst (vgl. Harvey 1982, S.162). Es handelt sich jedoch nicht um den Gegenstandsbereich dieses Kapitels (für eine Lokalisierung dieser Frage im Kapital vgl. Gallas 2006). Gleichwohl handelt es sich bei der Reproduktion von Arbeitskraft um eine der augenfälligsten nichtwarenförmig bereitgestellten Produktionsbedingungen (vgl. weiter unten). Die Akkumulationsdynamik kann aber auch umgekehrt durch Unterkonsumtion brechen. Löhne und Gehälter sind nicht nur der variable Teil des Kapitals, sondern müssen auch den größten Teil der Waren der Produktionsperiode darauffolgend realisieren. Niedrige oder vor allem auch zu spät erfolgende Lohnsteigerungen bzw. gar eine Senkung, also mangelnde effektive Nachfrage, bei gleichzeitiger Ausweitung der Produktion können zu Problemen in der

Nachfrage nach Konsumgütern führen. Dies übersetzt sich in eine ungleiche Akkumulation der Kreisläufe der Abteilungen I (Sektoren, deren Waren das konstante Kapital anderer Sektoren bilden) und II (Sektoren, die Konsumgüter produzieren). Neben einer nicht rechtzeitig erfolgenden Anhebung von Löhnen kann auch die Sättigung von Verbrauchermärkten ein Problem sein, das neue massenhaft verbreitete Produkte (eine Konsumnorm, von der weiter unten noch die Rede sein wird) oder aber die Erhöhung gesellschaftlicher Obsoleszenz notwendig machen kann. Neben Analysen, die eine Nachfragelücke attestieren, argumentieren manche AutorInnen aber auch in scharfer Abgrenzung davon für eine Krisentheorie, die eine Situation der Überakkumulation ins Zentrum stellt, wobei hierbei der Fokus nicht auf die zu geringe effektive Nachfrage, sondern auf mangelhafte Anlagemöglichkeiten für Kapital gelegt wird. Die Nachfragelücke ist hierbei nicht die Ursache für die Krise, sondern eine zu niedrige Profitrate. Während beispielsweise Harvey (1982, S. 192) dies in Verbindung mit dem tendenziellen Fall der Profitrate (siehe unten) sieht, gehen andere AutorInnen unabhängig davon von einer Unterbrechung der Akkumulation durch eine Situation der Überakkumulation aus (vgl. Brenner 2006, S.27ff.). Als eine Abart einer solchen Krisenursache kann die Disproportionalitätsthese gesehen werden, zu der man m.M.n. letztendlich auch oben zitierten Brenner zählen könnte. Ähnlich wie im Fall der Unterkonsumtionsthese sind Ungleichgewichte der verschiedenen Abteilungen, also v.a. auch der Nachfrage nach konstantem Kapital, in dieser Sichtweise ursächlich für die Krise. (vgl. Evans 2004, S.56ff.) Interessant ist die damit verbundene zyklentheoretische Sichtweise, die davon ausgeht, dass die Nachfrage nach fixem Kapital gegen Ende des Konjunkturzyklus abnimmt, um in einer Krisensituation wieder die Erholung einzuleiten (vgl. ebda. S.54, Mandel 1972, S.101ff.) Bei Marx wird dies als Grund für die zyklische Entwicklung der Akkumulation gesehen, die Nachfrage nach Waren der Abteilung I leitet in dieser Sichtweise die Krise ein, nicht etwa abnehmende effektive Nachfrage bzw. eine Sättigung (vgl. Evans 2004, S.57).

Eine dritte und komplexere Krisenursache ist der sogenannte tendenzielle Fall der Profitrate. Marx selbst geht von der Tendenz einer zunehmenden organischen Zusammensetzung des Kapitals aus (kritisch: Heinrich 2006, S.327ff.). Die Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit wird primär durch einen erhöhten Einsatz von Maschinen und Technik erreicht (im Vergleich zu variablem Kapital, Arbeitskraft), welche ihren Wert aliquot auf die produzierten Waren übertragen. Diesen erhöhten Einsatz sieht Harvey auch dadurch gegeben, dass es sich bei Überakkumulation um eine konstant wirkende Tendenz handle, sodass die Zunahme fixen Kapitals einen eigenen, sekundären Kapitalkreislauf darstelle (vgl. Harvey 1982, S.236. Harvey gesteht anderen Bereichen der gebauten Umwelt eine sekundäre Bedeutung im sekundären

Kapitalkreislauf zu – es handelt sich also um eine zuvorderst temporäre Kategorisierung von verschiedenen Kreisläufen. Mehr dazu weiter unten). Unter gegebenen Produktionsnormen nicht profitabel anzulegendes Kapital, das eine Situation der Überakkumulation darstellen würde, kann zur Anschaffung von konstantem Kapital angewandt werden, wodurch der sekundäre Kapitalkreislauf den primären modifiziert.

Dadurch verändert sich jedoch das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit, von konstantem zu variablem Kapital, einem Verhältnis, das Marx „organische Zusammensetzung“ nennt. Marx trennt ihn von den Begriffen der technischen Zusammensetzung (quasi die Gebrauchswertseite, Maschinen pro ArbeiterIn) und der Wertzusammensetzung, die jedoch alleine durch Wertschwankungen des konstanten bzw. variablen Kapitals variieren kann. Harvey (1982, S. 125ff., vgl. ganz ähnlich Mandel 1972, S.104) nennt in Abgrenzung dieser beiden Begriffe „organische Zusammensetzung“ jenen Teil der Wertzusammensetzung, der auf Veränderungen der Produktion und nicht allein der Tauschwerte der Kapitalbestandteile zurückzuführen ist. Dem hinzuzufügen ist auch eine temporale Dimension. Umso schneller konstantes Kapital im Vergleich zu variablem Kapital umschlägt (d.h. sich verwertet und wieder ersetzt werden muss, wobei in Produktions- und Zirkulationsperiode unterschieden werden kann), umso höher ist die organische Zusammensetzung. Eine Anlage, die beispielsweise während einer Umschlagszeit von 10 Jahren ein Mal umschlägt stellt *in dieser Periode (10 Jahre)* einen geringeren Anteil am Gesamtkapital dar, als eine, die im selben Zeitraum zwei Mal umschlägt (vgl. Mandel 1972, S.208). Harvey (vgl. 1982, S.131) übersieht das m.E., indem er im Unklaren lässt, welcher Kapitalbestandteil das Maß für die Berechnung der organischen Zusammensetzung darstellt (was m.E. womöglich auch mit den Problemen der Unterscheidung von konstantem und fixem Kapital zusammenhängt).

Es muss jedoch eingeräumt werden, dass verschiedene Branchen unterschiedlich hohe organische Zusammensetzungen aufweisen, was sich durch den Zusammenhang zwischen Mehrwert und variablem Kapital zu niedrigeren Profitraten in durch hohe organische Zusammensetzung geprägte Branchen führen würde. Es ist aber klar, dass sich eine kapitalistische Ökonomie als Ganze nicht reproduzieren könnte, blieben diese Differenziale erhalten, da kein Anreiz bestünde, durch Produktionsprozesse mit hoher organischer Zusammensetzung geprägte, gleichwohl aber unabdingbare, Waren herzustellen. Daher tauschen sich in einer konkreteren und komplexeren Stufe der Darstellung Waren auch nicht zu Tauschwerten, sondern zu Produktionspreisen (ein Begriff der nichtsdestotrotz auf einer Wertebene verbleibt), die im Ergebnis eine für alle Kapitale (nicht nur produktive Kapitale), gleiche, ausgeglichene Profitrate erzeugen.

Eine durch hohe organische Zusammensetzung und damit fallenden variablen Kapitalanteil verminderte Profitrate auch nur einzelner Branchen übersetzt sich so auch in andere Sektoren⁴. Diese bei Marx als „Tendenzieller Fall der Profitrate“ diskutierte Krisenursache realisiert sich jedoch erstens erst durch die Zeiträume, in denen sich die Kapitale (nicht die Wareneinheit) verwertet, d.h. umschlägt. Denn Kapital ist in Momenten, in denen es seine Form nicht verändert, gleichsam „entwertet“ (vgl. Harvey 1982, S.20, S.85), anfällig beispielsweise für ungleiche technologische Entwicklungen (vgl. ebda., S.209). Zweitens wirkt dieser Zusammenhang nicht als Automatismus, immer schon wirken auch Gegentendenzen verschiedener zu konkretisierender Art, den Fall der Profitrate zu bremsen.

Jedes einzelne Kapital trachtet daher nicht nur nach immer zeitsparenderen Methoden der Produktion einzelner Waren, sondern auch nach Minimierung der Umschlagszeiten. Ihre Beschleunigung steigert einerseits direkt die Profitrate, andererseits mildert ein dadurch möglicher schnellerer Austausch von Maschinen, Produktionstechniken etc. wie auch ein beschleunigter Transport der Produkte und die Realisierung auf den Märkten das Risiko der Entwertung durch die Senkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit der einzelnen Waren – und damit den Wert des konstanten Kapitals, vor allem dessen fixer Bestandteile. Es kommt daher einerseits zu einer gesellschaftlich notwendigen Umschlagszeit in den jeweiligen Branchen, die Kapitale aufweisen müssen, wollen sie sich fortgesetzt verwerten. Andererseits gibt es, analog zum Drang zur Senkung des Werts einer Wareneinheit unter die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit den Drang, die Umschlagszeit unter das jeweilige (historisch branchenspezifisch) gesellschaftlich Notwendige zu drücken, bzw. die Ausdehnung zu vermindern – durch Senkung der Zeiten Produktion, Zirkulation und Konsumtion (vgl. ebda., S.186). Wenn man bedenkt, dass die Zusammensetzung über einen gewissen Zeitraum dadurch aber steigt (Konstantes Kapital, das häufiger in einer Periode umschlägt, hat über diese Periode einen höheren Wert als jenes, das nur einmal umschlägt. Ferner kann in einem komplexeren Produktionsprozess nie auf einmal die technische Zusammensetzung gewechselt werden, ohne immer größere Abschreibungen zu riskieren), ergibt sich ein Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert fixen Kapitals.⁵

⁴ Dabei kann es je nach Ausgestaltung der Regulation dazu kommen, dass der Mehrwert nicht in gleichen Teilen auf alle KapitalistInnen aufgeteilt wird, wenn beispielsweise im Rahmen einer monopolistischen Regulation Monopole einen erhöhten Anteil des Mehrwerts beanspruchen können (vgl. z.B. Jessop 2007, S.244).

⁵ Es ist dieser Aspekt, der m.E. vielen Unklarheiten der Fassung des Gesetzes der tendenziellen Profitrate zugrundeliegt. Brenner z.B. (2006, S.27) fokussiert genau auf diesen (konkreten) Aspekt des Gesetzes der Tendenz

Während immer größere Aufwände konstanter Kapitale umschlagen, steigen zwar die Mehrwertmassen, die Profitraten sinken jedoch – was ebenso den profitablen produktiven Einsatz von Kapital erschwert. Es handelt sich vor allem um einen temporalen Widerspruch zwischen wachsender organischer Zusammensetzung, und hierbei vor allem der polyvalenten Wertbestimmung fixen Kapitals, und unter dem Druck der Komprimierung stehender Umschlagszeit. Der Zeitraum mehrwertschaffender, abstrakter Arbeit findet sich als Gegensatz zum Zeitpunkt bereits vergegenständlichter Arbeit wieder.

Für den Widerspruch zwischen anwachsendem konstantem Kapital und anteilmäßig schwindendem Mehrwert wird am deutlichsten, was die einzige Lösung einer Situation allgemein ungelingender Akkumulation sein kann: Eine Krise, in der genügend Kapital entwertet wird, um den verbleibenden Kapitalen eine erneute Akkumulation zu ermöglichen. Eine Zukunft verlangsamter Akkumulation für alle ist letztlich unmöglich. Die Entwertung einzelner Kapitale ermöglicht den verbliebenen Kapitalen so die erneute erweiterte Reproduktion, wobei die Entwertung wie auch die Entwertungstendenzen räumlich wie auch zeitlich verschoben werden können – und so die Widersprüche auf eine höhere Stufenleiter in die Zukunft und weiter in den Raum heben. Letztendlich bleibt der Widerspruch zwischen der Umschlaggeschwindigkeit einerseits und zunehmender organischer Zusammensetzung andererseits bestehen.

Neben den Gegentendenzen, die direkt auf eine Senkung der organischen Zusammensetzung des Kapitals abzielen, gibt es mehrere Aspekte, die einen Einfluss auf die Umschlagszeit haben. Im Fokus steht dabei fixes Kapital, da dieses sich über längere Zeiträume verbraucht, während zirkulierendes Kapital zwar ebenso von Entwertung bedroht ist, jedoch in weitaus geringerem Ausmaß, da es völlig im Warenkapital aufgeht. Die Möglichkeiten zur Reduktion der Umschlagszeit sind jedoch in sich widersprüchlich und nicht unabhängig von anderen aufgezeigten Widersprüchen kapitalistischer Akkumulation.

Einerseits möglich ist eine Verkürzung der Produktionsperiode bzw. der Umschlagszeit des fixen Kapitals bei gleichwohl fortgesetzter Akkumulation, wozu auch das Teilen einzelner konstanter Kapitalbestandteile entweder warenförmig oder auch anderweitig bereitgestellt durch alle KapitalistInnen bzw. außerhalb der kapitalistischen Warenproduktion gehört.

der fallenden Profitrate, während er die Wertseite dethematisiert. M.E. handelt es sich um ein und denselben Prozess.

Andererseits die Beschleunigung der Kommunikation und der Zirkulation im Allgemeinen, beispielsweise durch neue Verkehrsverbindungen oder Innovationen im Handel, Marketing und Kreditwesen.

Und drittens Veränderungen in der Struktur der Vertikalen bzw. Horizontalen Integration.

Ersteres ist nur begrenzt möglich, sind es doch einerseits die im Laufe eines Konjunkturzyklus ansteigenden Löhne, also das variable Kapital, das zur relativen Mehrwertproduktion und damit in der Regel zu einer Zunahme konstanten Kapitals führt (vgl. Harvey 1982, S.119), was nicht unbedingt dessen Umschlagszeit verlängert (es kann auch einfach schneller vernutzt werden, z.B. vgl. Mandel 1972, S.205ff.), die zeitliche Struktur des produktiven Apparates aber wohl tendenziell komplexer macht. Dies gilt auch für den in den letzten Dekaden wohl prominentesten Aspekt dieses Zusammenhangs, der Nutzung von Arbeit im Weltmaßstab durch Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung und der weniger prominenten, wenngleich enorm wichtigen, vertikalen Desintegration und abnehmender Fertigungstiefe. Dies muss zwar nicht zu einer Ausdehnung der Umschlagszeit führen, ist aber mit einer höheren organischen Zusammensetzung (vgl. 10 Maschinen auf 10 Jahre, 10 Maschinen auf 5 Jahre) verbunden, wenn der Umschlag variablen Kapitals nicht ebenso schnell zulegt (empirisch vgl. Jones 2017). Abgesehen von den Problemen der Gegenteilstendenzen zum Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals (Harvey 1982, S.184) weist die Überlegung der damit verbundenen temporären Aussetzung der Steigerung der Produktivität der Arbeit durch ausbleibende Investitionen in Gestalt sektoral unterschiedlicher technologischer Entwicklung sogar auf eine Ursache instabiler Kapitalakkumulation hin (vgl. ebda., S.221, S.189). Es muss also zu einem bestimmten Gleichgewicht in der zeitlichen Abfolge technologischer Entwicklung in verschiedenen Sektoren der Ökonomie kommen, oder anders, zwischen Veränderungen der Umschlagszeit und der Rate der Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. (vgl. ebda., S.121ff.) Dies ist nicht nur hinsichtlich der organischen Zusammensetzung, sondern auch für das Gleichgewicht der Abteilungen I und II bedeutend. Ein dritter Aspekt dieser Möglichkeit ist eine Beschleunigung des Umschlags durch die bessere Auslastung bestehenden Kapitals z.B. durch vergrößerte effektive Nachfrage, diese Möglichkeit befindet sich aber außerhalb der Analyse der Produktionsweise.

M.E. außerdem Teil dieses Aspektes ist es, dass gewisse, besonders lange umschlagende fixe Kapitalien in Form von Zins und nicht als Teil des produktiven Kapitals umschlagen (vgl. Harvey 1982, S.198), sodass sich die Umschlagszeiten produktiven Kapitals wiederum verringern, die so bereitgestellten konstanten Kapitale jedoch einen Abzug vom Mehrwert bilden – es ist also auch dies nur begrenzt möglich.

Zweiteres, eine Senkung der Zirkulationsperiode, geschieht bereits mit der Spezialisierung verschiedener Kapitale, beispielsweise dem Handelskapital. Eine ganze Reihe von Infrastrukturen wurde geschaffen bloß zum Zweck der Beschleunigung der Zirkulation, besonders in bereits national/international ausgeweiteten Märkten. Dazu zählen nicht nur physisch materielle Infrastrukturen wie Eisenbahnen und Brücken, sondern auch Einrichtungen wie der Supermarkt oder der Onlineversandhandel. Dies kann einerseits die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für einzelne Waren mindern, was den tendenziellen Profitratenfall verstärkt. Andererseits kann die Zunahme der Geschwindigkeit aber auch mit einem höheren Abzug von Mehrwert behaftet sein, z.B. wenn eine Ware besonders schnell versandt und bezogen werden soll. Auch ist physische Infrastruktur sehr aufwändig und ungemein kapitalintensiv, sodass oftmals nicht etwa Kapitale, sondern der Staat oder andere nichtkapitalistische Sektoren ihre Produktion übernehmen (vgl. ebda., S.225) oder diese wie oben beschrieben in der Zinsform zirkulieren. Diese sind weiters oftmals (jedoch nicht immer, beispielsweise logistische Organisation und ähnliches) räumlich fixiert – binden also Kapital örtlich und schränken seine Mobilität ein (dies wird weiter unten noch als „spatial fix diskutiert, vgl. auch ebda. 1982, S.373ff). Dies bedeutet einen Mehrwertabzug, kann also nicht beliebig ausgedehnt werden.⁶

Die dritte angesprochene Möglichkeit bezieht sich auf die Unternehmensorganisation. Bestimmte Teile des Produktionsprozesses können ausgelagert werden, also die Fertigungstiefe reduzieren.

Das paradoxe Ergebnis dieser Operation ist jedoch, dass die organische Zusammensetzung des Gesamtkapitals nun höher ist also davor, ohne dass es in der Produktion per se zu Änderungen gekommen wäre (wenngleich zentralisierte Kapitale wohl anders strukturiert sind und sich andere Tendenzen ergeben, beispielsweise in Fragen der Innovation).

⁶ Laut Marx ist Transportarbeit als produktive Arbeit mehrwertschaffend. Daher würden bspw. große Infrastrukturausbauten zum Zwecke der Beschleunigung der Zirkulation (wie eben aber auch der Produktion durch Transport von Waren der Abteilung I) Mehrwert produzieren, nicht nur im Transport von Ausgangsmaterialien, sondern auch im Transport von Waren zu den Märkten. Andererseits ist der größte Teil derartigen Kapitals eben nicht in Form von Lastkraftwägen oder Zügen ausgelegt, sondern in der Infrastruktur, die ganz offensichtlich auch für gesellschaftliche Prozesse außerhalb des Kapitalkreislaufs verwendet wird, wobei gerade aufwändige Infrastrukturen oft nicht durch Einzelkapital produziert sind, dennoch aber wertförmig, wodurch sie Teil der Umschlagszeit wie auch des konstanten Kapitals sind. M.E. ist auf dieser Analyseebene nicht feststellbar, in welchem Ausmaß es sich um Mehrwertschaffung bzw. Abzug handelt (was gegebenenfalls wichtig wäre, um Aussagen bezüglich des tendenziellen Profitratenfalls zu machen). Dies muss auf konkreteren Ebenen festgestellt werden.

Ähnlich wie bei der Zirkulationsgeschwindigkeit muss also ein historisch bestimmtes Gleichgewicht zwischen Umschlagszeit und vertikaler Integration bestehen. (vgl. ebda., S.130ff.; 137ff.)

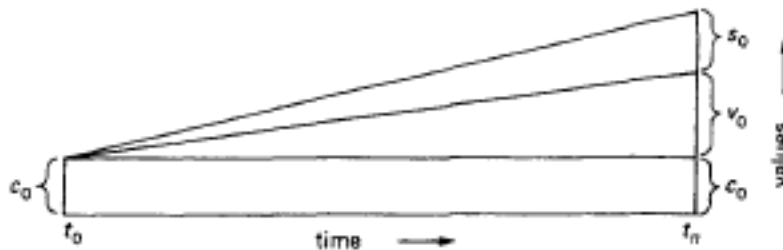


Figure 4.1

Abb. 1. (a.a.O.). Stärker vertikal integriertes Kapital.

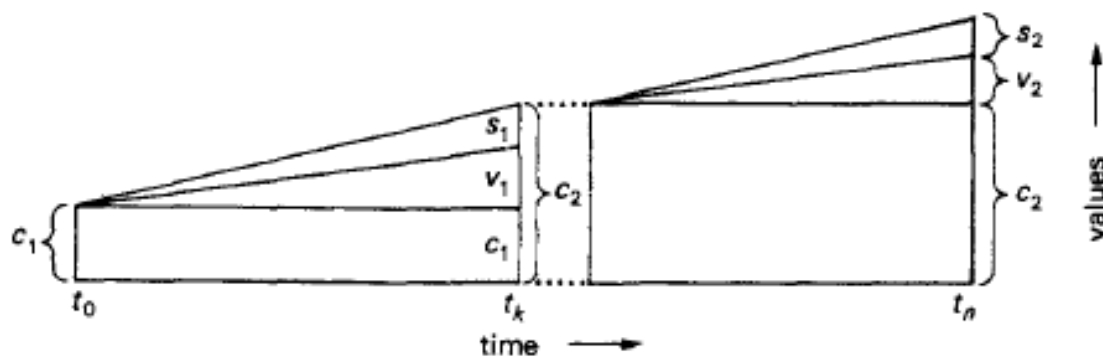


Abbildung 2. (a.a.O.). Stärker vertikal desintegriertes Kapital. Die Dimensionierung ist unskaliert, was für den logischen Charakter des Arguments auch nicht erheblich ist.

Erhöhte Umschlagsgeschwindigkeiten sind also stets verbunden mit Abzügen vom Mehrwert oder Zunahmen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals.

In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass die Kapitalakkumulation an verschiedenen Punkten brechen kann und es keine privilegierte Krisenursache gibt. Es handelt sich um stets präsente Widersprüche, die zuvorderst zeitliche Widersprüche darstellen. Diese stets präsenten Widersprüche führen zu der Notwendigkeit eines gewissen Rhythmus der Akkumulation, der gewährleistet werden muss, soll sich das Gesamtkapital erfolgreich erweitert reproduzieren.

Der Kapitalkreislauf besteht also aus einer Reihe an Kreisläufen, auf die verschiedenen Momente spezialisierte Kapitalkreisläufe, jene der beiden Abteilungen für konstantes Kapital und für Konsumgüter, wie auch den Kreisläufen der verschiedenen Sektoren mit

unterschiedlicher organischer Zusammensetzung. Diese Kreisläufe bilden einerseits auch eine spezifische Geografie mit den ihr eigenen Logiken aus. Andererseits entsteht die Frage, wie die inkohärenten temporalen Erfordernisse koordiniert werden, wenn im Zuge der Akkumulation bereits kleine Stockungen eine Krise auslösen können und fixes Kapital nach unterschiedlichen Zeiträumen ersetzt werden muss (vgl. Harvey 1982, S. 216), die Umschlagszeiten der verschiedenen Kapitale also inkohärent sind.

Harvey identifiziert den Zinssatz, also das zinstragende Kapital (vgl. ebda., S.237), das eine für alle Kapitale gültige gesellschaftlich notwendige Umschlagszeit herstellt, die überhaupt erst den Vergleich verschiedener Profitraten ermöglicht. Es ist das Geld, welches das „Verbindungsglied zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dar[stellt] (Becker 2002, S.201).

Von diesem Bereich der Ökonomie und ihren Funktionen für die Erhaltung der Kohärenz kapitalistischer Akkumulation handelt das nächste Kapitel.

Zinstragendes Kapital – Zeit kostet Geld

Die Zirkulation von Waren würde sehr schwerfällig, wenn für jeden Kauf, zumal über zuweilen weite Entfernungen, tatsächlich Geld physisch den Ort wechseln müsste. Daher kommt es historisch schon vor der Verallgemeinerung der Warenproduktion zur Herausbildung von Banken, die diesen Prozess stark beschleunigen, indem sie Scheine oder andere Zeichen, die auf das „eigentliche Geld“ (hierzu noch weiter unten) verweisen, ausstellen. Dies ermöglicht nicht nur eine wesentliche Erleichterung in dem Sinn, als dass nicht mehr Geldbeträge physisch transportiert werden müssen, sondern auch eine zeitliche Streckung. Geld ermöglicht, dass Kauf und Verkauf nicht unmittelbar zusammenfallen müssen, Banken ermöglichen, dass Waren transportiert und versandt werden können, noch bevor die Zahlung, die die Bank garantiert, eingetroffen wäre (Harvey 1982, S.263, MEW 25, S.451ff.). Forderungen gegen die Bank können zirkulieren und zu Kreditgeld werden.

Dieser Aspekt der Beschleunigung der Zirkulation ist mittlerweile derart selbstverständlich geworden und frühes Kreditgeld wie der einst bedeutende „Wechsel“ überkommen, dass sich Analysen zu zinstragendem Kapital, wie auch zu Geld, heute oftmals geschichtswissenschaftlich anmuten.

Die hohe Bedeutung der Umgehung des physischen Transports echten Geldes findet seinen Grund in der noch von Marx als Werts substanz des Geldes analysierten Geldware, wie auch in der raumzeitlichen Kompression des frühen Handels im Rahmen von Markttagen und ähnlichem. Dabei handelt es sich um jene Ware, auf die sich Geld bezieht. Geld ist also Maß

der Werte und Mittel der Zirkulation – zwei Funktionen, die im Widerspruch zueinander stehen, soll Wert doch in gleichbleibendem Quantum abstrakter Arbeitszeit gemessen werden, während sich andererseits jedoch Werte (auch jener der Geldware) selbst verändern.

Der theoretische Status der Geldware ist dabei aber fraglich (für eine Zusammenfassung vgl. Stützle 2006; in dieser Arbeit wird keine Position in dieser Frage eingenommen. Jedoch wird angenommen, dass sich die politischen Steuerungsmöglichkeiten durch die Machtausweitung der Zentralbanken massiv ausgeweitet haben).

Die Zentralbanken als letzte Instanz sollen die Banken liquide, also zahlungsfähig, halten. Vormals an die Goldvorräte gebunden, verleihen sie mittlerweile jeweiliges Geld zu einem festgesetzten Zinssatz ohne Verbindung zu einer physischen Ware. Diese jeweilige Währung wird zu einem nationalen (im Falle des Euro großregionalen) Zahlungsmittel, welches beispielsweise zur Begleichung von Steuerleistungen zwangsläufig verwendet werden muss und durch derartige politische Maßnahmen Geltung erlangt – wobei es durchaus vorkommen kann, dass dennoch andere Währungen zirkulieren (Dollarisierung, Euroisierung).

Dies führt dazu, dass Widersprüche zwischen Geld als Mittel der Zirkulation und als Maß des Wertes zwar vorerst scheinbar aufgehoben wurden. Der Tauschwert („Reflexwert“) des Geldes kann nicht mehr über den nicht mehr gegebenen inhärenten Wert steigen, bei Geldknappheit in Krisensituationen können Zentralbanken als „lender of last resort“ fungieren. Banknoten können nicht mehr in ihren Gegenwert in Geldware eingetauscht werden.

Der Widerspruch wird dadurch jedoch bloß auf größerer Stufenleiter reproduziert, da offenbar nicht mehr eine Geldware, sondern nur mehr die Staatsmacht für den Wert der Währung bürgt (vgl. Harvey 1982, S.244)⁷. Passiert das nicht, ist eine an eine Geldware gebundene (und daher mit stärkerer relativer Autonomie ausgestatteten) Währung kaum vorstellbare Entwertung der Fall (beispielsweise in Form einer „Hyperinflation“). Wie aber auch die oben angesprochene konstante Entwertung von Kapital kann diese Geldentwertung auch in geringem Ausmaß passieren in Form der Inflation, wie es für die fordistischen Nachkriegskapitalismus charakteristisch beschrieben wurde (vgl. Aglietta 1979, S. 365ff.). Deutlicher noch als in der Darstellung der Akkumulation unter Absehung zinstragenden Kapitals wird hier schon bei relativ abstrakter Betrachtung der stets historisch politisch hergestellte Charakter kapitalistischer Akkumulation deutlich.

⁷ Wie weiter oben schon angeführt wird die Frage der Geldware in dieser Arbeit nicht erörtert. Da aber selbst bei Existenz einer Geldware Zentralbanken den Bezug ihres nationalen Geldes darauf reproduzieren müssten, wäre selbst unter diesen Umständen die Erhaltung dieses Bezugs eine direkt staatliche Aufgabe, wäre also auf keinen Fall eine Geldware schon allein eine solche aufgrund welcher auch immer bestehender stofflichen Eigenschaften.

Geld ermöglicht nicht nur das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf sowie Kauf und Bezahlung. Weiter oben im Text wurde schon angedeutet, dass Geld neben dem Gebrauchswert, Geld und damit Repräsentant von Tauschwert zu sein, auch andere Gebrauchswerte zukommen können – nämlich auch jener, als Kapital - d.h. Kapital für andere, Kredit - zu fungieren. Anders als im Fall vorkapitalistischer Bankgeschäfte ist dies beschränkt auf Situationen verallgemeinerter Warenproduktion, also Kapital und zinstragendes Kapital.

Dabei verdoppelt sich das Geld funktional gleichsam. Zum einen als das Geldkapital des dann bloß fungierenden Kapitalisten/Kapitalistin, zum anderen behält der Verkäufer/die Verkäuferin ja einen Anspruch auf Rückzahlung dieses zinstragenden Kapitals ein – ein Anspruch, der aber verbrieft und verkauft werden kann und so zu fiktivem Kapital wird – womit sich das Kapital selbst gleichsam verdoppelt.

Klassisch ist dies die Aufgabe von Banken. Sie konzentrieren die Ersparnisse aller Klassen und vergeben Kredite, wobei sie nicht auf Ersparnisse angewiesen sind, sondern eine bestimmte Geldmenge mehrmals verleihen können (vorausgesetzt, die GläubigerInnen wollen ihre Ansprüche nicht in zu kurzer Zeit in allgemeinem Äquivalent geltend machen). Wenn auch analytisch die produktive Finanzierung, auch als Kriterium für kapitalistischen Kredit im Gegensatz zu mittelalterlichem Wucher, im Vordergrund steht, können KreditnehmerInnen, Kreditwürdigkeit vorausgesetzt, aber auch zum konsumtiven Konsum Geld leihen.

Vom Standpunkt des zinstragenden Kapitals stellt sich die Akkumulation dar als $G - G'$.

Aus Geld wird mehr Geld. Der/die fungierende KapitalistIn operiert mit geliehenem Geld anderer, das solcherart zu Kapital wird, und konzentriert sich auf den Produktionsprozess (MEW 25, S.350). Die Bereitstellung des zinstragenden Kapitals ist wiederum nicht wertbildend, geht aber in die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ein. Die Bereitstellung von Konsumkrediten ist Bestandteil variablen Kapitals, verändert aber dessen zeitliche Struktur. Bei Staatsschulden wiederum verhält es sich komplizierter, ihre Auswirkungen müssen gesondert untersucht werden (vgl. z.B. Bin 2015).

Dabei sind die Kredite als eigener Kapitalkreislauf wiederum in sich heterogen, Kredite können zu verschiedenen Laufzeiten vergeben werden – die Operation mit verschiedenen Fristigkeiten von Krediten wie auch Einlagen stellt letztendlich das Kernproblem dieser Institutionen dar. Dabei sind die Zinsen für Kredite niedriger Laufzeit gewöhnlich niedriger als für eine (weniger berechenbare, weil weiter in der Zukunft liegende) längere Laufzeit. Es existieren also verschiedene Gelder, deren Einheit keinesfalls gegeben ist, sondern hergestellt werden muss (vgl. Aglietta 1979, S.332ff.). Ob Kreditgeld nun auch Geld im Sinne des marx'schen Standpunktes ist, ist dabei umstritten (vgl. Fn. 8; auch gegenteilig Wullweber 2018).

Dies hat mehrere Auswirkungen.

Banken und andere finanzielle Institutionen sind zentral im Ausgleich der Profitraten und in der Schaffung einer stabilen Akkumulation. Es liegt auf der Hand, dass verschiedene ökonomische Bereiche verschiedene organische Zusammensetzungen aufweisen. Die Produktion von Kleidung und jene von großen Kraftwerken haben unterschiedliche Aufwände von konstantem Kapital. Amortisierungen und Reinvestitionen sind daher zeitlich inkohärent, eine Vielzahl von verschiedenen Rhythmen, welche drohen, wie weiter oben schon angemerkt, die Akkumulation zu einem äußerst unsteten und krisenanfälligen Prozess werden zu lassen – ein Charakter, den die Akkumulation in der Frühzeit des Kapitalismus durchaus aufwies und zu immer wiederkehrenden Krisen aufgrund von Ernteaussfällen, übervollen Lagern und ähnlichem führte und der durch die Entwicklung von Finanztechniken wie auch durch staatliches Eingreifen „geglättet“ wurde (vgl. Sewell 2008, S.520).

Aus demselben Grund ergibt sich die Bedeutung für den Profitratenausgleich, d.h. die Herstellung von Produktionspreisen. Sie ermöglichen eine schnellere Verlagerung von Kapital in andere Sektoren und damit wiederum eine stabilere Akkumulation.

Ferner ermöglicht das von ihnen geschaffene Kreditgeld eine massive Beschleunigung der Zirkulation und somit eine verkürzte Zirkulationsperiode.

Zinstragendes Kapital verbindet verschiedene Zeiträume, es ermöglicht die Vorwegnahme von Zeiträumen, holt also die Zukunft in die Gegenwart. Banken konzentrieren Ersparnisse von KapitalistInnen wie von ArbeiterInnen und anderen Klassen, um Wert zu speichern und ermöglichen andererseits durch die Schaffung von Geld die Anschaffung produktiven Kapitals, ohne das die einzelnen KapitalistInnen Mittel ansparen müssten, um sie anzuschaffen, beziehungsweise zu ersetzen (vgl. Harvey 1982, S.253) bzw. die Anschaffung von Konsumgütern, ohne erst daraufhin zu sparen.

Die zeitlichen Imperative der Akkumulation werden durch die Mechanismen des Finanzsystems noch deutlich komplexer. Es ermöglicht die Schaffung verschiedener weiterer, aufeinander bezogener Kapitalkreisläufe, die noch dazu verschiedene räumliche Konfigurationen aufweisen können, wobei auch die Widersprüche zwischen den Funktionen des Geldes im nationalen Rahmen und als Weltgeld bedacht werden müssen (vgl. Jessop 2004a, S.491).

Die zentrale Einflussgröße hierbei ist der Zinssatz. Er beschreibt den „Preis“ des Geldes über einen bestimmten Zeitraum. Dieser kann unterschiedlich hoch ausfallen zwischen verschiedenen kreditwürdigen Kapitalen wie auch anderen AkteurInnen und für unterschiedliche Zeiträume. Die Zinsen bewegen sich im Laufe des Konjunkturzyklus entlang der Nachfrage nach Geld in

der Regel nach oben, um in einer Krisensituation zu fallen. Der Zins bestimmt also den Preis des Geldes über einen bestimmten Zeitraum und damit auch eine Mindestumschlagszeit mit einer Mindestprofitrate. Da Kredite auch refinanziert, d.h. durch neue Kredite abgelöst werden können, können sich Verbindlichkeiten auch ändern. Der jeweilige Zinssatz bezieht also temporal unterschiedliche Kreisläufe auf eine gemeinsame Zinsbasis.

Er bemisst sich nach der Kreditnachfrage, wobei mittlerweile die Zentralbanken einen Zinssatz für das durch sie emittierte Zentralbankgeld letztendlich in einer politischen Entscheidung festlegen. Diese Entscheidungen sind stets politisch umstritten. Grund dafür sind die verschiedenen Funktionen des Geldes: Als Maß der Werte wie auch als Mittel der Zirkulation (wie auch die Funktion als Weltgeld). Die Zinskosten des einen Kapitalisten sind die Zinsen des anderen. Der Zinssatz kann außerdem nicht zu lange auf zu niedrigem Niveau verharren, soll die Glaubwürdigkeit der Währung keinen Schaden erleiden.

Steigt der Zinssatz, sinkt die gesellschaftlich notwendige Umschlagszeit, sodass Investitionen in Warenproduktion der Abteilung I an Attraktivität einbüßen, wenn angenommen wird, dass diese zumindest ab der Verallgemeinerung realer Subsumtion zeitlich vorangehende Abteilung eine höhere organische Zusammensetzung aufweist. Das gilt auch für Zirkulationsmittel und nicht-warenförmige Produktionsmittel, die ebenso durch Kredite finanziert werden können.

Auch gibt es Auswirkungen auf die Zentralisations- und Konzentrationsprozesse des Kapitals. Tendenzielle Zunahmen der organischen Zusammensetzung können bei ausbleibenden Gegentendenzen problematisch werden. Die insgesamt niedrigere organische Zusammensetzung vertikal integrierter Produktionsketten kann zu einer noch prekäreren Situation führen, da immer weitere Erhöhungen der Zinsrate zu immer kürzeren gesellschaftlich notwendigen Umschlagszeiten führen und zu Problemen im Falle zu kurzer Laufzeiten, worauf mit vertikaler Desintegration geantwortet werden kann – wiewohl zum Preis einer insgesamt weiter erhöhten organischen Kapitalzusammensetzung.

Es können jedoch nicht nur Ansprüche in Form von noch nicht realisierten Gewinnen zirkulieren. Auch Unternehmensanteile können zirkulieren, d.h. Kapital zu einer Ware, deren Gebrauchswert es ist, Kapital zu sein, werden (vgl. MEW 25, S350ff.), wobei im einen (Bankenfinanzierung) wie im anderen (Kapitalmarktfinanzierung) Fall die Finanzierung von Kapitalen die primäre Funktion darstellt. Die Verwandlung von Kapitalen oder anderen Wertströmen in fiktives Kapital, d.h. Kapitalisierung, orientiert sich an dem gegebenen Zinssatz, wobei auch andere intervenierende regelmäßige Ereignisse (Währungsschwankungen, Ernteauffälle beispielsweise in Form von Derivaten) kapitalisiert werden können. Das kann mitunter kontraintuitiv dazu führen, dass eine Krise durch eine

„Wette“ auf fallende Vermögenspreise zumindest für manche KapitalistInnen durchaus einträglich sein kann.

Der Kapitalmarkt als Möglichkeit der Unternehmensfinanzierung wurde in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend bedeutsamer im Vergleich zur klassischen Bankenfinanzierung, wobei es im Verhältnis dieser beiden Formen zueinander wie auch in der jeweiligen institutionellen Ausgestaltung seit jeher sehr große Unterschiede im internationalen wie auch zeitlichen Vergleich gab. Dabei ist die Preisbildung fiktiver Kapitale in gewissem Ausmaß unabhängig von der eigentlichen Kapitalisierung. Überakkumuliertes Kapital kann daher auch veranlagt werden, nicht in der Erwartung der daraus resultierenden Mehrwertansprüche, sondern mit der Absicht, zu einem späteren Zeitpunkt (teurer) wieder zu verkaufen. Es ist dieser Handel mit fiktiven Kapitalen, die in der jüngeren Vergangenheit die Bildung von Blasen bewirkte und zu gewissen Zeiträumen gelingender Akkumulation führte, die aber schlussendlich in noch größeren Krisen mündeten (vgl. Harvey 1982, S.268).

Fiktives Kapital beschleunigt die Entwicklung hin zu einem Gleichgewicht zwischen vertikaler Integration einerseits und gesellschaftlich notwendiger Umschlagszeit andererseits, indem zirkulierendes fiktives Kapital einen Anreiz bietet, bestehende Kapitale sektoral nach Kapitalmarkterfordernissen aufzuspalten. In jüngster Zeit ist dies auch als „Shareholder Value“-Konzept diskutiert worden (vgl. Sablowski 2004).

Eine weitere, ebenso organisatorische Auswirkung sind neue Organisationsformen, die die immer größere Zentralisation von Kapital ermöglichen, weg vom einzelnen, mit dem Produktionsprozess verbundenen Kapitalisten/Kapitalistin hin zu Aktiengesellschaften und anderen Formen der Firmenorganisation. Harvey (1982, S.146) identifiziert diese Änderung mit dem Ende des Familienunternehmens (i.S. eines durch familiäre Verhältnisse überdeterminierten Kapitals, siehe weiter unten), eine Behauptung, der so nicht zugestimmt werden kann und die wohl einerseits ebenso Teil einer ökonomistischen Tendenz im Werk Harveys darstellt (vgl. Jessop 2004a), andererseits wohl auch damaligen Paradigmen geschuldet ist (vgl. Celo/Lehrer 2016).

Erst Banken und Kapitalmärkte ermöglichen fixes Kapital mit enormen organischen Zusammensetzungen und hohen Investitionssaufwänden wie beispielsweise Eisenbahnlinien und andere Infrastrukturen, die in langen Zeiträumen umschlagen. Fiktives Kapital ermöglicht hier das Umschlagen von konstanten Kapitalen mit langer Umschlagszeit in der Form zinstragenden Kapitals.

Kredite und fiktives Kapital ermöglichen so zum einen eine Stabilisierung der Akkumulation, zum anderen aber die Verschiebung von Krisen in die Zukunft.

Banken und funktional äquivalente Institutionen geben Kredit jedoch nicht unbegrenzt, sondern wenden eine Vielzahl an Instrumenten an, um sicherzustellen, dass Kredite auch bedient werden können.

Bei einer Anhebung des Zinssatzes, die in der Regel im Laufe eines Akkumulationszyklus passiert, kann jedoch an einer ganzen Reihe von Punkten eine Krise ausgelöst werden. Die Preise fiktiver Kapitale können kollabieren und dadurch Kreditketten reißen, Kapitale und Staaten können die Zinsen auf Kredite dann nicht mehr begleichen, womit die Probleme des Akkumulationsprozesses erst recht zum Durchbruch kommen und das Potenzial einer massiven Krise bergen.

Zinstragendes Kapital ist eine naheliegende Möglichkeit der Verschiebung von Krisen in die Zukunft. Krisen zeigen sich dementsprechend im zeitgenössischen Kapitalismus zumeist zuerst als Finanzkrisen, die jedoch stets auf erweiterter Stufenleiter reproduzierte Widersprüche verweisen. Die Verwertungsprobleme des Gesamtkapitals werden dadurch aber nicht nur größer, sie werden auch komplexer. Wird das Misstrauen gegenüber Kreditgeldern allumfassend, ist ein allumfassender „Hunger“ nach Zentralbankgeld die Folge.

Die zirkulierenden fiktiven Kapitale wie auch die Kreditverhältnisse, die als Organisationsinstanz fungieren und ein gewaltiger Hebel der Akkumulation sind, brechen in dieser Situation zusammen.

Die Kapitalakkumulation ist ein zutiefst widersprüchlicher Prozess und, soll sie stabil vor sich gehen, abhängig von der Herstellung und Reproduktion einer Reihe von Temporalstrukturen. Diese können mit Harvey als verschiedene temporal definierte Kreisläufe, die einen „temporal fix“ herstellen, bezeichnet werden. Sie sind historisch konkret und je bezogen auf bestimmte „spatial fixes“ und erzeugen so einen „spatio temporal fix“. Das folgende Kapitel stellt eine kritische Diskussion dieser Konzepte dar.

Kreisläufe, Temporal Fixes, Spatial Fixes

David Harvey unterteilt den Kapitalkreislauf in mehrere Unterkreisläufe, wobei die Unterscheidung keine stoffliche oder funktionale, sondern eine temporale ist. Dies unterscheidet das Konzept von jenem der Abteilungen einerseits, aber auch von jenem fixen/zirkulierenden Kapitals, benennt der sekundäre Kapitalkreislauf doch die „totality of processes whereby capital circulates through fixed capital and consumption fund formation and use“. Dem fixen Kapital kommt nichtsdestotrotz eine „certain priority of fixed capital formation and use“ (1982, S.236) zu. Speziell die gebaute Umwelt, „immobilized capital“, die in besonders langen Zeiträumen umschlägt, eignet sich für die langfristige Anlage von Kapital,

ebenso aber Infrastrukturen, die in der Zinsform umschlagen. Einen weiteren, später hinzugekommenen, Kreislauf bildet der tertiäre Kapitalkreislauf, Wissenschaft, soziale Infrastrukturen etc. (vgl. z.B. 2003, S.108ff., eigentlich aber bereits sehr ähnlich, jedoch ohne Benennung eines weiteren Kreislaufs 1982, S.398ff.). Dementsprechend analysierte Harvey mit dieser Begrifflichkeit die Entstehung des modernen Paris (vgl. 1985a) wie auch den Zusammenhang von Krise und Urbanismus (vgl. 1985b) und stellt erhöhte Bautätigkeit in einen Zusammenhang mit Krisentendenzen der Kapitalakkumulation (vgl. 1982, S.410).

Der sekundäre Kapitalkreislauf stellt somit einerseits einen temporalen Fix dar. Auf kurze Frist nicht verwertbares Kapital wird Teil des sekundären (tertiären, quartären), sich über einen längeren Zeitraum verwertenden Kreislaufs. Andererseits aber auch einen räumlichen Fix, da der sekundäre Kapitalkreislauf verräumlicht ist, was auch für mobiles fixes Kapital gilt (Schiffe benötigen Häfen, Lastkraftwagen Straßen etc..) wie auch für den Konsumtionsfond. Die Akkumulationsfortgang ist daher für eine Zeit räumlich gebunden.

Ähnlich wie der sekundäre Kapitalkreislauf ziehen sich die Begriffe Spatial, Temporal und Spatio-Temporal Fix durch Harveys Werk wie wenige andere. Dabei kommt es manchmal zu Ambivalenzen und stark divergierenden Interpretationen (vgl. Belina 2011, S.242), Bob Jessop (2004b, S.5) warnt im Zusammenhang mit Temporal Fixes gar vor der Verwechslung von Worten mit Begriffen. Harvey unterscheidet zwei Begriffe von „spatial fix“. Einerseits den mit einer „inneren Transformation“ (vgl. Harvey 1982, S. 414ff.) verbundenen Spatial Fix, der auf eine langfristige Fixierung von Kapital abzielt und dadurch eine bestimmte Geographie schafft. Je größer die Ausdehnung der Umschlagszeiten, desto höher die Trägheit eines bestimmten Fix. Die gebaute Umwelt – Schnellstraßen, Tunnels, Gebäude – hat hierbei eine doppelte Funktion. Einerseits handelt es sich um einen Kapitalkreislauf, in welchem überakkumuliertes Geldkapital in teils sehr langem Zeitraum profitabel angelegt werden kann (wenn es nicht zuvor entwertet wird). Andererseits dienen gebaute Umwelten als Infrastrukturen der Beschleunigung der Zirkulation aber auch der Produktion, können also dem tendenziellen Profitratenfall entgegenwirken und zur Einhaltung der gesellschaftlichen notwendigen Umschlagszeit beitragen.

Neben diesem Begriff von Fix beschreibt spatial fix bei Harvey jedoch auch eine kurzfristigere Lösung spezifischer Krisentendenzen, verbunden mit einer „äußeren“ Transformation des Kapitalismus. Während innere Transformation die räumliche Reorganisation der Produktion meint, beschreibt die äußere Transformation die Erschließung neuer Märkte außerhalb des „Heimmarktes“, eines Staates oder einer Region. Dabei geht es jedoch nicht nur um

Warenexporte, sondern auch um Kapitalexporte wie auch um den Import (oder den krisenbedingten Export) von Arbeitskraft.

Dass Harvey diese Unterscheidung auf den räumlichen Fix beschränkt, ist zurückzuführen einerseits auf die Engführung des Temporal Fix auf die Möglichkeiten des Kreditsystems und der Sphäre fiktiven Kapitals (vgl. Harvey 2007 [1982], S.X; Jessop 2004a, S. 481). Andererseits aber der werttheoretisch fragwürdigen Vermengung von fixem Kapital, Konsumtionsfond und gebauter Umwelt im Allgemeinen. Sofern es sich um Gegenstände aus dem Konsumtionsfonds handelt, sind sie nicht Teil des Kapitalkreislaufs, sofern sie Zirkulationsmittel (Straßen, Brücken) etc. darstellen, handelt es sich erstens mitunter um einen Mehrwertabzug, welcher zweitens sehr häufig nichtkapitalistisch bereitgestellt wird (vgl. Harvey 1982, S. 225). Damit bildet er keinen Bestandteil eines Kapitalkreislaufs, da er nicht warenförmig bereitgestellt wird, was auch oftmals für die Bereitstellung von Wohnraum gilt⁸.

Es handelt sich um analytisch verschiedene Fixes. Real sind sie stets aufeinander bezogen, wie es auch abstrakt Zeit und Raum sind.

Die doppelte Bedeutung, also einerseits als eher kurzfristige äußere Transformation, andererseits als eher langfristige innere Transformation, kann sowohl Temporal- wie auch Spatial Fixes zukommen, beziehungsweise tut dies empirisch stets (vgl. auch in die Richtung gehend 1982, S. 418). Eine „innere Transformation“ verändert nicht nur den Raum, sondern auch die Zeitbeziehungen. Ebenso wie eine kurzfristige Verschiebung von Krisentendenzen in die Zukunft durch eine Ausdehnung des Kreditwesens (die selbst räumlich ist) eine äußere Transformation ähnlich der Erschließung neuer Märkte sein kann.

Die doppelte Bedeutung der Fixes wie auch die werttheoretischen Ungereimtheiten des Kapitalkreislaufkonzepts haben m.E. ihren Ursprung in der Vorgehensweise Harveys, die von einer ausschließlich werttheoretischen und ökonomischen Betrachtung geprägt ist (vgl. Jessop 2004b, S.3). Diese findet aber ihre Grenze in der Produktion und Reproduktion der Bedingungen des primären wie auch aller anderen Kapitalkreisläufe. In den Grundrissen

⁸ Wie bereits weiter oben ausgeführt müsste das Ausmaß der Mehrwertproduktion durch die gebaute Umwelt konkreter gefasst werden, da nur ein Teil der Verwendung der gebauten Umwelt dem Warentransport dient und diese außerdem zumindest ab einem gewissen Zeitpunkt Renten abwirft. Dasselbe Problem gilt auch für Gebrauchswerte aus dem Konsumtionsfonds. Die Fassung von der der Abteilung II angehörigen gebauten Umwelten ist ebenso problematisch, werttheoretisch wie auch in der Bestimmung des dritten Kapitalkreislaufs. Die temporale Dimension eines größeren Verkehrsprojektes ähnelt in seiner Ausdehnung womöglich einer Hochschulreform eher als einem Einfamilienhaus. M.E. aber das mit Abstand größte Problem ist jedoch, das große Teile der gebauten Umwelt schlicht offensichtlich nicht warenförmig bereitgestellt werden, weder für den produktiven Konsum durch Warentransport, noch für den konsumtiven Konsum.

schreibt Marx: „Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf.“ (MEW 42, S.105) Harvey versucht dies in einzigartiger Konsequenz zu denken. Sein Fokus auf die raumzeitliche Dimension der Akkumulation und das Weiterdenken des sekundären Kapitalkreislaufs zu einem tertiären, quartären etc. verweisen auf eine zentrale Dimension warenproduzierender Gesellschaften. Harveys raumzeitliche Krisentheorie erkennt hiermit zwar einen relevanten Zusammenhang und fügt der Kritik der politischen Ökonomie Bausteine hinzu, jedoch zum Preis begrifflicher Unklarheit. Die Kategorien der Werttheorie finden ihr Ende dort, wo es sich nicht um Verhältnisse warenförmiger Wertbildung handelt.

Real existierende Gesellschaftsformationen bestehen wie weiter oben schon dargestellt nie durchwegs aus kapitalistischen Produktionsverhältnissen, sondern sind immer schon artikuliert mit nicht-kapitalistischen Verhältnissen, die ihrerseits ökonomische, politische und ideologische Bereiche aufweisen. Das Kapitalverhältnis kann sich nicht aus sich selbst heraus reproduzieren. Das heißt z.B., dass eine äußere Transformation in Form einer bestimmten internationalen Arbeitsteilung konstitutiv ist für eine Periode erfolgreicher Akkumulation und nicht allein kurzfristige Strategie zur räumlichen (und auch temporalen) Verschiebung von Krisentendenzen. Nichtkapitalistischen Verhältnissen kommt dabei eine eigene temporale wie auch räumliche Dimension zu. Eine gewisse (auch temporale) Ausgestaltung des Konsumtionsfonds wie auch nichtkapitalistisch bereitgestellter Produkte sind nicht Teil des sekundären Kapitalkreislaufs, es handelt sich um die Bedingungen für Akkumulation überhaupt. Dies führt aber dazu, dass nicht mehr klar ersichtlich ist, inwiefern das Konzept des sekundären Kapitalkreislaufs sich von jenem des fixen Kapitals unterscheidet (MEW 24, S.159), da ja fixes Kapital bereits eine logische temporale Komponente in der Begriffsdefinition beinhaltet. Zusammen mit dem tertiären (und quartären) Kapitalkreislauf weist dies darauf hin, dass es nicht einfach einen primären und einen sekundären, sondern eine ganze Reihe von Kreisläufen gibt, die alle eine temporale Dimension aufweisen, wenngleich es nicht immer funktional ist, sie (nur) temporal abzugrenzen.

Zwei weitere Aspekte müssen hierbei noch kritisch angemerkt werden. Einerseits ist die Reihenfolge in Harveys Darstellung fragwürdig – sind doch die Funktionen des tertiären Kreislaufs die Bedingungen für Akkumulation, auch des primären Kreislaufs, überhaupt. Andererseits erklärt sich aus dieser Vorgangsweise auch Harveys Position, dass entgegen Marx die Verteilung des Mehrwerts nicht aus der Produktion, sondern Produktion und Verteilung des Mehrwerts (auf Löhne, Renten, Profite) gleichrangig zu analysieren wären (vgl. 1982., S.39ff) und diese dann wiederum aus den (auch temporalen) Erfordernissen der Akkumulation im Verhältnis zu stets präsenten Klassengegensätzen. Wenn die Reproduktion der

Kapitalakkumulation aber nicht aus sich selbst heraus erklärt werden kann, liegt es sehr nahe, dass die zu dieser Reproduktion notwendigen Verteilungsrelationen ebenso nicht auf der Ebene der Analyse der Produktionsweise zu finden sind. Selbiges gilt für die gebaute Umwelt wie auch für soziale Infrastrukturen, auch wenn es sich um Kreisläufe handelt, so wird ihnen eine Behandlung ausschließlich als Kapitalkreisläufe keinesfalls gerecht.

Das heißt dann aber auch, dass ein temporaler Zusammenhang nicht nur eine Logik – jene der Akkumulation – aufweist, sondern es eine Vielzahl in gewissem Ausmaß autonomer temporaler Logiken sind, die nichtsdestotrotz aufeinander wirken.

Wie aber lässt sich diese Vielzahl an Kreisläufen angemessen, d.h. in Anbetracht ihrer Existenzbedingungen, analysieren? Eine Möglichkeit hierzu bietet die Regulationstheorie.

Die Regulationstheorie als ein Ansatz, mit welchem empirisch existierende Perioden kapitalistischer Entwicklung in kapitalistisch dominierten Produktionsweisen in ihrer Komplexität analysiert werden können, wird im folgenden Kapitel diskutiert.

Akkumulation und ihre Regulation

Ausgangs- und Absatzpunkt des regulationistischen Programms war das Werk Louis Althusser. In seiner Analyse „Ideologie und ideologische Staatsapparate“ stellt er sich der Frage der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise. Während die Reproduktion der Produktivkräfte der Marx'schen Reproduktionsschemata dargestellt werden kann, ist dies für die Produktionsverhältnisse nicht der Fall (vgl. Althusser 2010, S. 37). Wie bereits oben angemerkt begründet dies die Unmöglichkeit einer rein auf Warenlogik basierenden Gesellschaft. Real existierende Gesellschaften sind also Formationen verschiedener Produktionsweisen und Produktionsverhältnisse. Aus den Reproduktionserfordernissen ergäbe sich die Notwendigkeit von Staatlichkeit.

Althusser fasste diese funktional als die die Reproduktion der Produktionsverhältnisse sichernden Staatsapparate, welche er unterteilte in solche, die vorwiegend auf Basis der Ideologie sowie solche, die auf Basis von Repression funktionieren. Sich auf psychoanalytische Erkenntnisse stützend produziert die Ideologie in dieser Konzeption dabei nicht nur die notwendige Zustimmung in den Subjekten, sondern die Subjekte selbst. Änderungen oder gar Transformationen waren darin jedoch kaum mehr denkbar, da Staatsapparate von ihrer Funktion in der Reproduktion, das heißt auch entlang der Reproduktion ihrer Existenzbedingungen, gedacht wurden.

Lipietz meint dazu rückblickend: „[Dass die] Feststellung, [dass] die theoretischen Bedingungen der *Reproduktion* eines Verhältnisses vorhanden [seien], häufig ausreichte, um

die Untersuchung der Existenz dieses sozialen Verhältnisses zu beenden“ (1985, S.111). Ein Teil dieses Problems ist m.E. in der Erkenntnistheorie Althusser angelegt. Der Einsicht, dass ein Realobjekt als Erkenntnisobjekt erst konstruiert werden müsse, folgte die Ablehnung des Einbezugs empirischer Erkenntnisse im Prozess des Fortschreitens auf konkretere und komplexere Ebenen, da die Erkenntnis des Realen keine weitere Verbindung mit dem Realen selbst hätte (vgl. O’Boyle/ McDonough 2014, S.204ff.). Damit aber geraten die Auseinandersetzungen um die tatsächliche Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse zwangsläufig aus dem Blickfeld.

In verschiedenem Ausmaß an Althusser’s Begrifflichkeit anschließend kritisiert die Regulationstheorie diesen Funktionalismus (vgl. Jessop 1990, S.169-170) und fragt, wie die Möglichkeit der Reproduktion zur Realität wird. (vgl. Lipietz 1985, S.112). Die Regulationstheorie entwickelt sich als ein Ansatz, der die Reproduktion dieser Bedingungen als umkämpft, kontingent und offen darstellt. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich eine ganze Reihe verschiedener „regulationistischer“ Ansätze herausgebildet (Jessop 1990), wobei in dieser Arbeit v.a. auf die Pariser Ansätze zurückgegriffen wird. Diese zeichnen sich (zumindest in den früheren Werken, vgl. Hübner 1989, S.103ff) durch eine werttheoretische Fundierung des Akkumulationsimperativs wie auch durch Bezugnahme auf kapitalistischen Gesellschaftsformationen allgemein gültigen Bewegungsgesetzen aus (vgl. Becker 2001, S.64, Hübner 1989, S.109).

Nicht zuletzt die dort zu verortende stilbildende Studie Agliettas über die kapitalistische Entwicklung der USA (vgl. 1979) arbeitete dabei auch in hohem Ausmaß temporale Aspekte heraus – ein Thema, das so in späteren Arbeiten kaum wiederaufgenommen wird.

Als Theorie mittlerer Reichweite ist ihr Objekt der Akkumulationsprozess in konkreten Gesellschaftsformationen. Diese werden dominiert durch die kapitalistische Produktionsweise und ihre zeitlichen Imperative, umfassen aber auch andere Produktionsverhältnisse oder gar Produktionsweisen und deren Temporalitäten. Die zentralen intermediären, d.h. zwischen der Analyse von Produktionsweisen und Begrifflichkeiten der empirischen Forschung liegende, Konzepte sind Akkumulationsregime, Regulationsweise und die ihren Zusammenhang beschreibende Entwicklungsweise (vgl. Jessop 2007, S.237-238). Die Unterscheidung zwischen Produktion und Reproduktion ist dabei gerade nicht entsprechend jener zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise. Das Ergebnis der Regulation sozialer Verhältnisse ist die Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse in ihrer Allgemeinheit, nicht bloß des produktiv wertschaffenden Lohnverhältnisses, sondern auch aller anderen gesellschaftlichen Verhältnisse, die nie bloß ideologisch, politisch oder ökonomisch sind (vgl.

Lipietz 1985, S.110ff.). Während das Akkumulationsregime stark auf einer abstrakteren Ebene die Erreichung der Entsprechungsverhältnisse im Rahmen der marx'schen Reproduktionsschemata problematisiert, beschreibt die Regulationsweise konkreter die strukturellen Formen, die ein bestimmtes Akkumulationsregime stabilisieren und die zur Akkumulation notwendige Erwartungssicherheit produzieren. Dabei handelt es sich nicht um auf gleicher Stufe quasi manichäisch aufeinander bezogene Begriffe, sondern um ein Fortlaufen in der Analyse vom einfacheren und abstrakten Akkumulationsregime zur komplexeren und konkreteren Regulationsweise (vgl. Alnasseri et.al. 2001, S.25). Zwar sind die durch diese intermediären Begriffe erfassten möglichst kohäsiven Strukturen „funktional“ für den Fortgang der Akkumulation. „Funktion“ sollte dabei aber erstens nicht genealogisch missverstanden werden: Prozesse, Normen, Institutionen der Regulation entstehen nicht zwangsläufig funktionalistisch zur Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse. Es handelt sich im Einzelnen um ein mehr oder minder kohärentes Zusammenspiel hin zu einer „glückliche Fundsache“. Vor allem aber gibt es kein steuerndes Zentrum, das ein Gleichgewicht zwischen Käufen und Verkäufen herstellen würde. Im Gegenteil meint die Ermöglichung der Reproduktion durch Regulation die Vereinbarkeit potenziell unendlicher dezentral getroffener Entscheidungen. (vgl. Hübner 1989, S.155)

Zweitens ist es, wenn das Fortschreiten von abstrakten/einfachen zu komplexen/konkreten Konzepten ernst genommen wird auch klar, dass eine Regulationsweise nicht funktional auf das abstraktere und einfachere Akkumulationsregime bezogen werden kann, ohne den eigentlichen analytischen Zweck zu verlieren. Wenn die Regulation abstrakterer Akkumulationsregime durch verschiedene konkretere Formen gelingen kann, hätte ein funktionaler Bezug keinen Sinn, was aber auch nicht etwa bedeuten soll, dass Regulationsformen beliebig sein könnten.

Wie bereits im Kapitel 3 ausgeführt sind für verschiedene Phasen kapitalistischer Entwicklung verschieden ausgestaltete Rhythmen, Raumproduktionen etc. denkbar.

Diesen Variationen soll der Begriff des Akkumulationsregimes gerecht werden. Ein Akkumulationsregime beschreibt ein gesellschaftlich hergestelltes Entsprechungsverhältnis von Produktion und Konsumtion, einer damit einhergehenden bestimmten Umgestaltung der Produktion und Verteilung wie auch der Konsumtion, sowohl der produktiven wie auch der konsumtiven. Es verschafft der Akkumulation „bestimmte Bewegungsformen“ ohne ihre Widersprüche aufzuheben“ und ermöglicht so einen mehr oder weniger regelmäßigen Fortgang der Akkumulation (vgl. Sablowski 2011b, S.50). In dem Maße, wie nichtkapitalistische Produktionsverhältnisse Waren und Dienstleistungen bereitstellen, fällt auch die Herstellung

und Reproduktion dieser Verhältnisse in den Begriff des Akkumulationsregimes (vgl. Chorus 2013, S.73).

Laut Hübner (vgl. 1989, S.116, vgl. Becker 2001, S.64ff.) charakterisieren folgende Dimensionen ein Akkumulationsregime:

- a.) „Der Typus der Produktionsorganisation und die Stellung der Lohnabhängigen innerhalb des Produktionsprozesses.“
- b.) „Der zeitliche Horizont der Kapitalbildung und -verwertung“
- c.) Die Aufteilung in Löhne (direkte und indirekte), Steuern sowie Profite
- d.) Die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage, auch in Bezug auf Abteilungen I und II der „gesellschaftlichen Produktion“
- e.) Der Artikulationsmodus mit nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen/weisen

Die Dimension b.) umfasst hierbei m.E. unter anderem jene drei Zusammenhänge, die weiter oben angeführt wurden:

- Ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Entwicklung der organischen Zusammensetzung und der Umschlagszeit des Kapitals unter Einbeziehung in Zinsform zirkulierender Kapitalbestandteile.
- Ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Entwicklung der Zirkulationszeit (als Teil der Umschlagszeit) sowie dem dadurch bewirkten Mehrwertabzug.
- Ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Entwicklung der (De)zentralisation des Kapitals und der Umschlagszeit.

Diese Dimension allein auf die Zeit zu reduzieren ist aber m.E. nicht ausreichend, wenn Zeit und Raum als Dimensionen aller gesellschaftlichen Verhältnisse gleichbehandelt werden soll. Weiters zu nennen ist der Aspekt e.), also nicht-kapitalistische Produktionsverhältnisse die nichtsdestotrotz mit diesen artikuliert sind und eigene temporale Dimensionen und Reproduktionserfordernisse aufweisen.

Diese abstrakten Bestimmungen müssen sich historisch konkret vermittelt in sehr verschiedener Weise durchzusetzen – eine Erfassung empirischer Temporalitäten ist auf dieser Ebene nicht möglich.

Akkumulationsregime können entlang verschiedener Achsen differenziert werden. Die am öftesten genannte betrifft die Art der Produktion relativen Mehrwerts und führt zur Unterscheidung intensiver und extensiver Akkumulationsregime. Neben dieser Differenzierung führen AutorInnen auch weitere Unterscheidungskriterien an, u.a. aufgrund der Kritik

bezüglich methodologisch-nationalistischer sowie nicht-kapitalistische Verhältnisse erst „nachträglich“ analysierender ursprünglicher Konzeptionen regulationistischer Begrifflichkeiten. (vgl. z.B. Alnasseri 2004, S.100) Das ist einerseits die Unterscheidung in introvertiert und extrovertiert. Sie unterscheidet Akkumulationsregime, in denen Gesellschaftsformationen sich in verstärktem Ausmaß auf Binnen- oder auf äußere Entwicklungen hin orientieren. Becker merkt an, dass eine Abfolge von extravertierten und introvertierten Akkumulationsregimes historisch nur in den dominanten Staaten erkennbar sei, während in den abhängigen Formationen des globalen Südens eine Extravertierung die Regel sei, weshalb dieser Aspekt der Typenbildung auch für jene Räume gesteigerte Relevanz besäße (vgl. 2001, S. 70-71). Das muss einerseits hinsichtlich von Prozessen der letzten Jahrzehnte modifiziert werden, die zu einer Transnationalisierung auch in den Metropolen führten, bis hin zu dem Punkt, in dem strukturelle Formen im Rahmen internationaler und internationalisierter Staatsapparate existieren. Andererseits m.E. aber auch räumlich (vgl. Alnasseri et.al. 2001, S.32), z.B. im Falle von Gesellschaftsformationen mit aufgrund kleinem Binnenmarkt auch in der fordistischen Phase beachtlicher Extravertierung (small open economy“).

Angeführt werden hier sollte m.E. auch der Beginn des grenzüberschreitenden Massentourismus, der sich ebenso wie Exporte in der Zahlungsbilanz bemerkbar macht.

Weiters ist selbst für die großen nordatlantischen Staaten der fordistischen Periode das Bild keineswegs so „geschlossen“ wie man vermuten würde (vgl. Hübner 1989, S. 126.), sodass die Einschränkung „überwiegend introvertiert“ wohl auch räumlich zu verstehen ist und es bedeutende Varianzen gibt und gab.

Die Komplexität lässt sich weiter steigern durch die Unterscheidung von unter Dominanz des industriellen bzw. des Finanzkapital stehendem Akkumulationsregime (vgl. Jessop 1990, S.156ff., vgl. Becker 2001, S.67ff.).

Die klassische Typisierungsachse ist jedoch jene zwischen vorwiegend extensiven und vorwiegend intensiven Akkumulationsregimes.

Dabei handelt es sich um eine Unterscheidung unterschiedlicher Formen der relativen Mehrwertproduktion. Extensive Akkumulationsregimes basieren vorwiegend auf der Erneuerung der technischen Grundlagen der Produktion, das heißt der Produktionsmittel wie auch der Arbeitsorganisation, wodurch sich der Zeitraum der Mehrwertproduktion (m) relativ zum variablen Kapital (v), also dem Teil des Arbeitstages notwendig zur Reproduktion der Arbeitskraft, erhöht. Extensive Akkumulationsregimes tendieren zur Ausbildung asynchroner Akkumulationsprozesse der verschiedenen Abteilungen kapitalistischer Produktion. Da im Laufe eines Konjunkturzyklus die Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) jener von

Konsummittel (Abteilung II) logisch vorausgeht, dehnt sie sich tendenziell schneller aus als diese. Es kommt also zu einer zyklischen Bewegung von Aufschwüngen und Abschwüngen, in denen Kapital entwertet wird. Die in diesem Zusammenhang auftretenden Krisenerscheinungen werden von manchen AutorInnen in Verbindung mit verstärkter absoluter Mehrwertproduktion gebracht, beizeiten überhaupt als das Unterscheidungskriterium betrachtet (vgl. Hübner 1989, S. S69).

Vorwiegend intensive Akkumulationsregimes basieren einerseits auf einer weitreichenden Umgestaltung einer dominanten Form der Arbeitsorganisation.

Andererseits aber auch auf der Änderung der Konsumnorm der Lohnabhängigen, der „Veralltäglicung“ neuer Praxen und sozialer Beziehungen. Dies ermöglicht eine andere Quelle relativen Mehrwerts zu erschließen, die beschleunigte Reproduktion von Arbeitskraft. Dies wiederum führt zu einem Wachstum von Profiten und Löhnen sowie einer gleichmäßigen Akkumulation der beiden Abteilungen der Produktion (vgl. Aglietta 1979, S.71ff).

Eine Änderung der Konsumnorm und der Lebensweise der Lohnabhängigen im Rahmen eines intensiven Akkumulationsregimes korrespondiert hier auch mit der Etablierung eines spatio-temporal Fix, der auch über die Warenkonsumtion hinausweist, insofern als das es „operates on the totality of time and space occupied or traversed by its individuals in daily life“ (ebda., S. 71). Andererseits sollte aber nicht vergessen werden, dass erstens auch ein extensives Akkumulationsregime tendenziell einen eigenen spatio-temporal Fix ausbildet. Es ist in diesem Zusammenhang eine interessante Parallele, dass historisch extensive Akkumulationsregimes mit der Proletarisierung des Agrarsektors in den Metropolen bzw. später in den Peripheren einhergingen. Letzteres entspräche im engen Sinn einer Extravertierung.

(d.h. einem Fokus jenseits der Gesellschaftsformation, ähnlich der „äußeren Transformation“ im Rahmen des Spatial Fix bei Harvey, während die „innere Transformation“ den Vorgängen in einem intensiven Akkumulationsregime zu entsprechen scheint, vgl. weiter oben).

Zweitens darf nicht übersehen werden, dass real existierende Gesellschaftsformationen stets in einem internationalen Zusammenhang existieren. In diesem können bestimmte Aspekte eines Akkumulationsregimes modifiziert sein (vgl. Alnasser et.al. 2001, S.32).

Ein Akkumulationsregime bezeichnet also einen mehr oder weniger kohärenten Zusammenhang von Produktion, Konsumtion und Verteilung, der erklärt, wie Akkumulationsprozesse die ihre Reproduktion ermöglichende Kohärenz erreichen.

Analytisch gefasst werden durch das Konzept des Akkumulationsregimes auch verschiedene Artikulationen kapitalistischer und nicht-kapitalistischer Verhältnisse. Historisch wurde im Fall des extensiven Akkumulationsregimes die Transformation der Lebensbedingungen durch

Proletarisierung agrarischer Klassen gezeigt, während im Fall des intensiven Akkumulationsregimes die Transformation der Lebensweise bereits lohnabhängiger Massen im Vordergrund steht. Hierbei handelt es sich stets um Bewegungen der Kommodifizierung/Dekommodifizierung.

Diese Unterscheidung ist jedoch keinesfalls die einzige die Quantität der LohnarbeiterInnen regulierende Unterscheidung. So kann die Umwälzung der Lebensweise beispielsweise auch zu einer verstärkten Verfügung von Arbeitskräften beitragen, wenn Zeiträume durch die Umgestaltung nicht-kapitalistischer Produktionsverhältnisse frei werden. Ein historisch besonders variables Beispiel hierfür ist die Berufstätigkeit von Frauen. Ein Akkumulationsregime alleine kann darüber keine definitiven Aussagen machen und kann seine Herstellung und Reproduktion nicht erklären.

Hinzu kommt, dass parallel räumlich spezifisch verschiedene Akkumulationsregime existieren können.

Die Ausdehnung eines Akkumulationsregimes bemisst sich räumlich an einer Regulationsweise (vgl. Becker 2001, S.61), sodass verschiedene Akkumulationsregime bestehen können. Ein Beispiel hierfür ist der „atlantische Fordismus“ als eine Konkretisierung eines oftmals als universalen Maßstab verwendeten Akkumulationsregimes (vgl. Jessop 2002, S.55ff.). Anzumerken ist hierbei, dass die Ausdehnung auch im Falle eines introvertierten Akkumulationsregimes nicht unbedingt mit dem Nationalstaat zusammenfällt. Auch die Reproduktion national integrierter, introvertierter Gesellschaftsformationen ist paradoxerweise abhängig von einem Mindestmaß an globaler Koordination, was obige Definition der Ausdehnung eines Akkumulationsregimes zunächst zu relativieren scheint. Das ist umso mehr der Fall, als dass die Introvertierung, zumal verschiedene Nationalstaaten drastisch unterschiedliche Größen aufweisen, nicht unbedingt im gleichen Maß für alle zutrifft – auch wenn der Nationalstaat den zentralen Ort der Regulation darstellt.

Benannt ist der Regulationsansatz nach dem Problem des tatsächlichen Zustandekommens der Reproduktion eines Akkumulationsregimes. Es ist das Problem der Regulation. Damit gemeint ist, anders als im Sprachgebrauch, nicht etwa technische Normen und Gesetze, sondern die Gesamtheit der strukturellen Formen, die eine dezentrale Bearbeitung widersprüchlicher, gesellschaftlicher Verhältnisse ermöglichen, derart, dass wegen und trotz dieser Widersprüche die Reproduktion der Gesellschaftsformation stattfindet. Hübner (vgl. 1989, S.17 ff.) sieht den Regulationsbegriff als Gegenstück zu den Gleichgewichtskonzeptionen der neoklassischen Theorien, der nicht etwa ein Gleichgewicht als Resultat von zeitlos operierenden Märkten annimmt, sondern das Zustandekommen der Synchronie, sozusagen einer

„Vergleichzeitigung“, aus Käufen und Verkäufen thematisiert. Zur Erreichung dieses Zustands ist in kapitalistisch dominierten Gesellschaftsformationen stets die Bearbeitung bestimmter Widersprüche notwendig. Die Gesamtheit ihre Bearbeitung ist die Regulationsweise.

Die Regulationsweise bezeichnet die „strukturellen Formen“ bzw. ihr Verhältnis zueinander, die die „Kohärenz der Strategien und Antizipationen der Akteure in der kapitalistischen Warenwirtschaft, die in der Realisierung der Reproduktionsschemata konvergieren, sichern“ (Jessop 2007, S.210). Dabei verweisen „strukturelle Formen“ auf die über konkrete Akkumulationsregime und Regulationsweisen hinausgehenden „konfliktiven Beziehungen und Prozeduren ihrer Bearbeitung“ in kapitalistischen Gesellschaften (Becker 2001, S.80).

Diese in ihrer Gesamtheit Regulationsweise genannten Institutionen regulieren ökonomische wie außerökonomische Konjunkturen. Der Begriff beschreibt also ein Artikulationsverhältnis verschiedenartiger Produktionsverhältnisse bzw. -weisen. Die Anzahl und die Ausdehnung der Bereiche wird von verschiedenen AutorInnen hierbei unterschiedlich analysiert. M.E. umfasst es zumindest die folgenden strukturellen Formen:

1.) Die Regulation des Lohnverhältnisses. Dies umfasst Arbeitszeitbestimmungen, korporatistische Bestimmungen, Lohnhöhen und deren Ausverhandlung, technische und gesellschaftliche Arbeitsteilungen, die Dynamik der Produktivkraftentwicklung, indirekte Löhne und kollektiven Konsum, den Grad der warenförmigen Reproduktion der Arbeitskraft sowie Regelungen, die die Mobilität der Arbeitskraft betreffen wie bspw. Arbeitsrecht, aber auch die Versorgung mit Wohnraum und Personentransportmitteln. (vgl. Hübner 1989, S.147) Als Teil des letzteren Aspekts ginge m.E. auch das Ausbildungswesen und Fortbildungswesen ein. Hübner fügt mit Bezug zu Boyer (der leider nur im französischen Original verfügbar ist) dem Grad der warenförmigen Reproduktion der Arbeitskraft auch noch die „über die Verwendung der Revenuen entschlüsselbare Lebensweise der Lohnabhängigen“ zu. Meines Erachtens berührt das bereits sehr stark jene Verhältnisse, die in den Begriff der Konsumnorm fallen (welcher wiederum bei Aglietta ein 1997 auf französisch erschienen Studie explizit in das Lohnverhältnis fällt, vgl. 1997, zitiert nach Becker 2002, S.82). M.E. ist es jedoch die zielführender, eher den (womöglich stratifizierten) Grad und die Art der (De)kommodifizierung der Reproduktion der Arbeitskraft als Teil des Lohnverhältnisses zu fassen als die stärker im Zusammenhang der Synchronisierung der gesellschaftlichen Abteilungen der Produktion befasste Kategorie der Konsumnorm. Der Grad und die Art der Kommodifizierung (d.h. die Artikulation mit nicht-kapitalistischen Produktionsverhältnissen) andererseits bestimmt maßgeblich das Ausmaß der Proletarisierung von Arbeitern und Arbeiterinnen und ist damit zentral für die Regulation des Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital. Es sind die unter

dieser strukturellen Form gefassten Verhältnisse, die die ArbeiterInnenklasse stets aufs Neue historisch spezifisch regulieren. Temporale Dimensionen betreffen die Dauer und Flexibilität von Arbeitsverträgen, die Wohnversorgung, Sicherungssysteme, wie weiter oben schon beschrieben die zeitliche Struktur von Löhnen (neben Konsumkrediten betrifft dies auch das Pensionswesen), die Dauer der Nutzbarkeit von Fähigkeiten, Ausbildungszeiten und mehr.

2.) Die Regulation des Geldes und der Reallokation von Geldkapital, auch die internationale Organisation des Geldes i.S. von Wechselkursbildungen fällt darunter. Ebenso Teil davon sind die Ausgestaltung von Zentralbanken, Finanzierungsformen (Banken/Kapitalmarkt), Staatsfinanzierung, tendenzielle Höhe der Zinssätze.

3.) Konkurrenzformen. Das beinhaltet, neben den horizontalen Beziehungen der Kapitalseite, maximal jene der einfachen WarenproduzentInnen (z.B. auch FreiberuflerInnen), nicht aber das Proletariat (vgl. gegenteilig Becker 2002, S.85, S. 157; 2013, S.42). Konkurrenz innerhalb der ArbeiterInnenklasse ist zwar empirisch ebenso gegeben. Doch während die Konkurrenz der Einzelkapitale im Rahmen des Profitratenausgleichs im Endeffekt in eine Durchschnittsprofitrate mündet, resultiert die Konkurrenz innerhalb der ArbeiterInnenklasse in ihrer Schwächung – das Resultat ist nicht etwa die Herausbildung gleicher Anteile für alle am variablen Kapital, sondern die Schaffung oder Reproduktion i.d.R. schlechterer Ausgangsbedingungen der ArbeiterInnenklasse im Klassenkampf. Damit korrespondiert auch der fiktive Charakter der Ware Arbeitskraft, der den (stets segmentierten, vgl. Nowak 2009, S.35ff.) Arbeitsmarkt zu einem derart besonderen macht, dass er im Rahmen des Lohnverhältnisses als eigenständige strukturelle Form analysiert wird. Zwar verfolgen verschiedene Kapitalfraktionen verschiedenartige Regulationsweisen und Ausgestaltungen struktureller Formen im Rahmen politischer Projekte und Strategien. Mit der Konkurrenz auf dem Markt für Güter wie auch auf dem „Markt“ für Arbeit ist dies jedoch nicht vergleichbar. Im Einbezug des Arbeitsmarktes unter die strukturelle Form der Konkurrenz offenbart sich womöglich ein Residuum einer allzu strukturalistischen Interpretation kapitalistischer Produktionsverhältnisse (vgl. Balibar 2015), die darauf vergisst, dass die qualitativen Lagen der unterschiedlichen Enden eines Pols nicht die gleichen sind (vgl. zustimmend in Bezug auf Aglietta Becker 2002, S. 83) – und diese Lagen existieren nur in ihrer Auseinandersetzung. Auch ist durchaus eine andere Form der Mehrwertproduktion jenseits des stummen Zwangs der Verhältnisse denkbar, ohne dass der Kern der doppelt freien Lohnarbeit analytisch verletzt wäre (vgl. Alnasser 2004, S.49ff.).

Relevant jedoch ist die Unternehmensorganisation (vgl. auch Jessop 2007, S.213; Aglietta 1979, S.215ff.). Formen (und Ausmaß der Dauerhaftigkeit) von Konkurrenz (wie auch von

Kooperation!) hängen stark hiervon ab. Ebenso hat sich gezeigt, dass die Unternehmensorganisation massiven Einfluss auf den temporalen Rhythmus der Verwertung verschiedener Kapitale hat.

4.) Staat im Sinne institutionalisierter Klassenkompromisse und Formen der Staatsintervention (vgl. Jessop 2007, S.238). Dem hinzuzufügen ist meines Erachtens die Skalierung von Staatlichkeit (national, subnational, international). Dem Argument Beckers (2002, S.149) folgend, dass „internationale Organisationen eine ähnliche Doppelrolle von Objekt und Garant der Regulation einnehmen“ – sollte das auch für subnationale Staatlichkeit gelten. Andererseits ist es m.E. nicht zielführend, dies als „Territorialverhältnis“ zu fassen, da es sich letztlich um eine Dimension sozialer Verhältnisse handelt (ähnlich Becker 2002, S.237; 2013, S.44⁹). Die räumliche Organisation kann als Polity-Aspekt gesehen werden, der stets das Ergebnis von „politics of scale“ ist. (vgl. Jessop 2013, S.43). Weiters damit verbunden ist, dass nicht etwa bestimmte, herrschaftlich hergestellte, Verhältnisse struktureller Formen untereinander wie auch die Beschaffenheit der strukturellen Formen selbst auf dieser Analyseebene bestimmt werden können, sondern einer empirischen konkreteren Analyse der Gesellschaftsformation bedürfen (vgl. Alnasseri 2004, S.115).

Als invariante Elemente aller kapitalistisch dominierten Gesellschaften, die sich bei kapitalistischer Varianz stets in historisch konkreter Weise reproduzieren, ist der Begriff der diese Invarianzen bezeichnenden strukturellen Formen eines der zentralen Konzepte der Regulationstheorie. Wie viele es aber sind und was eine strukturelle Form definiert, darüber herrscht keine Einigkeit. In dieser Arbeit wird aus zwei Gründen nicht versucht werden, auf alle in der Literatur vorkommenden strukturellen Formen einzugehen. Einerseits wird, wie weiter oben bereits angeführt, auf die (werttheoretischen) Pariser Ansätze eingegangen. Die preistheoretischen Analysen, die sich durch den Begriff der institutionellen Formen, bzw. oftmals auch ihrer zuweilen unklaren synonymen Verwendung (vgl. Röttger 2003, S.25) , kennzeichnen, analysieren ebenjene nicht als kapitalistische Invarianzen, sondern als je nach Entwicklungsweisen unbeschränkt kontingent und den Akkumulationsimperativ als erst auf dieser intermediären Ebene konstituiert (vgl. Hübner 1989) – aus dieser Perspektive würden sich krisentheoretischen Fragen aus dem zweiten Kapitel neu darstellen. Im Grunde könnte nicht argumentiert werden, warum im Falle einer Krise nicht gemeinsame Stagnation ebenso einen Ausweg darstellen könnte wie die Entwertung von Kapital. Andererseits aber könnte auch

⁹ Gerade Becker jedoch gibt mit der „ökologischen Restriktion“ (vgl. z.B. 2013, S.43) eine strukturelle Form an, die, in Gestalt gesellschaftlicher Naturverhältnisse, ebenso wie Zeit und Raum kaum als für die kapitalistische Produktionsweise spezifisch, sondern als Teil aller Verhältnisse gelten kann.

die Wachstumsdynamik per se nicht erklärt werden und es erschließt sich mir nicht, wie die Existenz von Profit erklärt werden könnte.

Zweitens ist aber auch in den werttheoretischen Ansätzen Einigkeit nicht zu erkennen.

Der oftmals thematisierte relativ unklare theoretische Status der strukturellen Formen zeigt sich m.E. besonders gut in der Frage, ob denn der Staat eine strukturelle Form darstelle. Joachim Becker beispielsweise (vgl. 2001, 2012) sieht in der Staatsförmigkeit – und der Warenförmigkeit (2012 auch in der Familienförmigkeit) – generelle „Grundformen“ kapitalistischer Gesellschaften.

Dabei wird dann aber der ohnehin teils unklare Status des Begriffs der strukturellen Formen noch prekärer. Sollen strukturelle Formen bereits invariante Elemente kapitalistisch dominierter Gesellschaftsformationen sein, was sind dann (ebenso invariante) „Grundformen“? Der zweite angegebene Grund, der die Reichweite des Staates als strukturelle Form betrifft, überzeugt auch nicht recht. Staatlichkeit durchzieht zwar eindeutig alle strukturellen Formen. Doch gilt das für die anderen strukturellen Formen genauso. Lohn- und Geldverhältnis durchziehen beispielsweise ebenso die strukturelle Form des Staates. Sie sind nicht als äußerlich nebeneinanderstehend zu begreifen, sondern überdeterminieren empirisch gegebene Apparate. In der früheren Formulierung bzw. Konzeptionalisierung von Becker (2001, S. 89) zeigt sich dies verschärft, da dort der Staat zusätzlich wegen der Doppelrolle als „Konfliktfeld“ (in positiver Bezugnahme auf Lipietz) und „Akteur“ als Grundform im Gegensatz zur strukturellen Form argumentiert wird. Dies kann als essentialistisches Staatsverständnis (im Gegensatz zu einem Begriff von Staat, der diesen nicht als Subjekt – Akteur – denkt, sondern als Verhältnis) verstanden werden, in welchem dann auch das Verhältnis zwischen Staat und Herrschaft unklar wird. Wenn Staat eine Grundform ist, ist diese dann so zu verstehen, dass es außerhalb ihrer keine Macht gibt, ist Staat dann quasi die politische Dimension struktureller Formen?

Deutlich angemessener erscheint mir ein Begriff von struktureller Form, der diese selbst als politisch umkämpft und widersprüchlich fasst, ohne gleich mit dem Staatsbegriff in eins zu fallen. Aus dem Begriff der Verdichtung ergibt sich, dass es nie alle widersprüchlichen oder auch nur antagonistischen Beziehungen sind, die sich gesellschaftlich als Kräfteverhältnisse im und als Staat materiell verdichten. Es ist weniger eine Kondensation i.S. einer Komprimierung, als eher eine Struktur von Knotenpunkten (vgl. Demirovic 2017, S. 62).

Es können aber potenziell alle widersprüchlichen und antagonistischen Verhältnisse sein, was m.E. den analytischen Mehrwert von Grundformen weiter relativiert.

Staat als eigene strukturelle Form sollte aber eben auch nicht wie bei Petit (vgl. 1999) verstanden werden, bei dem der Staat zwar eine eigene strukturelle Form darstellt, aber in funktionalistischer Weise erst recht zur ultimativen Reproduktionsmaschine wird, die auch historisch kapitalistischer Produktion vorangehen würde – womit die Regulation zumindest in der Staatsform ihrem Objekt voranginge, was eine Reihe weiterer Probleme birgt (vgl. Jessop 1990). Strukturelle Formen sind also nicht als äußerlich durch eine Regulationsweise verbunden zu verstehen sondern durchdringen sich gegenseitig.

Zweitens ist unklar, ob es eine kategoriale Beschränkung von strukturellen Formen überhaupt geben kann (vgl. z.B. Jessop 2013, S.11) oder diese nicht eher abhängig ist von der untersuchten Entwicklungsweise.

Das Problem der synonymen Verwendung (und/oder Abgrenzung) von strukturellen, institutionellen und Grund- Formen wird auch nicht einfacher durch die (formanalytisch inspirierte) Betonung der „sozialen Formen“ bzw. ihrer synonymen oder parallelen Verwendung anschließend vor allem an die regulationstheoretischen Arbeiten Joachim Hirschs (vgl. z.B. 1992) und deren Rezeption.

Der Mehrwert von Begriffen abgestufter Invarianz ist mir theoretisch nicht klar ersichtlich und auch für eine Auflösung der Debatte um Struktur und Handlung auch nicht unbedingt notwendig, wenn ontologisch davon ausgegangen wird, dass Konzepte Vektoren möglicher gesellschaftlicher Entwicklung ausmachen können, aber nicht ihre empirische Entwicklung selbst im Vorhinein erklären können. Wenn Gallas (vgl. 2006) recht zu geben ist, dass die Formanalyse vor der Analyse kapitalistischer Reproduktionsbedingungen ihre Grenze findet, sind „soziale Formen“ als den strukturellen Formen übergeordnet auch nicht notwendig.

Diese Arbeit begnügt sich daher mit der Verwendung eines oben skizzierten Begriffs der strukturellen Formen für invariante Elemente kapitalistischer Gesellschaften. Dabei bilden die in der Literatur oft auffindbaren fünf strukturellen Formen m.E. ein ausreichendes begriffliches Gerüst, während andere Vorschläge für weitere strukturelle Formen (bisher) nicht wirklich überzeugen konnten. Die strukturelle Form internationaler Einbindung/Staatlichkeit lässt sich hingegen mit Verweis auf Kritik an methodologischem Nationalismus und der „politics of scale“ Debatte m.E. in eine strukturelle Form mit Staatlichkeit auf nationaler Ebene zusammenführen.

Ein weiteres zentrales Element von Regulationsweisen und Akkumulationsregimes ist eine Konsumnorm, unter die auch nicht warenförmig produzierte bzw. bereitgestellte Produkte und Dienstleistungen fallen können (z.B. Teile der von Harvey als sekundären Kapitalkreislauf analysierten gebauten Umwelt oder nichtbezahlte Arbeit in Haushalten). Diese können den

Konsum und die Lebensweise der lohnabhängigen Massen strukturieren und potenziell auch stratifizieren (vgl. Becker 2002, S. 82; Aglietta 1979, S. 170). Es handelt sich dabei um einen weiteren intermediären Begriff, der ebenso eigene Temporalitäten aufweist.

Raumzeitliche Fixierungen können auch als Teil einer Entwicklungsweise konzeptionalisiert werden. Sie begrenzen räumliche wie auch zeitliche Horizonte und privilegieren einige Zeiträume vor anderen. Sie betreffen sowohl das Akkumulationsregime wie auch die Regulationsweise (vgl. Jessop 2007, S.251ff.) und sind politisch umkämpft. Dabei sind einige Institutionen ausschlaggebender als andere, in jedem Fall aber handelt es sich um in mehreren Feldern wirkende raumzeitliche Muster, wobei raumzeitliche Dimensionen jedoch allen Institutionen eigen sind.

Die verschiedenen Rhythmen von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen und der jeweiligen Institutionen können dabei durchaus widersprüchlich sein, wobei ein kohärenter Zusammenhang von Regulationsweise und Akkumulationsregime, der die verschiedenen Rhythmen synchronisiert, ein zentraler Aspekt der Stabilität von Entwicklungsweise ist.

Das Zusammenwirken dieser Elemente begründet eine Entwicklungsweise. Das wohl bekannteste Beispiel für eine derartige Entwicklungsweise ist der Fordismus. Eine Entwicklungsweise kann in verschiedenem Ausmaß funktional sein für die Reproduktion von Akkumulationsregime und Regulationsweise, anders gesagt ist das Ausmaß an Stabilität, d.h. auch ihre Synchronie nicht schon in der Definition gegeben, ein Umstand, der wohl aufgrund der mit Blick auf die vergleichsweise kohärente fordistische Entwicklungsweise erzeugten Begrifflichkeit zuweilen übersehen wird. Ein gewisses Ausmaß an Kohärenz ist jedoch notwendig, um überhaupt von aufeinander bezogenen Begriffen sprechen zu können. Dieser Zusammenhang als Entwicklungsweise bildet auch die Grundlage der Periodisierung kapitalistischer Akkumulation im Rahmen der Theorie der Regulation.

Krise und Periodisierung

Je nach Ausformung des Akkumulationsregimes und seiner Regulation können verschiedene Krisenursachen den Akkumulationszyklus beenden und zur Krise führen. Dabei unterschieden werden konjunkturelle (bzw. „kleine“) Krisen sowie organische (bzw. „große Krisen“).

Konjunkturelle, als eine von zwei verschiedenen Arten von Krisen, können dabei durchaus auch funktional auf kurze wie auf lange Sicht sein, indem sie einerseits Kapital entwerten und so die Akkumulationsbedingungen für die übrig gebliebenen Kapitale verbessern (ein Vorgang, der für ein extensives Akkumulationsregime charakteristisch ist) und andererseits zu strategischen Änderungen führen können.

Konjunkturelle Krisen sind daher zu unterscheiden von organischen als zweiter Art von Krisen, die sowohl das Akkumulationsregime wie auch die Regulationsweise betreffen und zu Krisen einer Entwicklungsweise werden, die mit den althergebrachten Mitteln einer bestimmten Regulationsweise nicht mehr bearbeitet werden können (vgl. Candeias, S.46ff.) Organisch bezeichnet hierbei, dass nicht bloß eine konjunkturelle Entwicklung, sondern auch ihre jeweilige Bearbeitung an ihr Ende kommt.

Aus einer Krise in einer Entwicklungsweise wird damit die Krise einer Entwicklungsweise – eine Unterscheidung, die auch auf den diskursiven und strategischen Charakter der Krisenwahrnehmung verweist (vgl. Jessop 2002, S.92).

Dabei ist es historisch offen und nicht eindeutig bestimmbar, wann eine organische Krise einsetzt, wann sie abgeschlossen ist und wann eine neue Entwicklungsweise anstelle der alten tritt. Einerseits kommt es zu räumlichen Unterschieden nicht nur im Weltmaßstab, auch regionale Unterschiede können massiv sein. Hinfällig werden ferner Diskussionen nach „der“ Krisentheorie. Krisen müssen historisch konkret bestimmt werden, ebenso wie die Entstehung neuer Entwicklungsweisen (vgl. Alnasser 2004, S.118ff.).

Die fordistische Entwicklungsweise beispielsweise setzte sich mit räumlicher Varianz erst über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten durch (vgl. Candeias 2011, S.47).

Andererseits sind auch die Krisendynamiken selbst von temporaler und räumlicher Varianz. Verkürzen sich die Zeitabstände zwischen zyklischen Krisen oder erreichen sie von den Rändern her die Zentren kapitalistischer Akkumulation, ist einerseits eine erweiterte Reproduktion aufgrund der immer kürzeren Abstände zwischen konjunkturellen, zyklischen Krisen kaum noch möglich, selbst wenn zu manchen Zeiten in manchen Räumen passable Profitraten erzielbar sein mögen (vgl. a.a.O., S.50). Hierbei wurde von mehreren Seiten (vgl. Becker 2001, Alnasser 2004, Hübner 1989, S.132, 227) kritisch angemerkt, dass Phasen in hoher Frequenz wiederkehrender Krisen in nicht-metropolitanen Gesellschaftsformationen durchaus länger andauern können als die Phase der Stabilität des Nachkriegsfordismus, die das klassische Analyseobjekt der Regulationstheorie darstellt.

Andererseits kommt die zeitliche Verschiebung von Krisentendenzen des Akkumulationsregimes wie auch der Regulationsweise bei sich zusehends verkürzenden konjunkturellen Zyklen an ihr Ende, was eine organische Krise zwar nicht unmittelbar hervorbringt, aber die Verschränkung der verschiedenen Krisenprozesse (vgl. auch Bader et.al. 2011, S.13) früher oder später unausweichlich macht (vgl. Candeias 2011, S.48). Es handelt sich um eine paradoxe Situation, in der das kohärente Element einer Entwicklungsweise ihre Inkohärenz, eine dysfunktionale synchrone Ungleichzeitigkeit, darstellt.

Es kommt in der Folge zu Suchbewegungen, hin zu einem neuen Akkumulationsregime und strukturellen Formen, die seine Reproduktion sichern – also einer Entwicklungsweise. Diese bildet den historischen Rahmen, in dem sich regulationistische Fragestellungen bewegen. Es handelt sich bei Periodisierungen um ein Gegenkonzept zu Chroniken. Statt einem unilinearem Zeitstrahl stellt die Periodisierung verschiedene Zeitskalen dar, deren Konjunkturen als Ensemble analysiert werden (vgl. Jessop 2007, S.257)

Hierbei gibt es jedoch keinen Konsens, ab wann von einer neuen Entwicklungsweise die Rede sein kann. (vgl. Albritton et.al 2001) Aglietta sieht das Kriterium einer neuen Periode kapitalistischer Entwicklung in der Transformation der Reproduktion der Arbeitskraft (im Unterschied zu einer bloßen Transformation des Arbeitsprozesses) (vgl. 1979, S.80).

So waren die 1920er Jahre des amerikanischen Kapitalismus zwar von einer (Tayloristischen) Umwälzung von Produktionsmethoden v.a. in der Abteilung I der Produktion gekennzeichnet, aber ein großer Teil der Kapitale in der Abteilung II und die Konsum- und Lebensweise der Lohnabhängigen, auf die sie sich (im Vergleich zum Fordismus) blieben wie auch die Regulation der strukturellen Formen des liberalen Zeitalters relativ unverändert, sodass es sich bei der Krise der 30er Jahre um eine „Durchsetzungskrise“ handle. Erst mit der Durchsetzung einer fordistischen Regulation ließe sich so von einer fordistischen Entwicklungsweise sprechen.

Bob Jessop argumentiert daher mit Verweis auf Petit, (vgl. 1999) dass nicht etwa die Entwicklung des Lohnverhältnisses das Periodisierungskriterium bildet, sondern der Wechsel jener strukturellen Form, die ein „relatives Primat“ in der Bearbeitung des oder der zentralen Widersprüche einer Entwicklungsweise gewährleistet, darstellt (vgl. Jessop 2007, S.262; 2013, S.12; 2001, S. 291), was neben Petit vor allem auch der althusserianischen Unterscheidung von Determination und Dominanz (in letzter Instanz der Erfordernisse der Reproduktion des Kapitalverhältnisses) im Rahmen einer Gesellschaft als Struktur mit Dominante entspräche. Für Jessop war hierbei in Studien von 2001 und 2007 in Anlehnung an Petit die primär-widersprüchliche strukturelle Form jene der Konkurrenz, 2013 (S.12) – wohl unter dem Eindruck der Finanzkrise – identifiziert er das mit dem Finanzwesen verbundene Geldverhältnis als jene mit dem Hauptwiderspruch verbundene strukturelle Form.

Die Suchbewegungen hin zu neuen Akkumulationsregimen, Regulationsweisen und Entwicklungsweisen sind dabei einerseits nicht vollkommen zufällig. Auch wenn sich die Möglichkeitsräume in Zeiten organischer Krisen weiten kommt es nicht zu einer „Randomisierung“ der Geschichte, sondern zu bestimmten Pfadabhängigkeiten. „Eine neue Produktionsweise“, so Lipietz, „muss Elemente in der Auflösung der vorherigen „finden“.“

(vgl. Lipietz 1992, S.28ff.) Die intermediären Konzepte der Regulationstheorie sind somit keineswegs rein technischer, neutraler Natur. Sie sind antagonistisch. D.h. auch politischer Kampf, der den Staat nicht unberührt lassen kann.

Akkumulation, Regulation, Staat

Es ist naheliegend, dass es sich bei der Herstellung und Reproduktion von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen nicht um technokratische Handwerkskunst handeln kann. Akkumulationsregime, Regulationsweise sind politisch, ebenso wie es ihre Absicherung und Herstellung ist. Die Veränderbarkeit und Transformierbarkeit von Gesellschaftsformationen war ja gerade der Einsatzpunkt der Modifizierung des althusserianischen Reproduktionskonzeptes mit den Begriffen der Regulation.

Die Widersprüche, die sich in der Artikulation der verschiedenartigen Interessen ergeben, sei es im „kapitalistischen Normalbetrieb“ oder in Krisen, schaffen die Notwendigkeit des Staates als Ensemble von regulierenden Apparaten, eines Feldes, das ein relativ stabiles Kompromissgleichgewicht der verschiedenen Kräfte und der um regulatorische Interessen angeordnete Strategien darstellt. Dabei werden auch temporale Erfordernisse verschiedener Kapitalkreisläufe wie auch unabdingbarer anderer Temporalitäten synchronisiert – damit „die verschiedenen Fraktionen der Gesellschaft [...] sich nicht in einem Kampf ohne Ende zerreiben“ (Lipietz 1985, S.112). Klar ist, dass der Staat funktional auf der Ebene der Regulation zu verorten ist, wenngleich staatliche Aktivitäten im Rahmen der Artikulation mit nicht kapitalistischen Produktionsverhältnissen auch auf der Ebene von Akkumulationsregimen präsent sind. Der Staat nimmt aber im Rahmen einer Regulationsweise noch einmal eine Sonderstellung ein. M.E. aber weniger als Garant gelingender Regulation (vgl. z.B. Becker weiter oben, kritisch zu Lipietz Jessop 1990, S. 202). Denn einerseits ist der vermutlich mit Blick auf das Gewaltmonopol gewählte Ausdruck „Garant“ („guarantor“, vgl. a.a.O.) zumindest ein unglücklicher im Rahmen einer Theorie, die die Unwahrscheinlichkeit des Gelingens von Regulation herausstreicht. Andererseits folgt aus der Notwendigkeit der Regulation auch der Staatsapparate, dass auch sie in letzter Instanz abhängig sind von der regulativen Leistung anderer struktureller Formen – wer garantiert also den Garanten?

In einer von Antagonismen durchzogenen Gesellschaft ist die Erreichung von Synchronie der verschiedenen Formen etwas, das nicht gegeben, sondern hergestellt werden muss – durch die Widersprüchlichkeiten hindurch und zum Trotz. Dabei sind es die verschiedenen Klassen(Fraktionen) und andere soziale Gruppen, aus deren spezifischen Interessen sich Projekte um verschiedene Koalitionen in Staatsapparaten verdichten. Es ist der Staat, der das

historisch konkrete „institutionelle Terrain“ (vgl. Brand 2003, S. 310) darstellt, in dem sich Kräfteverhältnisse zwischen diesen verschiedenen AkteurInnen in Apparaten auf historisch konkrete Weise verdichten. D.h. sie stellen die Apparatur dar, die unter den gegebenen Widersprüchen jene regulieren, deren antagonistische Qualität ansonsten die Regulation der Gesellschaftsformation zum Scheitern bringen zu drohen und außerdem im gleichen Zug eine Entwicklungsweise als Ensemble widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse regulieren. Dabei handelt es sich schlussendlich um ein strategisches, wenngleich nicht vollends kontingentes Projekt. Diese materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen beansprucht dabei stets, allgemeines Interesse zu sein – ohne dass es dieses allgemeine Interesse auch nur der bürgerlichen Klassen gäbe, dass dann funktionalistisch gedacht der Staat repräsentieren müsse. Der Staat als Verhältnis – genauer als Ensemble von verdichteten Kräfteverhältnissen – weist dabei eine spezifische Materialität, d.h. auch eine relative Autonomie und Dichte auf. Verschiedene Klassen/Klassenfraktionen sind verschieden präsent in den jeweiligen Staatsapparaten, wobei diese selbst von Widersprüchen durchzogen sind. Im Staat und seinen Apparaten verdichtet sich aber nicht eine Klasse bzw. Klassenfraktion – es ist das Kräfteverhältnis zwischen ihnen.

Verschiedene Staatsapparate weisen dennoch verschiedene Selektivitäten auf und sind auch nicht auf gleicher Hierarchie angesiedelt, in manchen kann also machtvoller agiert werden als in anderen. Erstere zeichnen sich durch eine besonders starke Präsenz der hegemonialen, d.h. führenden (vgl. unten) Klassenfraktion aus.

Neben der Synchronie als Produkt der Regulation des Staates muss auch die Scheidung des Staates von anderen Verhältnissen und Apparaten, in denen soziale Herrschaft ausgeübt wird erreicht werden. Besonders nennenswert ist hierbei der private kapitalistische Betrieb sowie der (familiäre) Haushalt.

Die spezifische institutionelle, juridische, ideologische, personelle Ausgestaltung der Staatsapparatur im Sinne eines politisch-administrativen Apparats bildet den Inhalt der strukturellen Form des Staates. Seine eigene Regulation ist wiederum anderen „Modalitäten“ unterworfen (vgl. ebda. 311).

Zumindest in den metropolitanen Staaten ist Hegemonie der zentrale Modus der Machtausübung. Dabei können mit Nikos Poulantzas zwei Arten von Hegemonie unterschieden werden. Erstens die Hegemonie einer Klasse/Klassenfraktion über den Block an der Macht (Machtblock), ein aus den herrschenden Klassen/Klassenfraktionen gebildetes Bündnis, eine Einheit der bürgerlichen Klassen unter der Hegemonie einer Klasse/Klassenfraktion. Es ist diese Klasse/Klassenfraktion, die ihn führt und durch korporative Zugeständnisse andere

Klassen/Klassenfraktionen an sich bindet, wobei verfolgte Strategien durch jene der hegemonialen Klasse/Klassenfraktion überdeterminiert werden und so stets auch nichtintendierte Konsequenzen zeitigen. Wichtig zu betonen ist auch der Umstand, dass der Staat als „Wissen in seiner Trennung von Handarbeit“ nicht nur aus Apparaten besteht, sondern auch in Techniken, Routinen und Netzwerken. Der unter der Hegemonie einer Klasse/Klassenfraktion organisierte Machtblock kann auch selektive Bündnisse mit subalternen Klassen(fraktionen) schließen, ohne dass sie Teil des Machtblocks würden. (vgl. Demirovic 2017, S.55ff.) Es kommt ihnen gegenüber zweitens zur Hegemonie über die beherrschten Klassen/Klassenfraktion. Diese sind nicht Teil des „Blocks an der Macht“ und auch nicht in den Staatsapparaten präsent (auch wenn sich ihre Kämpfe in die Apparate „einschreiben“), deren Resultat u.a. in der Desorganisation der Beherrschten besteht. Gleichwohl können einzelne Fraktionen kooptiert werden. Zu beachten ist, dass diese beiden Gruppen nicht zusammenfallen müssen – unterschiedliche Klassen/Klassenfraktionen können die Hegemonie im Block an der Macht und jene über die Beherrschten organisieren. (vgl. auch ebda., S.58ff). Diese beschränkt sich nicht auf Ideologieproduktion, sondern umfasst alle Aspekte der materiellen alltäglichen wie auch biografischen Existenz auch auf der Mikroebene (vgl. Jessop 2007, S.77; Demirovic 2017, S.73-74) Dem kapitalistischen Staat eigen ist auch eine spezifische Zeit- und Raummatrix, die ein nationales Territorium und „seine Geschichte“ überhaupt erst zu einer machen (vgl. Poulantzas 2002, S. 128ff.)

Die Staatsapparate können also durchaus verschiedene Zugänglichkeiten für verschiedene Klassen(fraktionen) aufweisen und so bestimmte Konkurrenzformen, Planungshorizonte und Aktionsradien vor anderen privilegieren. Bestimmte Strategien sind daher nicht ohne Weiteres zu ändern, bzw. benötigen langfristige Planungssicherheit. Ein Beispiel für eine mit dem Politischen asynchrone Temporalität bietet der Klimawandel, beziehungsweise der Kampf dagegen. Seine Wirkungen sind jenseits jeder Legislaturperiode spürbar, Strategien dagegen tendenziell notwendig global, sektorübergreifend, radikal und langfristig – es handelt sich um Zeitlichkeiten jenseits aller Akkumulationszyklen (vgl. Stahel 1999).

In den Staatsapparaten verdichten sich also auch temporale Dimensionen widersprüchlicher Strategien. Sowohl Raum als auch Zeit können dabei zu einem Element klassenübergreifender Koalitionen werden. Sie sind also Teil eines Machtblocks. Es handelt sich dabei um einen Teil eines spatio-temporal Fix.

Die temporale Dimension ist auch Teil der Kräfteverhältnisse selbst. Die Widersprüche einer Entwicklungsweise werden im Staat prozessierbar gemacht, d.h., sie werden verzeitlicht und dadurch isoliert bearbeitbar, was vor allem auch im Krisenfall eine notwendige zentrale

staatliche Funktion darstellt angesichts inkompatibler unmittelbarer Prioritäten verschiedener Kapitalfraktionen. In der Begrifflichkeit Jessops lässt sich dies m.E. gut verdeutlichen. Er geht mit Bezug auf Poulantzas von in die Staatsapparate eingeschriebenen „strategische Selektivitäten“ aus. Diese bezeichnen die verschiedenartige Durchlässigkeit von Staatsapparaten gegenüber Strategien unterschiedlicher politischer Kräfte mit unterschiedlichem Ausmaß von Kontrolle und Zugang über ebendiese Staatsapparate (vgl. Jessop 2002, S.40). Dies führt dazu, dass bestimmte, mit nachrangigen Polen von Verhältnissen verbundene Problemlagen, weniger prioritär bearbeitet, sprichwörtlich auf die „lange Bank“ geschoben werden. Dieser Ausdruck von (Ohn)macht kann als Teil einer allgemeiner reformulierten, wiewohl auch engerer Definition des temporal fix gelten. Dabei können nicht nur Schulden in die Zukunft verschoben werden, auch das Versprechen der Lösung gesellschaftlicher Probleme gegenüber Klassen im Machtblock oder gegenüber den Beherrschten. (vgl. Poulantzas 2002, S.164ff.) Langfristige Planbarkeit kann als Gegenteil von Prekarisierung als Ausmaß von selektiven Zugeständnissen verstanden werden. Sowohl bei Schulden wie auch beim Anspruch der Fähigkeit zur Lösung gesellschaftlicher Probleme benötigt es (metaphorisch) Gläubiger – im Zweiten Fall den Glauben an die Führung eines Machtblocks oder einer hegemonialen Klassenfraktion, also der Hegemonie. Andererseits gibt es Temporalitäten der Regulation der Staatsapparate als temporale Dimension gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Am hervorstechendsten dabei sind wohl die diversen Wahlzyklen politisch-administrativer Apparate, Legislaturperioden auf nationaler, regionaler wie auch lokaler Ebene und die dazugehörigen „political business cycles“, also (jedoch nicht unbedingt offen) politisch motivierter ökonomischer Entscheidungen, die jedoch stets im Widerspruch zu der notwendigen Trennung des Politischen vom Ökonomischen stehen. Wichtig sind aber neben diesen politisch-administrativen Apparaten auch eine ganze Reihe von Apparaten, in denen Hegemonie produziert wird und welche ebenso ihre eigenen Zeitlichkeiten aufweisen und so den Staat als historisch spezifische Verdichtung von Kräfteverhältnissen regulieren. Beispiele dafür wären wirtschafts- oder handelspolitische Institutionen, Institutionen im Bildungsbereich, Infrastrukturausbau bzw. die gebaute Umwelt im Allgemeinen, Parteien und Gewerkschaften, Medien und Thinktanks oder auch die Bearbeitung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Die Aufrechterhaltung in der Synchronie ihrer Bearbeitung ermöglicht erst die Prozessierung, die Verzeitlichung der gesellschaftlichen Antagonismen auch „in Distanz zum Staat“ und damit die „Schuldnerposition“, d.h. Hegemonie, des Machtblocks bzw. die Hegemonie einer führenden Klassenfraktion.

Im Modus der Hegemonie reproduziert wird also einerseits eine gewisse Kohäsion, d.h. auch Synchronie der Staatsapparate. Reproduziert werden muss aber auch die Grenze dessen, was überhaupt Staat ist.

Regulation und räumliche Ebene

In etwa zeitgleich mit der realen „Dezentrierung“ des Nationalstaats im Rahmen der Krise des Fordismus kam im Gefolge des „spatial turn“ auch die mehr oder weniger explizierte Privilegierung der nationalen Ebene des Staates in Verdacht des Essentialismus. Dabei reflektierte die Debatte zweierlei.

Einerseits die gestiegene Bedeutung regionaler Skalen durch das Entstehen „industrieller Distrikte“ mit mehr oder weniger speziellen Akkumulationsstrategien (vgl. Dörre/Röttger 2005).

Andererseits die massive Extrovertierung, d.h. Internationalisierung der Produktion (also Internationalisierung nicht nur des Warenkapitals, sondern auch des Finanz- und produktiven Kapitals) wie auch der Staatsapparate, was als Globalisierung auch medial reflektiert wurde.

Ein Ansatz zur multiskalaren Analyse im Hinblick auf die Internationalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse ist das von Brand/Wissen (z.B. 2007) vorgeschlagene Konzept der Verdichtung zweiter Ordnung. Um solche handle es sich bei internationalen Staatsapparaten. Sie zeichnen sich durch die internationale Ausübung regulatorischer Funktionen aus und verdichten neben den Strategien und Interessen von AkteurInnen auf nationaler Ebene auch bereits in nationalen Staatsapparaten, beispielsweise Ministerien, verdichtete Interessen und Strategien. (vgl. Brand et. al. 2007, S.225ff.) Gesellschaftliche Kräfte können einerseits Macht auf regionaler/lokaler Ebene in den jeweiligen subnationalen Staaten entfalten, welche sich dann auf nationaler Ebene verdichten, oder aber auch direkt versuchen, auf überlokale Staaten zielende Strategien zu verfolgen. (vgl. auch Brand 2003, S. 311ff.)

M.E. lohnt es sich hierbei die Frage nach dem Machtblock einerseits und der Hegemonie andererseits zu stellen. Die Klassenfraktionierung des Kapitals verläuft nicht nur sektoral bzw. nach Branchen, sondern auch nach Stand der Produktivkräfte und der Einbindung „lokaler Produktionsverhältnisse in die globale Arbeitsteilung“ (Demirovic 2017, S.56). Diese Konkretisierung lässt sich m.E. ausdehnen. Produktionsverhältnisse sind stets lokal bzw. regional verankert. Eine differenzielle Eingliederung in überlokale Arbeitsteilungen ist daher stets gegeben. Das bedeutet, dass ein Machtblock auch eine bestimmte Geografie aufweist. Dies wiederum bedeutet auch bestimmte differenzielle Zeitlichkeiten in der Regulation

verschiedener Staaten auf verschiedenen Ebenen – nicht erst auf internationaler Ebene, sondern bereits durch verschiedene Bestandteile Machtblöcke verschiedener anderer Ebenen. Die nationale Ebene kann also bereits eine „Verdichtung zweiter Ordnung“ (oder womöglich noch höherer Ordnung, in manchen Fällen vielleicht tatsächlich erster Ordnung) darstellen, auch wenn es sich um den zentralen Knotenpunkt der Regulation handelt. Nützlich erscheint hier die Unterscheidung zwischen Dominanz und Knotenfunktion, wobei letztere die knotenartige interskalare Artikulation von Kräfteverhältnissen meint (vgl. Jessop 2002, S.202). Es ist diese nodale Funktion, die nach wie vor die Unterscheidung zwischen extrovertierten und introvertierten Akkumulationsregimen erlaubt. Die Verdichtung bereits verdichteter Kräfteverhältnisse findet nicht erst auf internationaler Ebene statt und es ist nicht unbedingt der Nationalstaat, der obgleich zentraler Knotenpunkt, die dominante Ebene, d.h. jene, in der sich die zentralen Antagonismen verdichten, darstellt. Es ist vielmehr so, dass auf verschiedenen Skalen die Widersprüche und Antagonismen regional/lokal unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte verdichtet werden, wobei diese Skalen selbst ein Produkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind. Ein ähnliches Problem bereitet der von Lipietz eingeführte Begriff der „regionale Armatur“ (vgl. 1998, S.165) für subnationale Staatlichkeit, in welchem die nationale Ebene essentialistisch als „voll ausgebauter Staat“ (die „Totalität des Nationalstaates“) gedacht wird.

Nationale Staaten weisen hier die Besonderheiten der Universalität des Rechts (besonders sozialer Rechte), das Monopol der legitimen Gewalt sowie die Ausschließlichkeit der Währung auf. Während das Gewaltmonopol schon länger als maskulinistisch produzierte Leerstelle demaskiert wurde (aber auch empirisch ist diese Fassung von Souveränität als nationalstaatliche Besonderheit äußerst fragwürdig, vgl. Jessop 2002, S.232), scheint 2018 aber auch das Argument der Währung nicht mehr recht zu überzeugen, auch wenn die Bedeutung der Geldpolitik für die Verwertungszeiträume kaum überschätzt werden kann. Mit dem Euro hat sich Anfang des Jahrtausends der Währungs- vom nationalen Raum entkoppelt. Die Universalität sozialer Rechte kann mit Verweis auf Prozesse der Migration einerseits, mit unterschiedlichen regionalen Schutzniveaus andererseits ebenfalls angezweifelt werden. Auch in der Lipietz'schen Sichtweise kämen Supra- und subnationale Staatlichkeit quasi erst nachträglich zu einem „echten“ Staat hinzu.

Nützlich ist jedoch m.E. das Konzept des Akkumulationsteilregimes (vgl. Lipietz 1998, S. 164ff.), das sich nicht auf die subnationale Ebene beschränken muss. Wenn sich die (zeitliche wie räumliche) Ausdehnung eines Akkumulationsregimes an den Grenzen der Regulationsweise bemisst, diese jedoch nicht in beinahe ausschließlichen Ausmaß auf Ebene

des Nationalstaates geleistet wird, ist es naheliegend, das auch ganze Nationalstaaten Teilakkumulationsregime umfassen können, wenn Verdichtungen nicht etwa zufällig, sondern pfadabhängig sind. Denkbar ist dies beispielsweise für die „small open economies“ wie Dänemark oder Österreich (vgl. Jessop 2002, S.82). Dabei können prinzipiell m.E. beliebig viele Dimensionen eines Akkumulationsregimes modifiziert sein, solange es Teil eines Akkumulationsprozesses ist.

Damit ließe sich auch an das Konzept des Produktivsystems anschließen. Dieser mit Inspiration aus der französischen Wirtschaftstheorie durch preistheoretische VertreterInnen des Regulationsansatzes entwickelte Begriff fokussiert auf verschiedene Räumlichkeiten der Akkumulation und Regulation. Ursprünglich zur Analyse räumlicher Ungleichheiten entwickelt, dezentriert es die nationalstaatliche Ebene, die eben nicht Deckungsgleich mit dem Produktivsystem ist, sondern in der klassischen Formulierung mehrere Nationalstaaten umfasst (vgl. auch Alnasser 2004, S.159). Diese zeichnet sich aus durch „kohärente Kapitalkreisläufe“, zumindest einer Möglichkeit der Introversion im Falle einer signifikanten Rolle von Exporten sowie der Existenz einer Kapitalgüterindustrie (d.h. der Abteilung I) und davon ausgehender Produktionsketten, die eine bestimmte Kohärenz schaffen. Ebenso umfasst es eine Währung, gegebenenfalls mit „Sattelitenwährungen“ (vgl. Becker 2002, S. 209; S.220). Innerhalb eines Produktivsystems kommt es jedoch zu einer asymmetrischen Integration von Räumen, wobei die Asymmetrien nicht nur anhand nationalstaatlicher Grenzen verlaufen. Während in dominanten Räumen kohärente Muster um strategische Sektoren der Akkumulation etabliert und reproduziert werden, in denen es starke Verbindung zwischen verschiedenen Branchen wie auch der Abteilungen der Produktion gibt, kommt es in den abhängigen (Teil)formationen zu einer Desartikulation der ökonomischen Struktur, es kommt zu einer Situation „struktureller Heterogenität“. (vgl. ebda., S.214-215). Verschiedene Kapitalkreisläufe gewinnen keine Kohärenz durch gegenseitigen Austausch der Einzelkapitale und Branchen, die somit nicht nur in ihren je eigenen Rhythmen, sondern auch räumlich desintegriert bleiben. Auch käme es zu hohen Unterschieden in der Einkommensverteilung wie auch in der Produktivität. Bei verschiedenen Staaten ähnlicher Entwicklung zeige sich die Asymmetrie anhand der Lokalisierung von Entscheidungszentren.

Während auf preistheoretische (statt auf werttheoretischer) Ausgangspunkte zurückgehende Probleme wie auch m.E. damit verbundene simplifizierende Darstellungen des Prozesses der Peripherisierung (der sich noch extremer in der Dependenztheorie zeigt) mir nicht anschlussfähig erscheinen, gilt das nicht für den gesamten Ansatz. Sinnvoll am Produktivsystembegriff ist m.E. vor allem die bereits angesprochene Dezentrierung des

Nationalstaates wie auch der Begriff der strukturellen Heterogenität. Beide sollten jedoch nach dem Ende des Fordismus auch auf den globalen Norden bezogen werden. Stefanie Hürtgen (vgl. 2015) zeigt, dass weder die Autozentriertheit (als deren Gegenbild die „Abhängigkeit“ einer Formation fungiert), wenn es sie überhaupt je als solche gab, noch ein exklusives Merkmal des globalen Nordens, noch als Kostenfaktoren im internationalen Maßstab verstandene Löhne eine exklusive Eigenschaft des globalen Südens sind. Die Extraversion der Akkumulationsregimes in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass auch dominante Formationen (in unvergleichlich stärkerem Ausmaß voneinander) abhängig sind und das Löhne verstärkt zu Kostenfaktoren werden.

Hilfreich scheint mir weiterhin die Analyse von dominierten und dominanten Räumen anhand der Frage nach der Kohärenz der verschiedenen Kapitalkreisläufe, der Existenz einer Kapitalgüterindustrie und auch der strukturellen Formen der Regulation.

Die Synchronität der primären wie auch der weniger bedeutenden Kreisläufe wurde z.B. im atlantischen Fordismus aber auch durch eine Reihe internationaler Regulatorien sichergestellt. (vgl. Jessop 2002, S.174) Es waren aber nicht alle Nationalstaaten in gleicher Weise eingebunden.

So scheidet beispielsweise Lipietz (vgl. 1998, S.131ff.) ausgehend vom Fordismus den „primitiven“ oder „blutigen“ und den peripheren Fordismus. Ersterer bezeichnet Gesellschaftsformationen, in denen zwar die fordistische Arbeitsorganisation Anwendung in Kapitalen niedriger organischer Zusammensetzung findet. Die Nachfrage finden die so produzierten Waren in den globalen Zentren. Der periphere Fordismus zeichnet sich demgegenüber durch ein eine fordistische Konsumnorm für die Mittelklassen aus, wobei aber die zentralen Entscheidungsfunktionen und qualifizierten industriellen Tätigkeiten in den Metropolen verbleiben. In beiden Fällen bilden zentrale Bereiche der Produktion Momente von Kreisläufen, die ihr Zentrum außerhalb der jeweiligen peripheren Gesellschaftsformation haben, oder anders formuliert, der metropolitane Kapitalismus reproduziert sich zum Teil in peripheren Räumen, in denen die Warenproduktion noch stärker dominiert ist. Dies deshalb, weil diese Verhältnisse asymmetrisch sind. Imperialistisch sind diese Verhältnisse genauer dann, wenn „die abhängige Gesellschaftsformation in ihrer spezifischen ökonomischen, politischen und ideologischen Struktur konstitutiv von asymmetrischen Beziehungen von einer oder mehrerer Gesellschaftsformationen gekennzeichnet ist, die mittels struktureller Zwänge und/oder direkter bzw. indirekter Intervention Macht über sie ausüben können“ (Jessop 2017, S.91), wobei Macht die Fähigkeit einer Klasse meint, eigene historisch-spezifische Klasseninteressen im Kontext historisch-spezifischer Kräfteverhältnisse durchzusetzen (vgl.

Jessop 2007, S. 62). Peripherer wie auch „primitiver“ oder „blutiger“ Fordismus führen zu einer starken strukturellen Heterogenität. Die Typisierung von Lipietz (vgl. 1998, S.137ff.) lässt annehmen, dass zumindest auf Ebene der Produktionsorganisation die Konkurrenz über Löhne als Kostenfaktoren eher in „primitiven“, „peripheren“ und, in dieser Klassifikation, „neofordistischen“ Ökonomien stattfindet (preislicher Wettbewerbsfähigkeit im Unterschied zu, auf komplexen Produkten basierender, struktureller Wettbewerbsfähigkeit). Dies wiederum heißt jedoch nicht, dass die Produktionsorganisation alleine entscheidend wäre. Verschiedene Kreisläufe des Kapitals als Momente der Kapitalzirkulation können sich auch räumlich konzentrieren. So bescherte der Fokus auf Banken und andere Finanzkapitale z.B. den „neofordistisch“ klassifizierten Ökonomien der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs durchaus passable Wachstumsraten, wobei auch die Rolle von Renten nicht unterschätzt werden sollte (vgl. Zeller 2011)

Auch bedeutet die Überlegenheit eines Produktionsmodells keineswegs, dass diese die „fortschrittlichsten“ Fraktionen organisierenden Machtblöcke hegemonial wären oder auch nur diese Klassenfraktion in ihnen die hegemoniale wäre.

In jedem Fall erleichtern kohärentere Kreisläufe der Regulation die hegemoniale Artikulation von Akkumulationsstrategien im Rahmen der strukturellen Form des Staates. Dies sollte eben nicht nach einem Matrioschka-Prinzip gedacht werden. Sogar auf nationaler Ebene finden sich Beispiele von an regional organisierten Machtblöcken gescheiterten auf nationaler Ebene vorangetriebener Projekte (vgl. Lipietz 1998, S.165) – wie aber auch umgekehrt. Andererseits können die Strategien mancher AkteurInnen „ohne Umwege“ auf überlokale oder gar internationale Apparaturen zielen (vgl. Jessop 2002, S.177).

Wenn nun also eine bestimmte Klassen/Klassenfraktion im Machtblock diesen hegemonial organisiert, so handelt es sich dabei einerseits stets auch um eine verortete Hegemonie. Es können regionale Machtblöcke durch verschiedene Fraktionen organisiert sein, die sich durch mehr als ihre Verortung unterscheiden und sich auch auf den verschiedenen Ebenen repräsentieren können. Andererseits kann aber auch die Hegemonie über den Machtblock und jene über die Beherrschten auf unterschiedlichen Ebenen organisiert sein – von den gleichen Klassen/Klassenfraktionen aber auch durch andere. Nichtsdestotrotz ist aber – bislang – der Nationalstaat jene Ebene, auf denen die „zentralen Knotenpunkte“ einer Gesellschaftsformation (deren Ausdehnung sich dadurch bestimmt) in der Auseinandersetzung zwischen Klassen und Klassenfraktionen stattfindet, weiterhin reproduziert werden. (vgl. Jessop 2017, S.91)

Die multiskalare Ausübung von Hegemonie passiert auch auf internationaler Ebene. Die Reichweite der von Jessop als solche analysierte Entwicklungsweise des atlantischen

Fordismus definiert sich beispielsweise an der Ausdehnung des Einbezugs in dessen primäre Kapitalkreisläufe. Es ist Demirovic (2005) zuzustimmen, dass der Aspekt der Hegemonie über die Subalternen auf internationaler Ebene nicht stark untersucht wurde. Dies kann aber auch seinen Grund finden darin, dass Hegemonie über die Subalternen schlicht in geringerem Ausmaß auf dieser Ebene hergestellt wird (vgl. auch Wissel 2007, S.122ff.). Besonders bei der Hegemonie über die Subalternen ist die vermehrte Organisation auf subnationalen Ebenen sogar recht plausibel, umfasst sie doch auch die Gesamtheit alltäglicher Praktiken, die i.d.R. lokal und regional stattfinden.¹⁰

Dass weiters die Verhältnisse zwischen Formationen asymmetrische sind, heißt nicht, dass dominierte Formationen keine eigenen einen Machtblock organisierende TrägerInnen aufwiesen. Poulantzas schreibt die integrative Funktion Fraktionen der inneren sowie der Komparodorenbourgeoisie zu. Während letztere eine in die globale Arbeitsteilung eingebundenen Fraktion darstellt, die jedoch keine eigene Akkumulationsbasis im Inland hat, verfügt die innere Bourgeoisie über eine solche. Die innere Bourgeoisie reproduziert sich in Abhängigkeit von der globalen Arbeitsteilung und repräsentiert und „interiorisiert“ die globalen Widersprüche in der abhängigen Formation und repräsentiert im gleichen Zug ausländische Kapitalien bzw. Kapitalfraktionen im jeweiligen Machtblock. Die Widersprüche der imperialistischen Kette werden auf diese Weise mit lokalen, nationalen Widersprüchen artikuliert (vgl. Jessop 2017, S.92ff.). Dies gilt aber umgekehrt auch für metropolitane Formationen, in welche sich ebenfalls die Widersprüche dominierter Formationen einschreiben, wenngleich metropolitane Machtblöcke vergleichsweise eine verstärkte Kohäsion und Synchronisation können durch die regulierte Externalisierung von Widersprüchen in desintegrierte, dominierte Formationen. Sofern diese internationale Arbeitsteilung sich nicht etwa primär als durch Machtmittel der AkteurInnen produziert und reproduziert erweist, lässt sich plausibel annehmen, dass einerseits Kapitale hoher organischer Zusammensetzung und mit längerer Umschlagszeit sowie Monopolkapital im peripheren Machtblock weniger stark vertreten ist als im metropolitane, wobei diese beiden Kategorien keinesfalls zusammenfallen müssen. Man kann weiters annehmen, dass Monopolkapitale, wenn sie nicht primär durch politische Intervention oder „natürliche“ Ursachen (z.B. Rohstoffvorkommen) zustande kommen, starke außerökonomische Voraussetzungen (vgl. auch Jessop 2003), nicht unbedingt jedoch eine hohe organische Zusammensetzung aufweisen.

¹⁰ In diesem Zusammenhang reflektiert die Nationalstaatszentrierung der Regulationstheorie womöglich nicht nur spezifisch französische Verhältnisse, sondern auch die Situation der AutorInnen als in Großstädten in der Forschung Arbeitende.

Ein weiterer Faktor hierbei sind Unterschiede in der Qualität von Währungen. Diese erfüllen in unterschiedlichem Ausmaß Weltgeldfunktionen. Neben der Nachfrage nach Waren in der jeweiligen Währung (also als Zirkulationsmittel¹¹) ist hier vor allem auch die Macht des jeweiligen Machtblocks, die jeweilige Währung gegen divergierende Interessen (beispielsweise die jeweilige Zinshöhe, in Krisensituationen aber überhaupt die Kontinuität eines Währungsraumes) stabil zu halten (also in der Funktion zur Aufbewahrung von Wert, als Schatz), zentral. Das gilt auch und gerade, wenn ein bestimmtes Geld als Zahlungsmittel fungieren soll (vgl. Lapavistas 2005, S.396). Es ist kein Zufall, dass gerade in dominierten Gesellschaftsformationen öfters mehrere Währungen nebeneinander existieren und es zu einer Machtfrage wird, in welcher Währung Mieten oder Gehälter gezahlt werden.

All diese Verhältnisse führen zu einer Desintegration dominierter Formationen. Die in der Literatur als „Abhängigkeit“ analysierte Lage dominierter Gesellschaftsformationen ist m.E. vor allem den dem höheren Grad struktureller Heterogenität geschuldet. Andererseits ist es plausibel, dass es zumindest eine konjunkturelle Tendenz zur räumlichen Konzentration temporaler Verhältnisse auch im Rahmen transnationaler Arbeitsteilung herausbildet. Die klassisch als „zweite Arbeitsteilung“ (vgl. Lipietz 1998, S.137ff.) analysierte Verlagerung von Produktion niedriger organischer Zusammensetzung zielte so beispielsweise auf die Senkung der organischen Kapitalzusammensetzung, also auf die Bekämpfung des klassischen Profitratenfalls. Da diese Kapitale verstärkt der Abteilung II zuzurechnen sind, ergibt sich außerdem zusätzlich eine vergrößerte Mehrwertrate, so dadurch der Anteil des Arbeitstages der zur Reproduktion des historisch spezifischen Niveaus der Ware Arbeitskraft gedrückt werden kann.

Denkbar sind aber auch andere temporale Ausrichtungen i.S. verschiedener Artikulationen von Beschleunigung der Zirkulation, Kapitalzirkulation fixer Bestandteile als Zins oder verschiedenen Graden an Konzentration/Zentralisation – was aber nur die warenförmigen Möglichkeiten darstellen, denn die Artikulation mit nichtkapitalistischen Verhältnissen hat ebenso einen Einfluss auf den Rhythmus der Akkumulation. Dabei bedingen politische Strategien und Akkumulationsstrategien sich wechselseitig. Dies bewirkt, dass hegemoniale Fraktionen in dominierten Machtblöcken ungleich schwieriger langfristige kohärente Strategien formulieren und vor allem durchsetzen können. Intern stellen die Ungleichzeitigkeiten der kapitalistischen, und unter Umständen auch nicht-kapitalistischen,

¹¹ Dabei muss/müssen die betreffende Ware(n) nicht einmal in der gesellschaftlichen Formation produziert werden in der das Geld ausgegeben wird, beispielsweise das zumeist in US Dollar gehandelte Rohöl.

Sektoren dieser Ökonomien ein Problem für die Verdichtung dieser verschiedenen Interessen zu einem Machtblock mit kohärenten, langfristigen Strategien dar. Die räumliche Differenzierung stellt dabei einen Grund für die Ausbildung verschiedener Staatsformen und Regulationsweisen dar, die in verschiedenen oder gleichen Akkumulationsregimen koexistieren können (vgl. Jessop 2002, S.40).

Die Asymmetrie stellt sich ökonomisch somit primär durch den Ausgleich der Profitraten (bzw. womöglich gar einer Profitrate) im Rahmen unterschiedlicher Niveaus der organischen Zusammensetzung sowie damit einhergehend Unterschieden in der Produktivität der Arbeit her. Sind die verschiedenen Niveaus organischer Zusammensetzung räumlich konzentriert, kommt es zu einer systematischen Übertragung von Mehrwert in die dominanten Formationen. Im Rahmen eines bestimmten raumzeitlichen Fix ist diese Aneignung von Mehrwert durch Formationen, die eine vergleichsweise hohe Kapitalzusammensetzung haben, jedoch stets konjunkturell spezifisch. Auch auf ökonomischer Ebene ist eine solche Anordnung stets abhängig von einer Reihe anderer, konkreter Verhältnisse.

Die angezeigten Mechanismen im Rahmen imperialistischer Verhältnisse machen auch augenscheinlich, warum eine bestehende hohe Kapitalzusammensetzung, Konzentrationen von Monopolkapital oder Renten oder auch Überausbeutung innerhalb eines Akkumulationsregimes einerseits nicht universalisierbar, andererseits die Veränderung von spatio-temporal fixes als Periodisierungskriterium fungieren kann (vgl. Alnasseri et.al. 2001). Die strukturelle Form des Staates ist also zwar nicht das Zentrum der Regulation, aber das Terrain, in dem Strategien zur Aufrechterhaltung der Synchronie der verschiedenen strukturellen Formen, einschließlich jener des Staates selbst, und ihrer Institutionen ausgearbeitet werden und um Durchsetzung ringen.

Im Rahmen organischer Krisen scheitert mit der vom Staat als Akteur ausgehenden Regulierung auch die Regulierung des Staates, d.h. es kommt zu einer Verschiebung von Kräfteverhältnissen und zu einer Transformation des Machtblocks.

Dies bewirkt einerseits eine Desintegration des Machtblocks und eine Sprengung der Kohäsion der Staatsapparate. Die auf dem Terrain des Staates vollbrachte „Verknüpfung von Zeitlichkeiten zur Einheit einer Konjunktur“ (Lipietz 1992, S.31) scheitert. Andererseits kommt es zur Neuverhandlung über die Grenzen des Staates wie auch des spatiotemporal Fix der in ihm organisiert wird und der ihn organisiert. Besonders die Verschiebung der Grenzen des staatlichen Bereiches im engen politisch-administrativen Sinn ist ein besonders umstrittener Vorgang, selbst dann, wenn der Nutzen zur Bearbeitung einer Krise unstrittig ist (vgl. political business cycles weiter oben), ebengenaue weil die relative Trennung des Staates v.a. von der

Ökonomie eine zentrale Bedingung kapitalistischer Akkumulation und in ihrer Spezifik einer Entwicklungsweise darstellt.

Der Fordismus, seine Krise und das finanzdominierte Akkumulationsregime

Im folgenden Kapitel werden die Entwicklungsweisen des atlantischen Fordismus (im Folgenden verkürzt einfach Fordismus) und das diesen ablösende finanzdominierte Akkumulationsregime kurz vorgestellt und in ihren raumzeitlichen Dimensionen analysiert.

Aglietta analysiert die ökonomische Krise von 1929 als eine Krise der Unterkonsumtion (vgl. Aglietta 1979, S.79ff.). Die einsetzende tayloristische Arbeitsorganisation, also die Zergliederung des Arbeitsprozesses in immer einfachere Schritte bei verstärkter Trennung konzeptiver von manueller Arbeit, steigerte die Produktivität in hohem Ausmaß, das extensive Akkumulationsregime aber verhinderte eine Verwertung in der Konsumgüterabteilung. Die tayloristische Organisation des Arbeitsprozesses ermöglichte einerseits das starke Sinken der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit der so produzierten Waren, andererseits aber schlugen die auf „economies of scale“ ausgelegten Produktionssysteme in deutlich längeren Zeiträumen um und waren viel rigider, „economies of scope“ also deutlich schwieriger zu erreichen. Die aufgrund ausbleibender Änderungen der Konsumweise relativ gleichbleibend bescheidene Nachfrage der LohnarbeiterInnen stieg nicht in dem Tempo, das notwendig gewesen wäre, um das Produkt der Abteilung II zu realisieren und in der Folge die beiden Abteilungen zu integrieren. Ergebnis war eine schweren Krise Ende der 20er Jahre, als Folge welcher sich eine fordistische Entwicklungsweise durchsetzte und die vorherige Entwicklungsweise und deren Akkumulationsregime ersetzte, vor allem aber auch zu einer Regulationsweise führte, die in der Lage war, dessen Widersprüche historisch konkret sowie temporär stabil zu regulieren.

Der Fordismus zeichnete sich aus durch ein intensives, introvertiertes Akkumulationsregime, in welchem die Umwälzung der Lebensweise der Lohnabhängigen zu einer Synchronisierung der Abteilungen der Produktions- und der Konsumtionsmittelindustrie führte und die tayloristisch organisierte Massenproduktion ihr Gegenüber in der Massenkonsumtion fand. Letztere wurde zwar möglich durch die steigende Produktivität. Reguliert und reproduziert wurden jedoch sowohl die Massenkonsumtion wie auch der Produktivkraftfortschritt durch regelmäßige Lohntarifverhandlungen (zwischen ArbeitgeberInnen und zu verschiedenem Grad eingebundenen Gewerkschaften sowie, v.a. bei drohender Eskalation, dem Staat) und Kopplungen dieser an die Produktivität. Hierbei spielten auch Staatsausgaben wie auch durch den Staat koordinierter Konsum eine Rolle (vgl. z.B. klassisch Lipietz 1985, S.122ff.) Umgesetzt wurden diese steigenden Löhne in die „Kernwaren“ der fordistischen Konsumnorm,

das Automobil und standardisierter, oft suburbaner, Wohnraum (vgl. ebda., S.157ff.) mit dazugehörigen Koppelprodukten (Kühlschrank und andere weiße Ware, der Erdölsektor). Diese waren aufgrund der zunehmenden Entfernungen zwischen Arbeits- und Wohnort (dies selbst auch ein durchaus erwünschtes Resultat städtebaulicher Reformbemühungen, vgl. Dangschat 1994) nicht nur empirisch aufeinander bezogen, sondern hatten als langlebige Konsumgüter auch ein anderes Niveau des Schutzes vor Arbeitslosigkeit durch Arbeitsgesetzgebungen sowie sozialstaatliche und Versicherungsleistungen zur Stabilisierung des Konsums als Voraussetzungen zu ihrer Verallgemeinerung gemeinsam. Sie produzierten neben einer bestimmten Geographie auch einen bestimmten Alltagsrhythmus. Vor allem das zunehmende Niveau der Wohnversorgung breiter Teile der Bevölkerung führte auch zu einem Schwerpunkt der Reproduktion der Arbeitskraft, welche, in den tayloristischen Arbeitsanordnungen vernutzt, in den Betrieben keine Zeiträume mehr zur Rekonstitution fand, an diesen „neuen“ Orten. Die geschlechtsspezifische Dimension dieser auch raumzeitlichen Anordnung ist dabei stark ausgeprägt: Männliche bezahlte Arbeitskräfte in tayloristischen Betrieben, deren Arbeitskraft reproduziert wird im Rahmen einer heterosexuellen Partnerschaft in nicht-kapitalistischen und unbezahlten Verhältnissen durch ihre jeweiligen (Ehe)-Frauen. Diese wurden, wenn überhaupt, nur untergeordnet in den kapitalistischen Arbeitsmarkt integriert. Die häuslich erbrachten Leistungen gingen ein in die Konsumnorm, wie auch die häuslichen Produktionsverhältnisse, unter denen sie stattfinden, Teil des Akkumulationsregimes waren. Auf individueller Ebene wurde die Konsumnorm jedoch eben nicht für alle anerkannt. Neben der marginalisierten Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sind hier v.a. auch rassifizierte Spaltungen zu nennen, nicht nur für die USA (vgl. Aglietta 1979, S.170ff.)

Notwendige Elemente des fordistischen Lohnverhältnisses waren daher nicht nur die die regelmäßigen Tariflohnerhöhungen tragenden Gewerkschaften, sondern auch Ideologien geschlechtsspezifischer und ethnischer Ungleichheit und die politisch und ökonomischer Stützung dieser Verhältnisse. (vgl. Nowak 2009). Die erreichten sozialen Rechte waren nie wirklich universal, selbst innerhalb homogener Nationalstaaten.

Die fordistische Organisation der Konkurrenz war monopolistisch. Das bedeutet nicht etwa einfach das Vorherrschen von monopolistischen Kapitalen (obwohl auch dies in einer Reihe von Sektoren vorkam und die auf monopolistische Extraprofite zielenden Kapitalgruppen durchaus oftmals hegemonial waren), sondern eine bestimmte Form der Konkurrenz, in der der Ersatz alten fixen Kapitals kontinuierlich verläuft und die sich verringernde gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit nicht etwa für Preissenkungen, sondern für die Erhöhung des Absatzes

und der Anwendung von Mark Up Pricing verwendet wurden (vgl. Aglietta 1979, S.304). Dies erlaubte Kapitalen mit hoher organischer Zusammensetzung die Anschaffung der sich erst nach langer Dauer verwertenden fixen Kapitalien, da einerseits ein langer Erwartungshorizont reproduziert wurde, andererseits die sich ausdehnende effektive Nachfrage (auf Basis der tayloristisch organisierten Produktivitätsgewinne) die Mehrwertrate stabilisierte und damit dem Fall der Profitrate entgegenwirkte. Die dennoch notwendige Zerstörung von fixem Kapital nimmt dabei nicht die Form von kleinen Krisen an, sondern verläuft gleichmäßig als permanente Entwertung – dies jedoch zum Preis erhöhter Inflation (vgl. ebda. 1979, S.229). Ein weiterer, die Auswirkungen des tendenziellen Profitratenfall dämpfender, Faktor war die zunehmende vertikale Integration von Unternehmen in Kombination mit „economies of scale“ (vgl. ebda., S.227ff.).

Banken übernahmen die zentrale Rolle in der Unternehmensfinanzierung und sie waren auch massiver staatlicher Intervention im Rahmen eines unter industrieller Dominanz stehenden Akkumulationsregimes unterworfen (vgl. ebda. S.229). Dies betraf eine ganze Reihe von Bereichen, von Produkten über sektorale Beschränkungen bis hin zur geografischen Ausdehnung, sowohl im nationalen Rahmen und viel stärker international. Auf internationaler Ebene sorgte eine internationale Regulation im Rahmen des Bretton – Woods - Abkommens für stabile, an den US Dollar gekoppelte Wechselkurse, starke Zentralbanken fungierten als „lender of last resort“. Der Dollar seinerseits war goldgebunden.

Fordistische Staatlichkeit fand ihren zentralen Knotenpunkt im Nationalstaat. Bob Jessop (2002, S. 58ff.) spricht vom „Keynesian Welfare National State“. Dieser zeichnete sich durch (keynesianische) gesamtwirtschaftliche Nachfragesteuerung (Staatsausgaben zusätzlich zu den institutionalisierten Lohnbildungsprozessen. Dabei sind nicht nur Transferleistungen gemeint, sondern auch die staatliche Nachfrage im Allgemeinen, wobei Rüstungsausgaben vor dem Hintergrund des kalten Krieges eine besondere Rolle einnahmen) aus, durch die Anwendung wohlfahrtsstaatlicher Instrumente zur Stabilisierung eben dieser Nachfrage im Rahmen einer bestimmten Konsumnorm. Sowie durch die primäre Rolle der nationalstaatlichen Ebene und der starken Rolle staatlicher Institutionen für die Erreichung gesellschaftlicher Ziele bis hin zur Schaffung ökonomischer Strukturen im Rahmen einer „mixed economy“, also auch vertikaler Industriepolitiken und Wirtschaftsförderungsprogramme.

Wie weiter oben schon klargestellt handelte es sich hierbei jedoch keineswegs um ein technokratisch ausgeklügeltes, von oben nach unten durchgesetztes Projekt (vgl. auch Aglietta 1979, S.190ff.). Im Gegenteil gingen harte Kämpfe den schlussendlich in den USA im Rahmen des New Deal ergriffenen Reformmaßnahmen voraus. Im Machtblock des fordistischen Staates

war die ArbeiterInnenklasse daher in ihren Kämpfen präsent, wobei auch die Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion als Teil dieser Einschreibung betrachtet werden kann. Hierbei aggregierten Gewerkschaften nicht nur die Interessen (vornehmlich männlicher Fach-) Arbeiter, sondern hegten diese auch politisch ein, was wiederum vor allem hinsichtlich der Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion von zentraler Bedeutung war.

Mit Fokus auf den raumzeitlichen Fix, wobei hier primär auf die staatstheoretisch angereicherte Reformulierung Jessops zurückgegriffen wird, die am stärksten raumzeitliche Aspekte von Entwicklungsweisen mitdenkt (Jessop 2002, S.73ff.; S.113ff.; S. 179ff.), ergibt sich für den sog. „atlantischen Fordismus“, also die sich nach 1945 herausbildende kapitalistische Triade (Nordamerika, Europa, Japan mit der Ausnahme Australiens, Neuseelands, abseits der Metropolen waren die Entwicklungen anders geartet vgl. Becker 2002, S.188ff., z.B. Lipietz 1985 S. 128) folgendes Bild:

- Ein introvertiertes, intensives, industriell dominiertes Akkumulationsregime, basierend auf Massenproduktion und Massenkonsumtion, schwacher Exportorientierung und national divergierenden Profitraten ermöglichte eine Taktung von politischen und ökonomischen Zyklen, das heißt die Möglichkeit sie prozessierbar zu machen. Dieses trug sich aber nicht alleine.
- Langfristige Arbeitsverhältnisse ermöglichten die Durchsetzung einer sich entlang langlebiger Konsumgüter etablierenden Konsumnorm einerseits, andererseits eine zuverlässige Planung für die Kapitaleseite hinsichtlich Absatz und Lohnkosten. Teil davon waren auch verregelte Arbeitszeiten, das Senioritätsprinzip, verpflichtende Krankenversicherungen in den meisten Ländern (mit der gewichtigen Ausnahme der Vereinigten Staaten) Pensionsregelungen und ein expandierender öffentlicher Bildungssektor. Sozialstaatliche Absicherungen stärkten diesen Aspekt weiter und schwächten die zyklischen Auswirkungen konjunktureller Krisen ab. Die Einbindung der Gewerkschaften hin zu Tarifverhandlungen auf Branchenebene bewirkte eine Vereinheitlichung von Lebensweisen im nationalen Rahmen wie auch ein gleichmäßigen Wachstum der Abteilungen I und II und der verschiedenen Branchen, wozu auch staatliche Eingriffe erfolgten. Die Beschleunigung der Zirkulation durch Werbung und neuartige Einkaufslandschaften verringerte den Anstieg der gesellschaftlich notwendigen Umschlagszeit.
- Damit verbunden war auch die monopolistische Regulation des fordistischen Akkumulationsregimes, die Kapitalien hoher organischer Zusammensetzung eine relativ risikolose permanente Entwertung fixen Kapitals ermöglichte und damit das

Risiko einer aufgrund des tendenziellen Profitratenfalls ausgelösten Krise senkte. Die vertikale Integration der Unternehmen vertiefte diesen Aspekt weiter, wenngleich zum Preis eines Ausdehnungseffekts der gesellschaftliche notwendigen Umschlagszeit.

- Der Ausbau von physischen Infrastrukturen ist in mehrfacher Weise relevant. Einerseits handelt es sich bei Bahnlinien und Autobahnen (auch) um fixes Kapital, das, würde es warenförmig bereitgestellt, nur äußerst langsam umschlagen würde. Zweitens war vor allem der Straßenbau unerlässlich zur Verallgemeinerung einer auf Massenproduktion basierenden Konsumnorm und die damit verbundenen Lebensweise der LohnarbeiterInnen. Drittens ermöglichte daher ein schnellerer Transport und die dadurch geschaffenen größeren Märkte von Waren erst die vertikal integrierte tayloristische, auf Skalenerträge abzielende und damit auch zentralisierte Massenproduktion. Viertens verlief der Ausbau dieser Infrastrukturen in nationalem Rahmen und stärkte so die Integration von Kapitalkreisläufen auf nationaler Ebene. Fünftens bildete er dadurch ein Moment der bereits erwähnten keynesianischen Nachfragesteuerung.
- Geld wurde vor allem als nationales Kreditgeld emittiert, der Charakter als Weltgeld war dagegen relativ unbedeutend. Die Finanzialisierung war im Vergleich zu heutigen Dimensionen relativ schwach ausgeprägt. Während 1980 Sozialprodukt und Finanzvermögen annähernd gleich groß waren, überstieg letzteres das Sozialprodukt 2006 bereits um das fünffache. Bis zum Zusammenbruch des Bretton Woods Abkommens waren die Wechselkurse der verschiedenen Währungen fixiert. Die Profite des Finanzsektors beeinflussten den produktiven Sektor kaum und führten zum unter der Dominanz des produktiven industriellen Sektors Charakters des fordistischen Akkumulationsregimes. Die Finanzierung, überhaupt außerhalb der Vereinigten Staaten und Britanniens, verlief vor allem über die Banken, Kapitalmärkte spielten eine nur sehr untergeordnete Rolle. Ein Effekt der monopolistischen Regulation findet sich in der verstärkten Entwertung des Geldes, was die Kreditvergabe negativ beeinflusste und zu relativ hohen Zinsen führte – welche wiederum die gesellschaftlich notwendige Umschlagszeit senkte und die Tendenz zum Profitratenfall dadurch verschärften.
- Der fordistische Staat fokussierte v.a. auf die nationale Ebene. Staatsinterventionen waren zuweilen sehr direkt, im Rahmen einer „mixed economy“ (vgl. Jessop 2002, 172ff.) waren selbst in Staaten außerhalb des COMECON große Bereiche der Ökonomie verstaatlicht. Dies trifft einerseits besonders auf Grundstoffindustrien zu, andererseits auf Infrastrukturen, zwei Bereiche die in der Regel in sehr langen

Zeiträumen umschlagen. Auf internationaler Ebene sorgten Abkommen für die und Techniken für ein Mindestmaß an internationaler Regulation wie auch der Bearbeitung von Widersprüchen verschiedener Machtblöcke dafür, diese vor allem national verknüpften Kreisläufe auch zu reproduzieren.

Die Krise der fordistischen Entwicklungsweise entsteht in der Darstellung der an der Pariser Lesart orientierten RegulationistInnen vor allem entweder in einer Erschöpfung der tayloristischen Logik immer weiter segmentierter Arbeitsprozesse, was zu einem verstärkten tendenziellen Profitratenfall führt (vgl. v.a. Aglietta 1979, S. 120ff. zu den zeiträumlichen Aspekten der Krise der tayloristischen Arbeitsorganisation) und damit zu einer Situation der Überakkumulation. Demgegenüber behaupten operaistische Lesarten, dass die Krise des Fordismus auf die Kämpfe der ArbeiterInnen zurückzuführen sei.

Mit Lipietz lässt sich m.E. behaupten, dass es zwar nicht die Kämpfe gegen die Fabrikordnung alleine waren, sie aber ein zentraler Bestandteil in der Krise der Regulation des Lohnverhältnisses darstellten. Es waren die Kämpfe der ArbeiterInnen, die aus einer Krise im Fordismus, einer Krise der tayloristischen Massenproduktion, eine Krise des Fordismus erwachsen ließen (vgl. Lipietz 1998, S.40ff.).

Diese beschränkten sich nicht auf die Fabrik. Weitere zentrale Elemente fordistischer Regulation kamen in die Krise.

Die für Gesundheit und ähnliche Dienstleistungen aufgewandten Ressourcen stiegen rasant (vgl. Aglietta 1979., S.247ff.). Eine zentrale Rolle spielte dabei die in Fragestellung des Haushalts und die damit verbundenen Produktionsverhältnisse durch feministische Bewegungen, was dazu führte, dass zunehmend vormals im Rahmen der häuslichen Produktionsweise unbezahlt von Frauen verrichtete Tätigkeiten nunmehr bezahlt erbracht werden mussten (vgl. Chorus 2013, S.92).

Ein sich verschärfendes Problem hierbei stellte der „Baumol-Effekt“ dar. Während die Produktion physischer Gegenstände durch die tayloristischen Methoden immer weiter beschleunigt werden konnte, war dies für Dienstleistungen, vor allem für persönlich erbrachte, bei weitem nicht im selben Ausmaß möglich. Besonders betrifft dies z.B. das Gesundheits- und Bildungswesen und eine Reihe anderer Dienstleistungen. Es ist klar, dass im Rahmen eines auf intensiver Akkumulation auf Basis tayloristischer Prinzipien beruhenden Akkumulationsregimes dieser Effekt noch gesteigert wird. Auch die Kommodifizierung dieser Arbeiten konnten (und könnten) daran wohl wenig ändern, da es äußerst zweifelhaft ist, ob es

sich bei diesen Dienstleistungen, auch wenn sie warenförmig erbracht werden, um produktive Arbeit i.S. von für das Kapital verausgabter Arbeitskraft handelt (vgl. ebda., S.246ff.).

Ähnliche Probleme stellten sich im Bildungssektor, vor allem dem Hochschulsektor ein.

Der Kollaps des Bretton-Woods Systems und die Herausbildung der Euro-Dollar Märkte führte zu massiven Änderungen des fordistischen Geldverhältnisses und einer deutlich gesteigerten Autonomie des Finanzsektors, die in der Folge auch die Renditeerwartungen und Entscheidungen von Unternehmen wie von Staaten beeinflussen sollte.

Zusammen mit dem sich internationalisierenden Aktionsradius der Banken führte dies auch zu zunehmender Konkurrenz auf den Warenmärkten sowie rasant steigenden Einsätzen von Finanzinstrumenten, um eben diesen Warenhandel gegen Währungsschwankungen abzusichern.

Zur wenigstens wohl massivsten Krisenerscheinung wurde das „Gespenst“ der Inflation bei Stagnation („Stagflation“), also eine massive Geldentwertung. Diese hatte ihre Ursache in der zunehmenden Krise tayloristischer Produktivkraftsteigerung bei unvermindert beibehaltener monopolistischer Regulation.

Die Effekte der hohen Inflation wirkten schlussendlich auch auf die produktiven Kapitale zurück – schließlich verringerten die hohen Zinsen sukzessiv die gesellschaftlich notwendige Umschlagszeit, auf welche gerade die auf economies of scale orientierten, stark vertikal integrierten Kapitale empfindlich reagierten. Die Internationalisierung führte zu zunehmender Konkurrenz auf den Waren- wie auch Kapitalmärkten, die Praxis des Mark – Up – Pricing wurde prekär. Auch die Lohnentwicklung konnte nicht mehr im für die Realisierung der Konsumwaren notwendigen Tempo fortlaufen.

Schlussendlich geriet auch der fordistische Staat als regulative institutionelle Form in eine Krise, die in manchen Staatsapparaten nicht zu Unrecht als eine Krise durch „zu hohe Ansprüche“, die auf dem Staat lasten, analysiert wurde. In einer Reihe von Ländern und anderen Raumebenen kam es tatsächlich zu immer härteren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, deren staatliche Bearbeitung Machtblöcken unter subalternen Einbindung von Gewerkschaften nicht mehr gelingen wollte. (vgl. z.B. klassisch Aglietta 1979, S. 239ff.)

In der zunehmend instabileren Akkumulationsdynamik sind in die Krise geratene raumzeitliche Fixierungen auszumachen. Der Einfluss einerseits zunehmender internationaler Verflechtungen (bis hin zu einer in der Tendenz übernational ausgeglichenen Profitrate) und andererseits der durch die Informationstechnologie revolutionierten Kommunikationswege wurde größer. Mit diesen als Trägerinnen kam es zu einer Zeitraumkompression, also einer Beschleunigung von Transport und Kommunikation, wie auch einer zeiträumlichen Distanzierung, also der

Zunahme der Entfernung räumlicher Verhältnisse beispielsweise über globalen Warenaustausch und eine internationale bzw. markroregionale Arbeitsteilung auch innerhalb von Fertigungsketten (vgl. z.B. Grozicki/Geodecki 2016). Vor allem durch den Drang zur Absicherung gegen Wechselkursrisiken durch die Internationalisierung und die Freigabe der Wechselkurse massiv gestiegen ist die Bedeutung des zinstragenden sowie des fiktiven Kapitals (vgl. Ingham 2008, S.164). In der Unternehmensfinanzierung ist der Kapitalmarkt in Gesellschaftsformationen, in denen sie traditionell eine stärkere Rolle innehatten, noch wichtiger geworden, in solchen mit traditionell stärkerer Bankenfinanzierung ebenso (vgl. z.B. ebda., 153ff.; Dore 2008). Auch bei Ersterem ergibt sich jedoch eine qualitative Änderung durch die permanente Überwachung von Aktien und Anleihen, die bei Bedarf auch abgestoßen bzw. zugekauft werden (vgl. Müller 2012, S.558), was eine immer kurzfristigere Orientierung auch der Unternehmen selbst wie auch ihre kapitalmarktgerechte Umstrukturierung bewirkt (vgl. Kädtler 2012). Dabei ist m.M.n. auf dieser Ebene nicht erheblich, ob es langfristig zu einer Konvergenz kommt, oder aber, wie z.B. im Varieties of Capitalism Ansatz, beide Finanzierungsformen zu einander komplementären ökonomischen Strukturen führen. Ein interessanter Aspekt ist die zunehmende Bedeutung von Private Equity Firmen, d.h. größerer Beteiligungsgesellschaften, die ganze Firmen und nicht bloß Anteile daran kaufen und mit Blick auf Kursbewegungen verkaufen (vgl. Ingham 2008, S.123).

In jedem Fall kann angenommen werden, dass die stärkere Rolle von Kapitalmarktfinanzierung in Verbindung mit aktivem Portfoliomanagement auch in vormals bankzentrierten Systemen einerseits zu einem verstärkten Druck führt, die Umschlagsgeschwindigkeit zu erhöhen. Andererseits ist zinstragendes Kapital extrem mobil, kann in kürzester Zeit verlagert werden – so dies nicht durch gesetzliche oder andere Regelungen verhindert wird.

Die nationale Ebene als exklusive Maßstabsebene gerät ebenso in die Krise wie die für parlamentarische Demokratien zentralen Rhythmen der Wahlen verschiedener Parlamente, die die Reproduktion der Hegemonie über die Subalternen immer prekärer werden lässt. Letzteres wird einerseits mit der Synchronisierung von Perioden und sogar Wahlterminen erreicht, andererseits mit der Delegierung von immer mehr Funktionen hin zu ungewählten Gremien (affirmativ Götz/Meyer-Sahling 2009, S.185 ff.). Letzteres soll dabei auch die unabhängig der attestierten „ungovernability“ die intertemporale Kohärenz des Staates sichern, da Wahlzyklen anderen Zeiträumen entgegenliefen (vgl. Jessop 2002, S.239).

Die Entwicklungsweise, die dem Fordismus folgte, ist dabei vergleichsweise unklar. Der Begriff des Postfordismus erscheint mir vor allem die zentrale Schwäche aufzuweisen, nicht weiter spezifiziert zu werden als über die Nachfolge und die Beibehaltung gewisser Elemente

des Fordismus. Abgesehen vom analytisch sekundären Problem, dass diese nachfordistische Entwicklungsweise schon ähnlich lange anhalten würde wie der Fordismus selbst, ist es m.E. auch Hinsichtlich des Nutzens der Regulationstheorie fragwürdig, deren Stärke ja in der Spezifizierung von bestimmten kapitalistischen Konjunkturen anhand ihres zentralen Widerspruchs bzw. der dominante Seiten dieser Widersprüche liegt.

Das meiner Meinung nach aufschlussreichste „postfordistische“ Konzept ist jenes des finanzdominierten Akkumulationsregimes (vgl. Sablowski 2011b).

Dieses zeichnet sich durch einen extensiven, extrovertierten wie auch finanzgetriebenen Charakter aus. Dabei sind diese Dimensionen bei diesem Akkumulationsregime miteinander verbunden. Sich schon vor dem Ende der Sowjetunion öffnende globale Märkte ermöglichten die Ausdehnung der Warenproduktion auf Milliarden von Menschen, wobei wohl zumindest Rückblickend der Zugang zu Arbeitskraft in der VR China eine zentrale Rolle spielte. Dies beförderte nicht nur Investitionen zur Deckung der jeweiligen Binnenmärkte, sondern führte auch zu einer globalen Arbeitsteilung und einer zunehmenden Extrovertierung ökonomischer Verhältnisse. Es handelt sich um ein internationales Akkumulationsregime, da, nicht nur bei kleinen Ökonomien, ein Zusammenhang von Produktion von konsumtiven Konsum nicht mehr auf nationaler Ebene hergestellt wird (explizit Sablowski 2009, S. 118, wobei „global“ m.E. irreführend ist, da auch heute immer noch einige Formationen kaum bis gar nicht integriert in internationale Kapitalkreisläufe sind, während auch für den Fordismus der Außenhandel selbst unter Bedingungen der Introvertierung für viele Formationen zumindest im Warenhandel durchaus keine nebensächlichen Ausmaße annahm, vgl. Hübner 1988, S.126ff.).

Unklar bleibt, wie die Entwicklungsweise, also das Zusammenspiel aus Akkumulationsregime und Regulationsweise zu bezeichnen ist, vor allem da im Bereich der Regulationsweise vergleichsweise wenig Konvergenz auszumachen ist. Ein Ansatz ist die „Knowledge Based Society“ (Jessop 2003). Spätestens mit der Finanz und Wirtschaftskrise wurde dies jedoch fragwürdig. Wäre sie eine diesbezügliche Durchsetzungskrise, müssten Reformen und Investitionen in den Bildungssektor (im weiten Sinn als Teil der strukturellen Form des Lohnverhältnisses) erfolgen. Für Deutschland zumindest ist das so nicht erkennbar (vgl. Atzmüller 2011).

Dieses Akkumulationsregime zeichnet sich durch folgende Charakteristika aus:

- Das Akkumulationsregime ist deutlich extrovertiert, dies erschwert die Synchronisierung verschiedener Rhythmen.

- Arbeitsverhältnisse werden zunehmend prekärer, zumindest abseits der Kernbelegschaften. Löhne werden in ihrem Aspekt international vergleichbarer Produktionskosten relevanter als in der Nachfragefunktion. Dies führt auch zu Problemen in der Realisierung langlebiger Konsumgüter, was durch die Ausweitung von Konsumkrediten aufgefangen wird, u.U. auch räumlich konzentriert, was zu Warenexporten und damit zu gesteigerter Extrovertierung führt. Aufgrund der deutlich geschwächten Position der Lohnabhängigen fällt das Wegfallen langfristiger Planbarkeit von Lohnkosten für die Kapitalseite wenig ins Gewicht.
- Auch staatliche Sicherungssysteme verstärken den Druck auf die ArbeiterInnen, aus welfare werden „workfare“ – Regime, die auf eine aktivierende statt aktive Arbeitsmarktpolitik setzen. Zusammen verstärkt dies den instabilen Charakter des Akkumulationsregimes. Die dadurch entstehende konstitutive Unsicherheit wird zur Grundlage einer nicht mehr auf Hegemonie setzenden Herrschaftsideologie (vgl. Demirovic 2009, S.39). Prekarisierung bedeutete, dass ArbeiterInnen sich immer weniger Zeit leisten können. Der Staat im postfordistischen Zeitalter betont mit diesen Sicherungssystemen nicht mehr das Element der Nachfragesicherung und es wird zumindest diskursiv zu einem Bestandteil staatlicher Ausgabenkürzungen und Angebotsökonomischer Strategien.

Die Einbindung verschiedener Kapitalfraktionen mit in Gewerkschaften organisierten Teilen der ArbeiterInnenklasse wird zunehmend und abgelöst durch immer selektivere und unstete Bündnisse mit einzelnen subalternen Fraktionen, in denen zunehmend Ungleichheiten produziert werden. (vgl. Jessop 2002, S. 235; räumlich Dangschat 1994)

Der Extrovertierung des Akkumulationsregimes entspricht auch eine Internationalisierung der strukturellen Form des Staates, Klassenwidersprüche verdichten sich in qualitativ neuen Apparaten und Techniken, von denen die augenfälligste sicherlich die europäische Union ist. Dabei handelt es sich nicht einfach um eine ökonomistische Reaktion auf Kapital- und Warenströme, verschiedene Fraktionen suchen strategisch bestimmte Ebenen zur Durchsetzung von Interessen wie auch zur Konstruktion neuer Machtblöcke. Dies eröffnet Kapitalfraktionen, die über wenig fixes Kapital, also „temporale Trägheit“, verfügen (idealtypisch fiktives Kapital sowie Kapital in seiner Geldform bzw. anderer Geldform), auch die Möglichkeit, deutlich schneller als zuvor Standortentscheidungen zu treffen oder auch zu revidieren.

- Die monopolistische gibt einer konkurrenziiellen Regulation des Marktes Raum, erste Kapitale gehen von einem einfachen Mark-Up Pricing ab, was Investitionen in fixes

Kapital riskanter werden lässt und zu der Situation führt, dass einerseits der tendenzielle Profitratenfall zu einem zunehmend ernsten Problem wird, andererseits aber u.a. durch vertikale Desintegration die Umschlaggeschwindigkeit gesteigert werden soll. Der multidivisionäre Konzern wird aufgespalten, Prinzipien des „share holder value“, nach der erst von Profit gesprochen werden kann, wenn über der Zinsrate liegende Profite erwirtschaftet werden, greifen um sich und bewirken eine Internalisierung von Marktmechanismen in Einzelkapitale, die sich in der Folge zunehmend auf „Kernkompetenzen“ beschränken. Das Ziel dabei ist die Erwirtschaftung einer überdurchschnittlichen Profitrate durch Beschleunigung des Umschlags. Die vertikale Desintegration bewirkt jedoch zumindest einen Anstieg der Wertzusammensetzung, jedoch auch eine Tendenz zum Ansteigen der organischen Kapitalzusammensetzung, insofern davon ausgegangen werden kann, dass es sich dabei nicht um einen vorsozialen, technischen Prozess handelt und die Einzelkapitale niedriger Zusammensetzung in Konkurrenz zueinander stehen und die höhere Umschlaggeschwindigkeit als Gegenteil wirkt.

- Eine Extraversion ermöglicht weiters die Internationalisierung auch der Produktion und damit die differentielle Nutzung verschiedener Räume im Rahmen eines Kapitalkreislaufs (z.B. Becker 2002, S.224ff.). Die zunehmende netzwerkartige Anordnung der Produktion wird nicht zuletzt durch die massiv gestiegene Geschwindigkeit der Kommunikation im Rahmen von IKT ermöglicht.
- Um die Situation der Überakkumulation zu lindern und neue Anlagesphären zu schaffen, werden immer weitere Bereiche der öffentlichen Infrastrukturen privatisiert, um in der Folge warenförmig bereitgestellt zu werden. Sofern es sich (auch) um als solche zirkulierende fixe Kapitalien handelt, kann dies zu einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung führen. Auch schlagen diese Kapitalbestandteile teilweise nur in sehr langem Zeitraum um – sind also anfällig für zyklische Krisen. Das gilt aber keineswegs für alle derartigen Bereiche, die auch z.B. die Daseinsvorsorge, Bildung und Pensionswesen betreffen. Eine Sonderstellung nimmt in einigen Gesellschaftsformationen die Bereitstellung von Wohnraum ein. Wie Harvey (siehe weiter oben) bemerkt, tragen niedrige Zinsen und Unsicherheit zu verstärkter Bautätigkeit bei. Der vielerorts beobachtbare Rückzug des Staates aus der Wohnversorgung in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Einerseits verspricht bei sich scheinbar endlos fortsetzender Preissteigerung die Produktion von Wohnraum wie auch anderen Immobilien relativ schnellen und vor allem auch relativ hohen Profit.

Exponentiell zunehmenden Immobilienpreise werden dabei oft durch eine Ausweitung des Kredithebels realisiert. Ein klassischer Auslöser für Krisen.

- Eine ähnliche Bedeutung kommt auch anderen Formen von Renten zu. Jessop (2003) beispielsweise analysiert, wie weiter oben schon angeführt, die gegenwärtige Entwicklungsweise als „wissensbasiert“. Auch wenn dies in den Nachwehen der Krise überzogen scheint, bilden Renten aus der Monopolisierung von Wissen durch Patente eine gewichtige Rolle (vgl. auch Zeller 2011). Dafür notwendig sind klarerweise einerseits juristische Möglichkeiten der Sanktion von Patentrechtsverstößen. Andererseits aber steigt laut Jessop aber übersteigen die Zeiträume der Bereitstellung der für dieses Kapital notwendigen nicht-warenförmig bereitgestellten Bedingungen die Berechnungszeiträume der Kapitale selbst bei weitem (vgl. Jessop 2003, S.104). Hinzugefügt werden sollte m.E. die lokale Verankerung dieser Bedingungen, die zu problematischen, differentielle Akkumulation führenden Rentenabzügen über den Bodenmarkt führen kann. (vgl. Harvey 1982, S.330ff.), ohne dass die Zinsrate in der Folge eines Konjunkturzyklus stiege.
- Mit dem Ende des Bretton-Woods Systems werden Währungen international frei gehandelt. Die gleichzeitige Internationalisierung von Produktion und Zirkulation führt dazu, dass die Weltgeldfunktion einzelner Währungen zunehmend relevant wird. Dies führt einerseits zu räumlich konzentrierten Infrastrukturen, die durchaus eine eigene Geographie aufweisen. Andererseits auch zur Etablierung von Zeitmaßen im Millisekundenbereich für einzelne hochmobile Kapitalgruppen – die Zeitspanne zu einer diskreten Regulation solcher Praxen ist in jedem Fall deutlich höher. Die Finanzierung über Anleihen und andere Formen der Finanzierung über Kapitalmärkte wie auch Eigenkapital begünstigt, wiederum kurze Zeithorizonte, da die dafür notwendige genau aufgeschlüsselte Unternehmenssituation langfristige Strategien aufgrund der Konkurrenzsituation schlechter abbilden kann. Auch buchhalterische Praktiken orientieren sich immer stärker an einer finanziellen Logik,
- Die globalen Finanzvermögen übersteigen das Bruttosozialprodukt mittlerweile um ein Vielfaches. Das heißt: Es existieren und zirkulieren Ansprüche auf ein Vielfaches der Mehrwertrealisierung (vgl. Sablowski 2011b). Dabei akkumuliert sich durch die relative Unsicherheit immer mehr fiktives Kapital – was die Instabilitäten jedoch tendenziell weiter erhöht (vgl. Becker 2002, S.269) und ein lineares Fortschreiten der Zukunft nach einem Ebenbild der Vergangenheit über noch längere Perioden notwendig

macht und Zinsanstiege, d.h. Verringerung der gesellschaftlich notwendigen Umschlagszeit, umso riskanter werden lässt.

- Es kommt zu einer Kontraktion der Investitionstätigkeit auch des Kapitals (vgl. Demirovic/Sablowski 2011, S.84), was die mit der tendenziellen Falls der Profitraten verbundenen Krisentendenzen dämpft.

Eine erste Zusammenfassung

Eingangs wurden drei Konzeptionen von Zeit dargestellt und diskutiert. Während eine methodologisch individualistische Betrachtung von Zeit letztendlich dazu führt, dass Dynamik im Allgemeinen nicht erklärt werden kann und eine sozialwissenschaftliche Zeitbetrachtung jenseits streng empirischer Aussagen (anhand derer nicht erklärt werden kann, was sie eigentlich erklären) nicht erfolgen kann, ist ein Zeitbegriff, der Gleichzeitigkeit voraussetzt, nicht angemessen für einen Begriff von Gesellschaft, die sich als komplexes, strukturiertes Ganzes darstellt. Verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche weisen unterschiedliche temporale Logiken auf, die sich nicht auf eine Basiszeit reduzieren lassen.

Anhand dieser Ausführungen wurden in einem nächsten Schritt die Grundkategorien marx'scher Kapitalismusanalyse aufgearbeitet unter Bezugnahme auf die Analysen David Harveys. Die Notwendigkeit eines temporalen Zusammenhangs ergibt sich dabei bereits durch den monetären Charakter dieser Produktionsweise. Im Zusammenhang mit inhärenten Widersprüchen der Akkumulation wurden drei Verhältnisse aufgezeigt, die den Zusammenhang zwischen gesellschaftlich notwendiger Umschlagszeit und der Zusammensetzung des Kapitals beeinflussen.

In weiterer Folge wurde das Bild komplexer angereichert durch zinstragendes und fiktives Kapital, wobei einerseits der Zinssatz als Maß der gesellschaftlich notwendigen Umschlagszeit dargestellt wurde und andererseits in der Ausgestaltung moderner Zentralbanken bereits eine Grenze des Gegenstandes der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise erreicht wurde, da Entscheidungen von Zentralbanken immer auch politischer Natur sind. Bei unterschiedlichen Entscheidungen verschiedener Zentralbanken würden sich unterschiedliche gesellschaftlich notwendige Umschlagszeiten verschiedener davon jeweils betroffener Formationen ergeben.

David Harvey wiederum versucht, diese zeiträumliche Organisation mit dem Begriff der Spatio Temporal Fixes und dem Konzept verschiedener Kapitalkreisläufe zu fassen. Die Diskussion dieses Konzeptes zeigt die Grenzen einer eng an der Kritik der politischen Ökonomie orientierten Analyse, da zentrale Akkumulationsbedingungen in der Regel nicht warenförmig bereitgestellt werden und teilweise auch gar nicht warenförmig bereitgestellt werden können.

Wie im ersten Kapitel dargestellt wirken in einer Gesellschaft mehrere temporale Logiken. Für den Fortgang der Akkumulation ist also nicht nur die temporale Organisation des Akkumulationsimperativs entscheidend, sondern auch die Eigenzeitlichkeiten nicht-kapitalistischer Produktionsverhältnisse und einer Reihe an Kreisläufen.

Eine Theorie, um diese Vielzahl temporaler Erfordernisse zu fassen, ist die Regulationstheorie. Auf Basis der strukturalen Marx-Interpretation Louis Althusser's entwirft die Regulationstheorie eine Reihe von Konzepten mittlerer Reichweite. Das Akkumulationsregime bezeichnet dabei einen Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion und wird unter fünf verschiedenen Dimensionen untersucht, wobei eine der Dimensionen den zeitlichen Horizont der Kapitalbildung und -verwertung darstellt. Diese Dimension kann aber nicht nur zeitlich, sondern muss auch räumlich gedacht werden, wie andererseits auch die anderen Dimensionen (Produktionsprozess, Zusammensetzung der effektiven Nachfrage, Artikulation mit nicht-kapitalistischen Produktionsverhältnissen sowie Aufteilung auf in Löhne, Steuern, Profite, Renten) temporale Aspekte aufweisen.

Die Frage, nach der die Theorie jedoch benannt ist, betrifft die tatsächliche Reproduktion eines Akkumulationsregimes. Die Frage also nach der Struktur, die aus der Möglichkeit der Reproduktion die tatsächliche Reproduktion durch Regulation der Widersprüche eines Akkumulationsregimes erreicht. Das namensgebende Konzept der Regulationsweise ist dabei auf einer konkreteren Analyseebene angesiedelt und nimmt vier strukturelle Formen (Lohnverhältnis, Geldverhältnis, Konkurrenzformen und Staat) in den Blick, die als Invarianten kapitalistischer Entwicklung in historisch konkreter Ausgestaltung die Akkumulationsregimes regulieren. Die Regulation i.S. der Erhaltung einer Synchronie könnte dabei als raumzeitlicher Fix angesehen werden, wenngleich mit anderer theoretischer Fundierung als bei Harvey.

Im Rahmen der Periodisierung von Gesellschaften bilden Akkumulationsregimes und Regulationsweisen zusammen eine Entwicklungsweise. Ihr jeweiliges Ende markieren Krisen, wobei der Krisenbegriff in diesem Fall nicht einfach eine ökonomische Krise bezeichnet, sondern im Gegensatz zu solch „kleinen Krisen“ die großen „organischen Krisen“ jene „Momente“ bezeichnen, in denen ökonomische (kleine) Krisen nicht mehr reguliert werden können, also die Krisenbearbeitung als Teil der Regulationsweise wie auch die Regulationsweise selbst in die Krise gerät. Dabei kann sich eine derartige organische Krise auch über einen längeren Zeitraum hinziehen, aus vielen kleineren, sich beschleunigenden und die Welt umrundenden Krisen bestehen. Das Kriterium sei ein Wechsel in der dominanten strukturellen Form im Rahmen einer Regulationsweise.

Der Staat nimmt eine Sonderstellung ein, insofern als dass er Konflikte um verschiedene Projekte der Regulation bündelt bzw., mit Poulantzas gesprochen, eine materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen darstellt. Diese verdichten sich in einem Machtblock, der zwei verschiedene Hegemonien herstellt. Einerseits die Hegemonie einer Fraktion im Machtblock, andererseits stellen Fraktionen im Machtblock eine Hegemonie über die Subalternen her (die verschiedenen Hegemonien müssen nicht auf derselben räumlichen Ebene oder von derselben Fraktion hergestellt werden). Die strukturelle Form des Staates bezeichnet hier das historisch konkrete Terrain, das zu einem Staat verdichtet und reguliert wird. Verschiedene Staatsapparate auf verschiedenen Ebenen weisen dabei auch unterschiedliche Selektivitäten für die unterschiedlichen Fraktionen – herrschende wie beherrschte – auf. Probleme können priorisiert oder auf die „lange Bank“ geschoben werden.

Verschiedene Klassen(Fraktionen) und durch sie vorangetriebene Strategien implizieren verschiedene räumliche und zeitliche Skalen, durch die sich auch Akkumulationsteilregimes bilden können. Dabei sind auf internationale Ebene stärkere, kohärentere (d.h. auch synchronere) Machtblöcke in der Lage, langfristige Strategien zu formulieren und zu implementieren, was darauf schließen lässt, dass jene Formationen auch längere Umschlagzeiten ermöglichen. Auf internationaler Ebene kommt es so zu strukturellen Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten. Abhängige Formationen zeichnen sich durch inkohärente Kapitalkreisläufe und mangelnde Kapitalgüterindustrien aus, von denen ausgehend die Möglichkeit der Entwicklung eines kohärenten Produktivsystems bestünde und bilden so starke Produktivitätsunterschiede und Ungleichheiten aus („strukturelle Heterogenität“). Auf politischer Ebene sind internationale Fraktionen über bestimmte nationale Fraktionen in den Machtblock eingebunden, wobei dies abgeschwächt auch für die dominanten Formationen gilt. Zwei Entwicklungsweisen wurden in der Folge mit Fokus auf ihre jeweiligen zeiträumlichen Fixes dargestellt, der atlantische Fordismus und das internationale finanzdominierte Akkumulationsregime. Zusammengefasst wies der Fordismus eine ausgeprägte Langzeitorientierung aus, in der bei verlässlicher effektiver Nachfrage Produktivitätsgewinne zu vergrößertem Ausstoß führten. Dies wurde gewährleistet durch langfristige Arbeitsverträge mit ausgedehnten kollektiven Lohnbestandteilen wie z.B. Kranken- und Pensionssystemen, staatlicher Konsumsteuerung wie auch massiver Staatsintervention und (die Zirkulationszeit komprimierende) Infrastrukturbereitstellung (die einerseits die Nachfrage beeinflusste, andererseits die Bedingung für die fordistische Konsumnorm bildete) im nationalstaatlichen Rahmen. Darauf aufbauend entstanden tayloristisch organisierte, Skaleneffekte nutzende großer Kapitale mit hoher organischer Zusammensetzung die permanent obsoleszentes

konstantes Kapital zum Preis anziehender Inflation entwerten konnten (monopolistische Regulation). Geld wurde vor allem als nationales Kreditgeld ausgegeben, wobei der gesamte Finanzsektor mit massiven (nationalstaatlichen) Auflagen versehen und globale Kapitalmärkte kaum ausgebildet waren.

Das den Fordismus seit Ende der 70er Jahre ablösende finanzdominierte Akkumulationsregime zeichnet sich demgegenüber durch deutlich kurzfristigere Horizonte aus, eine Kontraktion effektiver Nachfrage (und ihre Beeinflussung durch Konsumkredite) und Investitionstätigkeiten, einem massiven Zuwachs des Finanzsektors, einer Internationalisierung auch von Produktion und Finanzen, die Aufspaltung großer Konzerne in kleinere Einheiten mit geringere Umschlagszeit und Nutzung lokalisierter Vorteile, einer verstärkten konkurrenziiellen Regulation, einer gesteigerten Bedeutung von Renten und der verstärkten internationalen Bedeutung von Währungen. Das bewirkt eine Vielzahl von verschiedenen Kreisläufen, deren Zeitlichkeiten auf nationaler Ebene immer schwieriger zu synchronisieren sind. Das führt einerseits zu verstärkten internationalen Regulationsformen, andererseits zu einer dennoch instabileren Akkumulation. Von einem Beispiel hierfür, unter Umständen gar dem letzten, handelt das folgende Kapitel.

Konzentrierte Kontinuität, exportierte Zerstörung

Das folgende Kapitel untersucht die Bearbeitung der Finanzkrise ab 2007 und die darauffolgende, im Wesentlichen bis heute, andauernde historische Phase in der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung ihrer temporalen Aspekte. Als Beispiel für eine empirische Untersuchung anhand der zuvor geschärften Kategorien bieten sich die europäischen Akkumulationsteilregime m.E. an, da es sich einerseits um eine stark integrierte Großregion handelt, die aber dennoch aus mehreren Nationalstaaten besteht. Probleme der Synchronisierung verschiedener Zeitlichkeiten müssten daher in diesem Fall verstärkt auftreten. Es soll nachgezeichnet werden, wie sich die Verschiebung von Krisen konkret darstellt. Der Abschnitt orientiert sich zum Teil an der Methodologie von Bieling (vgl. 2013a, S.285ff.). Dieser unterscheidet drei Ebenen. Einerseits werden auf einer einfach-abstrakten Analyseebene Entwicklungsweisen in von der kapitalistischen Produktionsweise dominierten Gesellschaften untersucht. Dies findet sich in den vorhergehenden Kapiteln. Die von ihm eingeforderte verstärkte Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Kämpfe beschränkt sich m.E. auf dieser Ebene auf die Analyse jener dominanten strukturellen Formen, die die Schwachstelle einer Entwicklungsweise darstellen.

In einem zweiten Schritt wird auf einer konkreter-komplexeren Ebene ein hegemonialer Block analysiert. Im Rahmen dieser Arbeit handelt es sich dabei um das ebenfalls weiter oben ausgeführte Verhältnis zwischen hegemonialer Klassenfraktion, Machtblock und Subalternen.

Die europäischen Fordismen

Die europäische Integration mit der Einbindung der BRD nach dem zweiten Weltkrieg kann vor allem auch als eine Einhegungsstrategie gesehen werden, vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz und der Verheerungen zweier Weltkriege. Die Furcht v.a. in Frankreich betraf, neben der kommunistischen Gefahr, die deutsche Industrieproduktion, die nicht „prematurely“ expandieren sollte (vgl. van der Pijl et.al. 2011, S.389). Stattdessen lautete die Strategie, deutsche Projekte nicht aufzuhalten, aber zu europäisieren. Dies kann als strategisches Re-Scaling verstanden werden, indem der französische Machtblock (mit auf regionalen Ungleichzeitigkeiten beruhenden gesellschaftlichen Antagonismen) und Interessen deutscher Kapitalfraktionen sich in europäischen Institutionen verdichteten, anfangs, 1952, in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Angesichts der großen Absatzmärkte, die die fordistisch organisierten Betriebe aufweisen mussten, kann man durchaus annehmen, dass gerade für die mit der Kohle- und Stahlproduktion verbundenen Kapitalfraktionen die EGKS auch gerade „rechtzeitig“ gegründet wurde.

Die europäische Integration beschränkte sich dabei zuvorderst auf Gütermärkte, während Dienstleistungen und vor allem auch die Organisation des Finanzsektors auf nationaler Ebene verblieben, ebenso der Kapitalverkehr. Vor allem, aber nicht nur der Finanzsektor unterlag oft noch zusätzlichen sektoralen und regionalen Auflagen (vgl. Bieling 2006, S.327), die europäische Integration war damit Teil der Regulation des atlantischen Fordismus und ermöglichte erst die Synchronisierung der Gesellschaftsformationen auf nationaler Ebene.

Auch daher brach die Krise des Fordismus nicht überall zum gleichen Zeitpunkt aus, ebenso war der Verlauf und der Übergang zu einer neoliberalen, nachfordistischen Entwicklungsweise sehr unterschiedlich. Trotz dieser Unterschiede ist sie durch die im vorigen Kapitel aufgezeigten Tendenzen des Akkumulationsregimes in Richtung einer zunehmenden Finanzialisierung, Extrovertierung und konkurrenzeller Regulation gekennzeichnet. Wenngleich Engelbert Stockhammers Ansicht (2009, S.331), ein Bündnis des Finanzkapitals mit jenem des Industriekapitals hätte ein Bündnis aus Letzterem mit der Arbeiterklasse abgelöst, staatstheoretisch nicht hält, ist die Produktion von Hegemonie über die Subalternen doch auf jeden Fall viel weniger durch die Beachtung der in gewerkschaftlich gebundenen ArbeiterInnen vor allem jenseits unmittelbarer korporativer Bereiche, dafür aber stärker durch

selektive Einbindung zunehmend fragmentierter Teile der Arbeiterklassen und anderen Klassenfraktionen geprägt.

Als „Sargnagel“ des europäischen Fordismus kann das Projekt der französischen Linken unter der Präsidentschaft Mitterands gelten. Als Antwort auf krisenhafte Entwicklungen der 1980er Jahre scheiterte eine Strategie der verstärkten monopolistischen Regulation mit durchaus ambitionierten Zielen und erhöhten staatlichen Ausgaben. Einerseits bestätigten sich die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der konjunkturellen Flaute in den anderen Formationen nicht. Andererseits aber war, unter den Bedingungen freien Güterverkehrs und im Rahmen nur innerhalb eines „Bandes“ sich verändernder Wechselkurse der Europäischen Währungen, eine bereits zuvor forcierte Stärkung nationaler Champions (anstelle einer Fokussierung auf die Schaffung integrierter Produktionsketten in einem Produktivsystem) nicht in der (von AkteurInnen wie u.a. der deutschen Bundesbank) „gegebenen Zeit“ zu ändern. Im Ergebnis scheiterte der Kurs der Mitterand-Regierung an internationalen Konkurrenzbedingungen (derer sie sich aber auch nicht durch Ausscheren aus dem bereits dem Euro ähnelnden Europäischen Währungssystem – EWS - entziehen wollte. Es handelte sich um eine politische Entscheidung) (vgl. Schneider 2017, S.149ff.). Es handelt sich dabei m.E. um ein Beispiel nicht mehr im Rahmen einer Entwicklungsweise bearbeitbarer Krisen, wobei der internationale politische Aspekt hierbei nicht zu übersehen ist. Das Projekt der französischen Linken endete mit einer austeritätspolitischen Wende, in deren Folge die der finanzdominierten Akkumulation entgegenstehenden politischen Projekte in Europa aufgegeben wurden.

Von Stagnation zum Euro

Die 1980er Jahre waren von einem zunehmenden Rückstand der europäischen Volkswirtschaften gegenüber Konkurrentinnen in den USA und Japan geprägt, als „Eurosclerose“ bezeichnete Stagnationstendenzen standen am Beginn einer neuen Entwicklungsweise.

Als Ergebnis von Suchprozessen nahm der Prozess der zunehmenden Integration zu einer Europäischen Union Fahrt auf und setzte sich vor allem mit dem Projekt der einheitlichen europäischen Akte und in der Folge mit den Verträgen von Maastricht sowie der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes durch, der die neoliberale Wende bereits deutlich machte (vgl. Oberndorfer 2015).

Als eine der letzten hörbaren Alternativen gegenüber der Dominanz neoliberaler Regulationsstrategien kann vor allem die von französischen Regierungen favorisierte stärker interventionistische und protektionistische Strategie der schon unter Mitterands

Vorgängerregierung favorisierten Schaffung „europäischer Champions“ (vgl. van der Pijl et.al. 2011, S.391) gesehen werden – eine Strategie, die wenig später auch in Frankreich selbst nicht mehr viele AnhängerInnen haben sollte, als die Champions nicht mehr geschaffen werden mussten und einerseits ihre Regulation im Rahmen neoliberaler Strategien gedieh (Holman 1999, 38ff.), andererseits aber auch kaum mehr die Instrumente bestanden, weitere Champions zur Schaffung eines darauf bestehenden Produktivsystems zu schaffen (vgl. Schneider 2017, S.174ff.). Flankiert wurde dies im Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie im Vertrag von Lissabon auch als bewusste europäische Strategie formalisierter neoliberaler Entwicklungskorridore (vgl. Bieling 2006, S. 329).

Für die relativ neu zur Europäischen Union hinzugekommenen Staaten Südeuropas bedeutete die zunehmende Integration, wenn überhaupt, dann nur scheinbare Konvergenz. Anders als modernisierungstheoretische Paradigmen nahelegen, durchliefen diese nicht etwa in allenfalls unterschiedlicher Geschwindigkeit die Entwicklung der fortgeschrittenen Länder. Die zeitgleiche Zunahme nichtindustrieller Aktivitäten in den verschiedenen europäischen Formationen verweist nicht etwa auf gleiche Prozesse. Es kam zu einer „vorreifen Deindustrialisierung“, wobei Schneider (2017, S33) absolut recht zu geben ist darin, dass die Einteilung in „Reif“ und „Vorreif“ eben nicht in teleologischer Weise verstanden werden darf. Dabei ist die nachfordistische Entwicklung auch gekennzeichnet von differenziellen Tendenzen der Finanzialisierung und der unterschiedlicher werdenden Profile verbliebener Industrien, wie auch Reindustrialisierungsprozessen nach 1990 vor allem in den später der Union beigetretenen Staaten Osteuropas.

Der sich transnationalisierende Machtblock blieb dabei widersprüchlich, sowohl hinsichtlich sektoraler wie auch geographischer Kriterien, wenngleich aber unter einer neoliberalen Hegemonie, die sich auch mit der vermehrten Präsenz sozialdemokratischer Parteien in Regierungen beginnend mit Ende der 1990er Jahre nicht abschwächen sollte.

Die Einführung einer gemeinsamen Währung, nach einem Jahrzehnt forcierter finanzieller Integration, wiederum ein Projekt zur Einhegung der Dominanz in diesem Fall der D-Mark, trug nicht zur Beförderung der Konvergenz bei. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sah einerseits die Festschreibung verbindlicher Defizitgrenzen, Inflationsziele und Schuldenstände für die Mitglieder vor. Andererseits wurde mit der EZB die „unabhängigste Zentralbank der Welt“ gegründet, deren primäres Ziel sich auf die Einhaltung der Geldwertstabilität verengte, erst nachgereiht soll die gemeinsame Wirtschaftspolitik unterstützt werden (vgl. Schneider 2017, S.80).

Während die Internationalisierung des von Deutschland dominierten Produktivsystems sich intensivierte (vgl. van der Pijl et.al 2010), hieß dies aber erstens mitnichten, dass sich vergleichbare Akkumulationsbedingungen universalisieren würden und es zu einem nichthierarchisierten Raum käme. Die Eingliederung vor allem Osteuropas blieb auf peripherer Basis, während die Akkumulationsbasis der südeuropäischen Länder weiter erodierte. Zweitens zeigt sich auch, dass die Kohärenz des deutschen Produktivsystems sich auch in einer nationalen Klassenformierung trotz Internationalisierung widerspiegelt. Netzwerkanalysen zur Internationalisierung von Aufsichtsräten (vgl. Carrol et.al. 2010) zeigen einerseits eine Zunahme deutscher Querverbindungen – die totgesagte nationale Ebene reproduziert sich also in diesen Gremien, wobei sich in dieser dann wiederum exportorientierte Monopolfraktionen durchsetzen, anders als in südeuropäischen Formationen, wo die Akkumulation auf Basis fiktiven und zinstragenden Kapitals zusehends wichtiger wurde (vgl. Becker 2012, S.168).

Zweitens zeigt sich eine besonders starke Präsenz Deutscher VertreterInnen im ERT, dem European Roundtable of Industrialists, einem auf europäischer Ebene immens einflussreichen Interessenverband (vgl. Carrol et.al. 2010).

Das Ergebnis dieser differenziellen Integration war einerseits die Schaffung eines Defizitkreislaufs auf europäischer Ebene. Südeuropäische Länder wiesen wachsende Leistungsbilanzdefizite auf, der Block um Deutschland dagegen Überschüsse. Zentraler noch als die Leistungsbilanzen sollten sich aber die Zahlungsbilanzen erweisen, denn die finanzielle Integration führte aufgrund der bedingt durch die Euro-Einführung historisch niedrigen Zinsen (die in einigen Ländern effektiv zu Negativzinsen führten) zu einer massiven Ausweitung der Konsumkredite in den südeuropäischen Ländern, während vor allem die in Deutschland ergriffenen Maßnahmen zur Lohnzurückhaltung beginnend mit den 2000er Jahren erst gegen Ende des Jahrzehnts die Wirkung einer zusätzlichen weiteren Stimulierung des Exportsektors zeitigen sollten (vgl. Bieling 2015, S. 101). Auch in diese Phase fällt die Schaffung und Verfestigung eines „zweiten Rings“ (den ersten bilden Industrien in Ländern wie Österreich, den Niederlanden und Schweden) in der Struktur des auf Deutschland zentrierten Produktivsystems in den Staaten Osteuropas, mit Ausnahme der peripher finanzialisierten Länder des Baltikums und Südosteuropas (vgl. Becker 2011).

Die finanzielle Integration förderte nicht etwa die Konvergenz, im Gegenteil. Andererseits schien die Entwicklung bei bloß oberflächlicher Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtrechnung (auf der die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts fußt) nicht besorgniserregend.

Die Krise und ihre Bearbeitung: Asynchronität in der EU

Problematisch war aber einerseits, dass in diesem neofordistischen Segment die Staaten Südeuropas zunehmend mit Kapitalen aus China und Osteuropa zu konkurrieren begannen. Spätestens der EU Beitritt der osteuropäischen Staaten veränderte auch die Verhältnisse im europäischen Machtblock, vertiefte die Widersprüche und stärkte die Position nordeuropäischer Länder und Deutschlands als deren Zentrum. Dabei kann angenommen werden, dass die von Poulantzas noch als „innere Bourgeoisie“ bezeichneten Fraktionen zunehmend an Einfluss verlieren, bzw. ihre erodierende Akkumulationsbasis dazu Anlass bietet, wobei Fraktionen mit einer davon unterschiedenen Akkumulationsbasis bislang ihre Funktion nicht einnehmen können, bzw. ihre Basis Erosionstendenzen aufweist. Die Handelsverflechtungen zwischen Deutschland und den südeuropäischen Ländern gingen zurück oder stagnierten. Dabei ist dies eben weniger zurückzuführen auf die oftmals als entscheidend angesehene (zu geringe) effektive Nachfrage in Deutschland, sondern das Exportprofil diverser südeuropäischer Länder sowie den durch die Euro-Einführung massiv gefallen Zinsen in diesen Ländern. Diese verblieben in der Kategorisierung Lipietz' (vgl. weiter oben) in einem stark tayloristisch geprägten Paradigma, dass die Produktion von Gütern mittlerer und niedriger Komplexität beförderte (vgl. Storm/Naastepad 2014).

Die Integration zwischen dem Block um Deutschland und den Krisenländern, zumindest im Zeitraum zwischen 2000 und 2008, waren also zuvorderst durch finanzielle Kreisläufe geprägt (vgl. Heine/Sablowski 2015, S.571ff), die in dieser Darstellung erst die massiven Zahlungsbilanzdefizite erwachsen ließen.

Die Portfolioinvestitionen konzentrierten sich jedoch nicht auf produktive Sektoren sondern vor allem auf die Finanzierung des konsumtiven Konsums und führten zu einer Akkumulation fiktiven Kapitals auf dieser Basis (vgl. Heine/Sablowski 2015, S.791). Die südeuropäische Formationen weisen Prozesse einer peripheren Finanzialisierung auf, wobei langfristige Investitionen, beispielsweise in die gebaute Umwelt (eine besondere Rolle nehmen hier Immobilien und die damit verbundenen Preisblasen ein), durch kurzfristigere Kredite bei zumindest zeitweilig auch vor allem aufgrund der Inflation deutlich niedrigeren Kapitalkosten finanziert werden. Dabei ist nicht die Frage zentral, ob es sich um öffentliche oder private Verschuldung handelt(e), zumal durch die strikte Politik der EZB sich Staaten mit demselben Liquiditätsproblem wie private AkteurInnen konfrontiert sehen. Bei diesem Aspekt handelt es sich mitnichten um einen Konstruktionsfehler, sondern um Intention (vgl. Becker 2002, S.251ff.). Dabei sollte aber nicht auf notwendige Differenzierungen vergessen werden. Es waren keineswegs deutsche Institute im Speziellen, die in diesem Kreislauf eine

Führungsposition einnahmen. (vgl. Dooley 2019, S.76) Zweitens nahmen sich diese Tendenzen in Frankreich und Italien anders aus, Becker spricht im Rückblick (2018, S29ff.) von „niedergehenden Zentren“. Drittens ist eine im hohen Maße finanzialisierte Ökonomie mitnichten gleichbedeutend mit einer peripheren Stellung in der globalen Arbeitsteilung. Neben Finanzialisierungstendenzen in der Industrie in metropolitanen Ländern trifft das besonders auch auf Britannien zu.

Bei Ausbruch der Bankenkrise in den USA kam es in der Krisenbearbeitung aufgrund unterschiedlicher Einbindungen zu massiven Ungleichzeitigkeiten auf europäischer Ebene (vgl. auch Becker, 2011, 2012). Diese sind neben den Widersprüchen innerhalb der Eurozone auch von der Integration in ein internationales „Dollar Wallstreet Regime“ geprägt, das die Immobilienkrise auf dem US-Häusermarkt global übertrug, über Finanz- wie auch über Warenmärkte.

Dabei identifiziert Bieling (2013a, S.289ff.) zwei Phasen: Jene am Anfang, an dem die Rettung des in die Krise geratenen Bankensystems stand, sowie eine zweite, in der sich die Banken- zu einer Staatsschuldenkrise verschob und seither mit auf Dauer gestellten Austeritätspolitiken reguliert wird. In die zweite Phase fällt auch der Höhepunkt der Instabilität der Europäischen Währungsunion, als viele südeuropäischen Staaten mit einem zuvor peripher finanzialisierten Akkumulationsteilregime sich durch Bankenrettung einerseits und aufgrund mangelnden Vertrauens andererseits rasant steigenden Kosten für die Refinanzierung über Staatsanleihen andererseits in massiver Gefahr sahen.

Die Bankenrettungspakete der ersten Phase erreichten dabei beachtliche Höhen, wurden aber dennoch in ganz Europa verabschiedet, wobei die Probleme in den stärker finanzialisierten Formationen deutlich größer waren, während in den Überschussländern die Krise vor allem durch einbrechende Exporte verursacht war.

Die gesellschaftliche Basis dieser Politik bildeten die Fraktionen des Exportkapitals sowie Gläubiger mit Unterstützung von in Fremdwährung verschuldeten Mittelklassen (vgl. Becker et.al. 2015, S.90), in deren Interesse ein (stabiler) Euro sowie solvente und überhaupt funktionsfähige Wertpapiermärkte lagen.

Noch vor der südeuropäischen Peripherie betrafen Staatsschuldenkrisen die besonders massiv von Kapitalimporten abhängigen baltischen Staaten und andere osteuropäische nicht-Euro Staaten wie Ungarn – wobei nicht vergessen werden sollte, dass neoliberale Klassenfraktionen durchaus zumindest in manchen dieser Staaten hegemonial waren. Auch die später in Griechenland zu deutlich mehr Ruhm gekommenen Austeritätspolitiken fanden hier ein

Experimentierfeld, noch bevor sie in Südeuropa zur Anwendung kamen (vgl. Becker 2012, S.170).¹²

Dabei wurde mit dem „Sparen“ nicht gespart. Bedingt durch den Austeritätskurs sank in Lettland beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2008 und 2010 um 25% (vgl. Becker 2011), während die Arbeitslosenrate 21% erreichte – wohlgemerkt bei gleichzeitiger „Massenflucht“ von Menschen im arbeitsfähigen Alter (vgl. FT 2012). Über die Hälfte der Krankenhäuser des Landes wurden geschlossen (vgl. Salzmann 2012)

Diese ursprünglich auf unterschiedlicher Währungszugehörigkeit und der austeritätspolitischen Krisenbearbeitung der deutschen Regierung (vgl. auch Dooley 2019) basierende Ungleichzeitigkeit stärkte die Festschreibung i.S. einer Pfadabhängigkeit. In der Eurogruppe konnten zuvor bereits in verschiedenem Ausmaß von der Krise erfasste Regierungen später nur zum Preis ihrer eigenen völligen Delegitimierung Austeritätspolitiken ablehnen, die sie ja zuvor selbst implementiert hatten, zumal die Einschnitte wie oben gezeigt massiv und in vielen Fällen wohl zumindest innerhalb der herrschenden Konstellation irreversibel waren und sind.

Die Europäische Union umfasst, vorerst als Ergebnis von Jahrzehnten differenzieller Integration, im Rahmen eines internationalen, finanzdominierten Akkumulationsregimes mehrere Akkumulationsteilregime. Die EU ist kein Nationalstaat, eine breite Mehrheit der Staaten teilt sich jedoch eine Währung, ohne dass es eine mit einem Nationalstaat vergleichbare Apparatur gäbe, die die verschiedenen Akkumulationsteilregime, die sich noch dazu über mehrere Staaten erstrecken, regulieren könnte.

Es wundert daher nicht, dass, wie Wayne Hope (2011, S.115) schreibt, die „Europäische Union keine kohäsive zeiträumliche Struktur konstituiert“.

Jedoch steht im Jahr 2019 diese Konstellation paradoxerweise noch in einem der längsten bzw. dem längsten Konjunkturaufschwung der Nachkriegsgeschichte. Folgend soll entlang der strukturellen Formen jedoch detailliert nachgezeichnet werden, warum auch das im globalen

¹² Bieling übersieht m.E. jedoch einen Aspekt, wenn er erst für die zweite Phase von einer durch Austeritätspolitiken regulierten Staatschuldenkrise, die primär durch die Politik der Währungsunion verursacht ist (deutlicher noch Bieling 2015, S.101), ausgeht. Diese Formationen waren zwar in die europäischen Kapitalkreisläufe integriert. Die Entscheidung für eine Austeritätspolitik kann jedoch mit den Institutionen der Währungsunion nicht allein erklärt werden und in einigen Fällen auch nicht mit ökonomischer Notwendigkeit, so beispielsweise im Fall der in das deutsche Produktivsystem integrierten Formationen Osteuropas (mit der Ausnahme Ungarns), deren in geringem Ausmaß finanzialisierte Ökonomien nicht auf direktem Wege von der Finanzkrise betroffen waren, wie Becker selbst ausführt (vgl. Becker 2011, S.80ff.).

Vergleich einzigartig hohe Ausmaß der Internationalisierung von Staatsapparaten auf europäischer Ebene an der Synchronisierung von Zeitlichkeiten verschiedener Teilakkumulationsregime und ihrer Regulationsweisen scheitert.

Eine zweieinhalbte Phase

Das Lohnverhältnis ist von der Reproduktion der Ungleichzeitigkeiten geprägt, wenngleich sich dennoch womöglich eine Konvergenz abzeichnet. In den metropolitanen Formationen um das deutsche Produktivsystem kommt es zu einer zunehmenden Dualisierung zwischen jenen Sektoren, in denen langfristige Einbindung und Kooperation der Lohnabhängigen notwendig ist und jenen, die davon wenig profitieren können. Dabei aber erfassen die Erosionstendenzen immer mehr Bereiche jener (oftmals exportorientierten) Sektoren, deren Wettbewerbsvorteil bisher auf einer Ausgestaltung des Lohnverhältnisses beruhte, dessen langfristige Orientierungen fördernde Ausgestaltung sich erst wieder durch die (öffentlich subventionierte) Kurarbeitsregelungen zeigte. Auch zeigt sich daran, dass eine gesteigerte Nachfrage auch des konsumtiven Konsums, selbst wenn das bereits eine hinreichende Strategie wäre, die latente Krise zu überwinden, nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil lassen die nun bereits über eine lange Zeit niedrigen Zinsen (unter der Bedingung kapitalisierter Alterssicherungssysteme) und steigende Wohnkosten auch in Zukunft bei Fortschreibung dieser Entwicklungen nicht auf eine expandierende Nachfrage (z.B. für Deutschland: Prokla Redaktion 2016, S.538ff.) zumindest in den stark exportorientierten Formationen schließen, während die Steigerung der Nachfrage über die Kreditausdehnung bereits an ihre Grenze gestoßen ist.

Die „wettbewerbsstaatliche“ Regulation in Osteuropa zeigt in noch größerem Ausmaß Anzeichen, eine auf produktive Kapitale zielende Regulation zu unterminieren. Einerseits sind die Arbeitsverhältnisse immer noch deutlich prekärer und flexibler als in anderen Teilen Europas. Andererseits ist auch die für eine Weiterentwicklung der industriellen Prozesse hin zu komplexeren Funktionen sowie Koordinationsfunktionen notwendige stärkere Qualifizierung der Arbeitskraft nicht festzustellen. Im Gegenteil gibt es angesichts der Probleme der erweiterten Reproduktion des Lohnverhältnisses Tendenzen der Verringerung der Zeiträume der Qualifizierung der Arbeitskraft (vgl. Hungarian Spectrum), wobei gleichzeitig Migrationsprozesse und geburtenschwache Jahrgänge auch der Zukunft dieses Teilakkumulationsregimes enge Entwicklungskorridore setzen dürften (vgl. Bohle 2009, S.284ff.).

Einige „Flexibilisierungsrunden“ später kann auch in den Staaten Südeuropas noch weniger als zuvor die Rede von langfristige Bindungen und Planungssicherheit tragende Arrangements

sein, wobei für Länder wie bspw. Italien derartige Tendenzen auch schon in den 1990er Jahren identifiziert wurden (vgl. Gabbi et.al. 2016, S.242). Für Investitionen wiederum in David Harveys „tertiären Kapitalkreislauf“, also Forschung und Qualifizierung zu einer eventuellen Steigerung der Produktivkraft i.S. eines strategischen Aufbaus struktureller Wettbewerbsfähigkeit fehlen wohl nicht nur Zeit, sondern aufgrund der rigiden Austeritätspolitik im Rahmen der EWWU und später des SWP (dazu unten mehr) Investitionsmittel wie auch Instrumente (vgl. dazu auch Schneider 2017, S.149ff.), beispielsweise oben angesprochene Kurzarbeit. Die verstärkte Exportorientierung hat denn nun auch kaum zu einem Exportboom geführt, die Handelsbilanzen wurden vielmehr durch kontrahierende Importe ausgeglichen (vgl. Dodig et. al. 2016, S.24).

Eine wichtige Rolle spielten dabei die sanktionsbehafteten Mechanismen des europäischen Semesters (das eine Synchronisierung der wirtschafts- und Fiskalpolitiken zum Ziel hatte) und der im Gefolge der Krise 2011 durch das so genannte „Six Pack“ verschärften Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) versuchen (vgl. Oberndorfer 2015, S.193ff.), Lohnpolitiken auch auf europäischer Ebene festzuschreiben mit der Zielsetzung, die Rolle von Löhnen als Stellschraube von Lohnstückkosten weiter einzuzementieren. Strukturelle Wettbewerbsfähigkeit wird dabei freilich nicht beachtet, es dominiert ein klassisches gleichgewichtstheoretisches Bild (vgl. Sablowski et.al 2018, S.5ff.). Instrumente hierfür sind die Dezentralisierung von Tarifverhandlungen, Flexibilisierung von Arbeitsverträgen und ähnliches, mit denen die Länder nach einer Verwarnung demonstrieren müssen, wie sie wieder in einen Budgetpfad innerhalb der Kriterien des SWP, die eine Neuverschuldung unter 3% für Länder mit Schuldenständen über 60% des BIP vorsehen, kommen wollen, ansonsten drohen Strafzahlungen. M.E. ist aber eigentlich unklar, ob die Sanktionsmechanismen überhaupt Wirkung entfalten über eine unterstützende Rolle für eine bestehende diskursive und politische Hegemonie für kompetitive Austeritätsmaßnahmen in den einzelnen Nationalstaaten hinaus. Mit Ausnahme Italiens 2019 hat die EU Kommission noch nie einer Regierung ein Defizitverfahren auch nur angedroht (vgl. die Welt 2019). Die allgemeine Durchsetzungsfähigkeit wird sich m.E. in einer nächsten Krisenphase beweisen, wenn u.U. auch Regierungen von Formationen, deren Regulierung stärker auf produktive Kapitale abzielen, auf Druck europäischer Institutionen zur Flexibilisierung von Arbeitsmärkten gezwungen werden sollten.

Die Desintegration großer Unternehmen um dominante fokale Unternehmen differenziert die Arbeitsbedingungen auch innerhalb der einzelnen Formationen und untergräbt die

Bedingungen gewerkschaftlicher Organisation (vgl. Prokla Redaktion 2016, S.510) ebenso wie sich verkürzende Betriebszugehörigkeiten in flexibilisierten Arbeitsmärkten.

Die verräumlichte Ungleichzeitigkeit kann im Rahmen des bestehenden internationalen, finanzdominierten Akkumulationsregimes auch nicht ausgeglichen werden, da die konsumtive Nachfrage, wenn schon nicht in den einzelnen Staaten selbst oder der EU als Ganzes, so doch zumindest global erst zusätzlich entstehen müsste. Angesichts von aufgrund ökologischer Grenzen nicht verallgemeinerbaren spezifischen Konsumnormen ist dies darüber hinaus schwer denkbar, auch unter Bedingungen von im Vergleich zur fordistischen Phase modifizierten Konsumnormen ist beispielsweise immer noch die Autoindustrie die Kernbranche des globalen Kapitalismus (vgl. Wolf 2019, S.39ff; in Deutschland stellte die Automobilindustrie bspw. 2004 von mindestens sieben Industriezweigen mehr als 10% der gesamten inländischen [!] Nachfrage, vgl. Legler et. al. 2009, S.54).

Weiteres verschärft sich die „Reproduktionslücke“ im Bereich der (immer noch großteils dekommodifiziert von Frauen erbrachten) Sorgearbeit in den Staaten Europas, denn von einer die verstärkte Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt abfedernden Politik sozialen Infrastruktur kann ebensowenig die Rede sein wie von einer Veränderung (Verkürzung bzw. zumindest Strukturveränderung) von Arbeitszeiten – eher ist das Gegenteil der Fall. Auch an der vergeschlechtlichten Aufteilung hat sich dahingehend bei weitem keine gleiche Beteiligung eingestellt. (vgl. Prokla Redaktion 2016, S.512ff.)

Der demografische Wandel ist daher auch eine alle Formationen betreffende Entwicklung. Zwar kann keineswegs von einem katastrophischen Automatismus und dem Aussterben und dergleichen gesprochen werden, aber einerseits ist eine Verschärfung bestehender Defizite in der Sorgearbeit bei gleichbleibenden Entwicklungen aufgrund der Zunahme betreuungsbedürftiger älterer Menschen sehr wahrscheinlich. Andererseits ergibt sich in zweifacher Weise ein Produktivitätsproblem. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit ist gerade in den Care-Sektoren engen Grenzen unterworfen, eine Subsumtion überhaupt unter die Lohnform oft im Widerspruch zu dem Gebrauchswert dieser Dienstleistung (vgl. Chorus 2013, S.98). Zweitens müsste die Produktivität der Arbeit gesteigert werden – ein Feld, dass weder bislang noch seit vorläufigem Abflauen der Krise eine herausragende Eigenschaft des finanzdominierten Akkumulationsregimes war, die Produktivitätszuwächse waren unterdurchschnittlich (vgl. Stockhammer 2000, S.41). Ferner kontrastiert dies mit dem politischen Ziel rechtsextremer und reaktionärer Strömungen in Europa (die zumindest aktuell gerade in relativ stärker betroffenen Formationen Regierungen stellen), der stärkeren Vergeschlechtlichung von Care-Arbeit und einer damit verbundenen Zurückdrängung von

Frauen aus der Erwerbsarbeit (Becker 2018, S.53), zumindest wiederum bei ausbleibender Intensivierung des Akkumulationsregimes.

Die Regulation des Geldes ist stärker noch geprägt von den unterschiedlichen Anforderungen unterschiedlicher Akkumulationsteilregime, die unterschiedlichen temporalen Anforderungen unterliegen, jedoch durch die EZB denselben Währungsraum teilen, bzw. von diesem abhängig sind. Dieses Problem zeigte sich wie oben beschrieben bereits im ersten Jahrzehnt der Eurozone, als ein einheitlicher Leitzins bei unterschiedlichen Inflationsraten zu teils negativen Realzinsen und einer konsumkreditgestützten Akkumulation führte.

Die Veränderungen im Rahmen der Krisenbearbeitung betrafen einerseits die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht, die aus mehreren verschiedenen Bestandteilen besteht und vor allem die Unsicherheiten durch in Konkurrenz stehende nationale Regelungen verhindern soll. Einerseits aber verlagern sich Interventionen nationaler Regierungen schlicht von nationalen Regulierungsbehörden mit gewisser relativer Autonomie auf europäische Behörden mit ebenfalls nur gewisser relativer Autonomie. Andererseits sind die europäischen Sicherungssysteme angesichts der Bilanzsummen und der finanziellen Desintegration der EU viel zu gering dotiert (vgl. Kader 2018, S.385ff.). Das ist m.E. umso relevanter, da Unternehmensfinanzierung über Anleiheemissionen zunehmen (vgl. ebda., S.387), was nicht zuletzt eine Folge des Verbots von direkter Staatsfinanzierung durch die EZB und dem damit bestehenden Interesse der Staaten der Eurozone an möglichst liquiden Wertpapiermärkten zur Anleiheemission geschuldet ist (vgl. Wullweber 2018, S.42). Diese sind i.d.R. eher an harten Daten orientiert und fördern eher kurzfristige statt längerfristiger Strategien. Außerdem ist der Zugang dazu eher für größere denn für kleinere Firmen gegeben, wenn auch seit längerem Tendenzen zunehmender Anleihenfinanzierung auch kleinerer Unternehmen bestehen (vgl. für Deutschland Röper 2018 und Schindele/Szczesny 2015).

Angesichts des „Deleveraging“, also des Abbaus an Forderungen seitens der Banken in dieser Situation, die mit geringerer Kreditvergabe trotz niedrigster Leitzinsen einherging, bildet dies eine Quelle ungleicher Produktivkraftentwicklung und stagnierender Investitionsquoten. Verstärkt wird dies auch durch die Zunahme von „Zombie Firms“, also etablierten Unternehmen, denen selbst bei historisch niedrigem Zinsniveau nicht viel mehr als die Refinanzierung von Krediten gelingt. Ihr „Fortleben“ beeinflusst die Produktivitätsentwicklung direkt und indirekt über die Verknappung von Krediten und dämpft den Preisanstieg (vgl. Banerjee/Hoffman 2018), wobei es m.E. durchaus nicht gesichert ist, dass in der Folge einer Zinserhöhung und daraus resultierender Pleitewelle solcherart befreites Kapital unter derzeitigen Bedingungen produktive Anlagesphären außerhalb des Kreislaufs fiktiven Kapitals

fände. Die auf share-holder Value Strategien zielende Desintegration von „Zombiefirmen“ würde zudem erst recht Tendenzen verstärken, die an anderer Stelle wieder für mehr „Zombies“ sorgen würden.¹³

Es gibt außerdem nicht nur (relativ sichere) Unternehmens und noch sicherer Staatsanleihen als solche, sondern auch die diese weiter verkaufenden Institutionen des „Schattenbanksektors“. Diese erleichtern zwar die (Re)Finanzierung, können aber im Krisenfall desaströse Auswirkungen haben. Dieser Sektor ist immer noch relativ ungesichert und die Stabilität im Krisenfall ebenso fragwürdig (vgl. Kader 2018; vgl. Wullweber 2018).

Eine weitere Änderung betrifft das EZB Mandat, das eigentlich auf die Inflationsbekämpfung beschränkt war und erst sekundär wirtschaftspolitische Ziele unterstützen sollte. Die spekulativen Entwicklungen gegen Krisenstaaten konnten jedoch erst beendet werden durch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, im unbegrenzten Ausmaß („whatever it takes“) Anleihen betroffener Staaten zu kaufen – zunächst betraf dies griechische Anleihen, das Programm wurde seither aber auf andere Länder ausgeweitet und nach Ende der unmittelbaren Krise mit veränderter Zielsetzung (Vorbeugung gegen deflationäre Tendenzen) beibehalten. Da dies auf dem Sekundärmarkt passiert (besser gesagt „passiert wäre“ – denn tatsächlich kam es nie zu einem Kauf von Staatsanleihen. Die Ankündigung reichte aus, um die notwendige Liquidität für die Anleihen herzustellen), wurde das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB umgangen. Nichtsdestotrotz kann effektiv von einem Bruch des EZB Statuts gesprochen werden, was mit dazu führt, dass die Inflation ungebrochen auf niedrigstem Niveau verharret. Dabei ist unklar ob die Zahlungsschwierigkeiten der Krisenstaaten oder der drohende Zusammenbruch des effektiv auf Staatsanleihen als Sicherheiten aufbauenden Wertpapiermarktes den Ausschlag dazu gab (vgl. Wullweber 2018, S.55). Zusätzlich können bei Zahlungsschwierigkeiten Apparate wie der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und der später gegründete ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) betroffene Staaten (die den Fiskalpakt, d.h. die Übernahme der Regelungen des SWP in nationales Recht, unterzeichnet haben) stützen – im Austausch gegen Strukturanpassungsprogramme, die einseitig auf eine interne Abwertung zielen (vgl. Bieling 2015, S103.).

¹³ An dieser Stelle auch interessant ist, dass Anteil dieser „Zombiefirmen“ offenbar über Konjunkturzyklen hinweg schon seit den 1980er Jahren immer weiter zunimmt (vgl. Banerjee/Hoffmann 2018, S.67).

Es sind auch vor allem die Notwendigkeiten der Refinanzierung der öffentlichen Budgets (die ihrerseits notwendig sind für das Funktionieren der Systeme der Kapitalmarktfinanzierung – ein deutlicher Widerspruch zu Zielen des Abbaus der Staatsverschuldung), die den Leitzinssatz weiterhin niedrig halten und zu negativen Realzinsen führen, wobei die Investitionsquoten von Unternehmen außerhalb der Finanzbranche selbst in den Formationen um das deutsche Produktivsystem niedrig sind und sich auch durch die Geldpolitik der EZB nicht substantiell erholt zu haben scheinen (vgl. Abb.3)

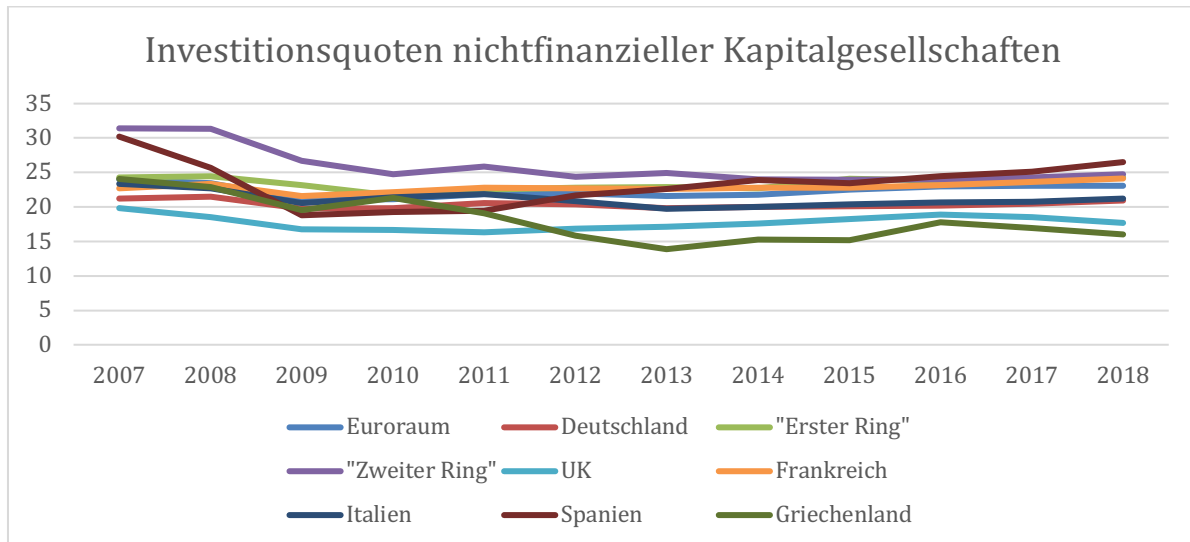


Abbildung 3. Investitionsquoten nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; Bei den Daten zum „ersten Ring“ (Österreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden) bzw. „zweiten Ring“ (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien) handelt es sich um nicht gewichtete Mittelwerte. (Eurostat, eigene Berechnungen)

Die mangelnde effektive Nachfrage auf den Warenmärkten bei gleichzeitig niedrigsten Zinsen und der zunehmenden Bedeutung von Instrumenten der Kapitalmarktfinanzierung¹⁴ führt zu Blasenbildungen, nicht nur auf Immobilienmärkten, überall in der Europäischen Union. Die damit verbundene Änderung von Verteilungsrelationen kann für die produktive Akkumulation nicht langfristig ohne Folgen bleiben.

Das, wenn auch unter dem Eindruck der Krise verabschiedeten, sich jedoch konzeptionell nicht von den Vorgängern unterscheidende, Basel III Abkommen verbesserte die Lage auch nicht

¹⁴ So geht Wullweber (2018, S.55) davon aus, dass klassische Leitzinspolitik angesichts der Bedeutung des Schattenbankenwesens immer weniger greife. Wo sich die Grenzen dieser Anordnung befinden (denn das hieße eigentlich auch eine Bedeutungsabnahme von Zinsen als zentrale Bezugsgröße von Umschlagszeiten) kann an dieser Stelle aber nicht erörtert werden, es handelt sich eigentlich um einen „temporal fix zweiter Ordnung“ dessen Implikationen gesondert analysiert werden müssen.

substanziell, da letztendlich auch eine verbesserte Qualität des Eigenkapitals an der grundsätzlich dysfunktionalen Dynamik nichts ändert, die für Redak (2011) im Vertrauen der Modelle der Risikoallokation begründet liegt. Da genau diese Modelle auch den Berechnungen der „Stresstests“ zugrunde liegen, sind auch deren Ergebnisse fragwürdig. Im Endeffekt liegt das Problem am Geschäftsmodell der FinanzakteurInnen selbst, auch nicht an ihrer Größe. Denn es sind genau diese Modelle, die einerseits geringere Eigenmittel ermöglichen (zu ermöglichen scheinen). Andererseits sind es genau diese Modelle, deren graduelle Unterschiede in der Konkurrenz zu einem sich stets verbessernden Finanzsystem beitragen, wobei es aber letztendlich die Aufgabe von Banken wäre, Wertpapiere länger zu halten und damit den von hoher Geschwindigkeit gekennzeichneten Handel etwas zu verlangsamen. Die Übernahme des Risikos, das Risiko von Wertpapieren zu überprüfen, steht aber im Widerspruch zur Profitorientierung (vgl. Thompson 2017, S.8ff.). Bei niedrigem Zinsniveau ein sich verstärkender Widerspruch, der im Falle eines Einbruchs diesen weiter verstärken würde.

Die Regulation des Geldes in Europa ist immer noch eine massive Bruchstelle. Wenn man davon ausgeht, dass es zuvorderst der Zinssatz ist, der einen bestimmten zeitlichen Horizont innerhalb eines Akkumulationsregimes (Akkumulationsteilregimes) strukturiert, wird die prekäre Situation der EU und speziell der Eurozone offensichtlich. Verschiedene Akkumulationsteilregime teilen sich mit derselben Währung und demselben Leitzinssatz denselben Taktgeber eines zeitlichen Horizonts. Die inflexible Ausgestaltung (Verbot der Staatsfinanzierung, Verbot vertikaler Instrumente der Kreditsteuerung) einerseits und die nach wie vor auf nationaler Ebene beschränkte Kreditaufnahme andererseits sind nicht nur eine „perfekte neoliberale Zwangsjacke“ (Schneider 2018, S.66). Eine solche Geldregulation kann nur mittel- bis langfristig dysfunktional i.S. der Regulation verschiedener Akkumulationsteilregime und Produktivsysteme wirken.

Dabei greifen m.E. Perspektiven zu kurz, die gerade im Fall ungleicher Konjunkturzyklen einen gemeinsamen Währungsraum für wünschenswert halten, da einer Versicherung gleich der Aufschwung in einer Formation den Abschwung in einer anderen durch ausgeweiteten Export in die Aufschwungzone bremsen könne, wofür ein Wegfall des Wechselkursrisikos eine wichtige Eigenschaft darstelle (vgl. Schelkle 2018). Eine solche Konzeption übersieht m.E. zwei gewichtige Unterschiede. Einerseits handelt es sich beim Fehlen einer gemeinsamen Schuldenaufnahme wie auch gemeinsamer Budgets nicht um einen Konstruktionsfehler. Andererseits sind solche unterschiedlichen Rhythmen der Akkumulation innerhalb einer Währungszone eben nicht etwa die Norm. Die von Schelkle als Gegenbeispiel zu Einwänden, dass eine gemeinsame Währung ein substanzielles gemeinsames Budget benötige, zitierten

USA zeichneten sich eben durch besondere Bedingungen auch in der Regulation des Geldes aus, die weder auf andere Formationen dieser Zeit zuträfen (vgl. z.B. zu Großbritannien Ingham 2008, S.119), noch auf kapitalistische Formationen heutzutage. Die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung ergibt sich eben gerade aus der Entwicklung unterschiedlicher Akkumulationsteilregime – eine gemeinsame Währung hält vielleicht Wechselkurse stabil. Wie aber erstens aus der Entwicklung (bei weitem nicht nur) Griechenlands geschlossen werden kann, werden neben der Erlangung preislicher auch die Erlangung struktureller Wettbewerbsfähigkeit massiv erschwert. Die Strukturanteile beispielsweise griechischer Kapitale an den deutschen Importen steigerten sich infolge der Austeritätsmaßnahmen nicht und haben sich bis heute nicht gesteigert.

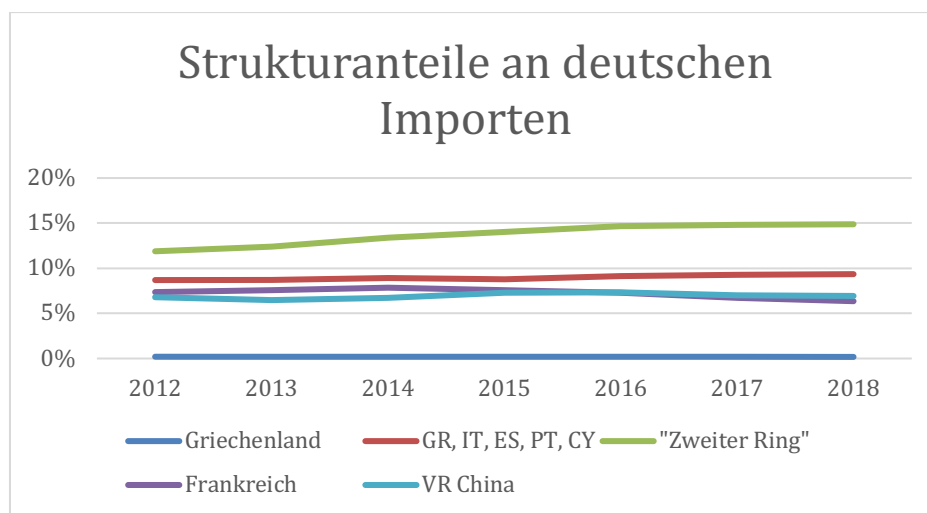


Abb. 4. Strukturanteile verschiedener Volkswirtschaften an den Importen Deutschlands. Der schlecht sichtbare griechische Anteil beläuft sich auf 0,2% um bis 2018 auf 0,18% zu sinken (vgl. Eurostat, eigene Berechnungen)

Zweitens handelt es sich nicht um bloß eine ökonomische Frage. Die gemeinsame Währung wie auch eine Zentralbank der Vereinigten Staaten waren das Produkt politischer Auseinandersetzungen verschiedener Machtblöcke im Norden wie Süden des Landes, die gemeinsame Währung wurde überhaupt (eben nicht „erst“, sondern „gerade“) während des Bürgerkriegs eingeführt. (vgl. 2018, S.387) Es ist angesichts widersprüchlicher Akkumulationsstrategien und durch die Lage in der internationalen Arbeitsteilung bedingte Interessenlagen auch höchst unrealistisch, eine quasi technokratische Lösung in einer derartig zentralen Frage zu finden. Der deutsche Machtblock ist weit davon entfernt, eine Strategie zu Erlangung einer hegemonialen Funktion auf europäischer Ebene einzunehmen bzw. einnehmen zu können. Gleichwohl verfügt er aber derzeit über die Möglichkeiten, Alternativen zu verhindern (vgl. Cafruny 2015, S.67).

Angesichts ökologischer Fragestellungen ist zudem auch gar nicht klar, ob ein derartiger Aufbau von Produktivsystemen über ökonomische Kriterien hinaus überhaupt möglich wäre.

Sowohl die Beschleunigung der Umschlagszeit als auch die horizontale Integration bei vertikaler Desintegration, also abnehmender Fertigungstiefe, sind aus der Perspektive der Bewegung G-G' attraktiv, besonders durch die Finanzierung über Kapitalmärkte werden kurzfristigere Strategien und Investitionen nur in profitable Bereiche, möglichst mit monopolistischen Extraprofiten, besonders profitabel. Diese „Shareholderorientierung“ führt wie oben ausgeführt zu verschiedenartiger Finanzialisierung innerhalb Europas.

Die Beziehungen zwischen Betrieben und ihre Organisation sind einerseits geprägt durch die Finanzialisierung der Unternehmen selbst. Zusätzlich zu der von Lipietz im Rahmen der Analyse der globalen Arbeitsteilung analysierten Aspekte voraussetzungsvoller, stärker auf Einbindung zielender betrieblicher Beziehungen, die die unter anderem in Deutschland konzentrierte Exportindustrie kennzeichnen (und die auch ein notwendiges Element langfristiger Strategien sind, genauso wie ihre Schaffung selbst einen langfristigen Prozess darstellt) spielt die Finanzialisierung auch des produktiven Kapitals als eine Kehrseite zur peripheren Finanzialisierung eine gewichtige Rolle. Kädtler (2012) weist anhand des Beispiels der deutschen Chemieindustrie nach, dass Tendenzen der Finanzialisierung einerseits hochtechnisierte und vor allem auch komplexe Produkte privilegieren, die die Rolle strategischer Sektoren der Abteilung I die für ebendiese produziert, noch weiter stärken. Andererseits wird ein Fokus auf Kernkompetenzen, also besonders profitable Unternehmensbestandteile gefördert. Die Herausbildung solcher Kernkompetenzen, überhaupt im Hochtechnologie- und dem Bereich komplexer Produkte, wiederum ist voraussetzungsvoll und benötigt Zeit – ein sich selbst verstärkender Kreislauf. Wie weiter oben angedeutet reproduziert sich dieses Muster auch im Falle produktiver Integration entlang von Wertschöpfungsketten (vgl. Krzywdzinski 2018; vgl. Becker 2018, S.S.38ff.).

In den Unternehmen selbst werden einzelne Abteilungen autonomer, wodurch eine bessere Anpassung an sektorale und lokale Gegebenheiten erreicht werden soll. Diese Dezentralisierung geht aber einher mit der Zentralisierung finanzieller Funktionen und der Schaffung von Institutionen der Marktsteuerung in den Unternehmen selbst, die sie letztendlich erst mit der Outsourcing-Option vergleichbar machen und wiederum kurzfristige Strategien fördern (vgl. Wissel 2007, S109ff.).

Die vertikale Desintegration hat dabei neben den temporalen Effekten auch Auswirkungen auf die Produktionsgeografie indem sie eine massive Zunahme des Güterverkehrs bewirkt.

Die Finanzialisierung der Produktion technologisch komplexer, durch Patente geschützter Produkte stellt die Kehrseite der peripheren Finanzialisierung einerseits und des – im Rahmen von westeuropäischen Konzernen dominierter Wertschöpfungsketten – exportgetriebenen Wachstums einiger osteuropäischer Länder dar. Innerhalb des letzteren Arrangements steigen die jeweiligen Anteile an der Handelsbilanz (vgl. Heine/Sablowski 2015, S. 571;580; vgl. auch Abb. 4).

Sich verstärkende Zulieferstrukturen (und daraufhin optimierte Verkehrswege) lassen wiederum die Umschlagszeit sinken und ermöglichen eine flexiblere Reaktion fokaler, also strategisch positionierter, Unternehmen auf volatile Entwicklungen, zusätzlich zu der Aneignung von Extraprofiten auf Kosten der nicht-fokalen Unternehmen. Wie auch Bohle (vgl. 2009) feststellt, konkurrieren die osteuropäischen Formationen mit einer auf produktive Kapitale ausgelegten Regulation primär unter sich selbst und nicht etwa mit Standorten in Westeuropa – aber offenbar auch nicht in Fernost oder anderen Räumen. Der Grund dafür liegt sicherlich einerseits in den sich herausbildenden Agglomerationseffekten in der Region (vgl. Bohle 2009, S.179ff.). Andererseits aber sind bei einer „Just in Time“ – Produktion mit zunehmend flexibler Produktion geographische Nähe und wichtiger noch kurze (i.S. von Zeit) Entfernungen kritisch – nicht nur wegen der Produkten der Zwischengüter, sondern auch für den notwendigen Austausch und enger werdende Kooperation von Personal an verschiedenen Standorten. Die Konkurrenzsituation droht jedoch die Pfeiler produktiver Akkumulation zu untergraben. Auch liegt auf der Hand, dass grenzüberschreitende, „Just-in-Time“ Produktionsnetzwerke aufgrund der engen Taktung anfällig für Produktionsunterbrechungen an einer zunehmenden Zahl von kritischen Punkten sind.

In jedem Fall sind auch langfristige gleichbleibende Akkumulationsbedingungen notwendig, die durch Kürzungsprogramme, wie sie von der Troika und später im Endeffekt vom SWP verlangt wurden, kaum hergestellt werden können.

Dabei sollte m.E. aber auch nicht übersehen werden, dass sowohl im einen wie auch im anderen Fall in allen Formationen das Bild nicht einheitlich ist. Während sich beispielsweise die Lage in Norditalien anders darstellt als im Süden, ist ein relevanter Teil der Kapitale in Teilen des deutschen Produktivsystems (hier zumindest in Deutschland selbst) von der Finanzialisierung (größerer) Unternehmen nicht oder advers betroffen. (vgl. Celo/Lehrer 2016). Das gilt beispielsweise für große Teile „deutschen Mittelstands“, der oftmals immer noch familial überdeterminiert ist. Dadurch und durch das System der Genossenschaftsbanken zeichnet sich dieser durch „patient capital“ aus und ist dementsprechend auch unter Bedingungen der Finanzialisierung Rhythmen jenseits kurzfristiger Gewinnerwartungen unterworfen. Während

die neoliberale Ausrichtung des Lohnverhältnisses Ersteren zunehmend Schwierigkeiten bereitet, haben Letztere mit der zunehmenden Aufweichung der vormalig üblichen Art der Bankenfinanzierung (besonders auch im Zusammenhang mit den Umstellungen im Zuge der Basel-Richtlinien, vgl. Röper 2018, vgl. Bieling/Jäger 2009) zu leiden. Weiters ist der Vorteil konservativer Geschäftsmodelle, der diese Banken die Finanzkrise vergleichsweise unbeschadet überstehen ließ, durch die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB massiv unter Druck geraten (vgl. Röper 2018, S.385). Beim versiegen der Möglichkeiten interner Finanzierung könnte dies diese Unternehmen zu einem Kurswechsel zwingen. Auch fortgesetzt wurde die zunehmende Privatisierung einstiger staatlicher Bereiche in den vormaligen „mixed economies“ Europas. Dies betrifft nicht nur große Kapitale in den Produktionsgüterbranchen sondern zunehmend Bereiche der Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Ähnlich der strategisch positionierten fokalen Unternehmen stellen sich hierbei monopolistische Situationen her und über Mehrwertabzüge differenzielle Profitraten.

Die Veränderung der Staatlichkeit auf Europäischer Ebene geht entlang zweier Achsen vor sich, wobei jene des „Konstitutionalismus“ nicht nur ergänzt wird von flexiblen und informellen Gremien, die die „regelbasierte“ Ordnung diskretionär ausgestalten, sondern teilweise überhaupt extralegal erfolgen (vgl. Oberndorfer 2015). Während der „Konstitutionalismus“, also die massive, schwierig reformierbare Veränderung struktureller Selektivitäten schon deutlich früher thematisiert wurde, ist Zweiteres ein mit der Krisenbearbeitung verbundene Entwicklung, Bieling spricht von „Krisenkonstitutionalismus“ (vgl. 2015, S.101ff.). Beispiele für Ersteres sind sicherlich in der Intention des Stabilitäts- und Wirtschaftspaktes wie auch den verschiedenen nationalen Implementationen der „Schuldenbremse“ zu sehen, aber auch in der ursprünglichen Ausgestaltung von Institutionen wie beispielsweise der EZB. Sie dienen einer langfristigen Absicherung von Pfeilern dieser bestimmten kapitalistischer Entwicklung. Relativ neu jedoch ist die Bedeutung von Gremien wie der Eurogruppe (vgl. Abels 2018, S.400ff.). Gleich mehrfach unterscheiden sich Institutionen wie die Eurogruppe von Institutionen wie der EZB oder konstitutionalistischen Projekten, sie sind meines Erachtens deren „dynamisches Gegenüber“ auf europäischer Ebene, wobei aber gleichwohl eine Kontinuität in der Stärkung exekutiver Apparate besteht. Die Eurogruppe wurde gegründet als eher „technische“ Institution zur Überwachung der Währungsunion. Ausgestattet mit neuen Kompetenzen und Aufgaben entwickelte sie sich jedoch zu einem zentralen politischen Gremium der Krisenbearbeitung. Die Eurogruppe als Gesprächsraum ist flexibel, Gesprächspartner können je nach Bedarf zu anlassbezogenen Treffen kooptiert werden. Diese Treffen sind vertraulich gegenüber

nationalen Öffentlichkeiten wie auch gegenüber den besonders schnell agierenden FinanzakteureInnen. Während Institutionen wie die EZB zumindest dem Anspruch nach Entscheidungen für den gesamten Währungsraum treffen (und es sich z.B. bei den weiter oben bereits erwähnten Anleihenkäufen bestimmter Staaten um eine bewusst weite Auslegung handelt) wurde in der Eurogruppe länderspezifisch verhandelt. Wie der Europäische Rat wird die Eurogruppe auch national besetzt – eine wichtige Erinnerung daran, wie weit die relative Autonomie reicht und dass es sich bei der EU eben nicht um einen Bundesstaat, auch nicht im Ansatz, hält. Ähnlich wie bei der Krisenbearbeitung in den osteuropäischen Staaten wie auch bei deren Beitritt wurde die Fiktion aufrechterhalten, es gehe nicht um verschiedene strukturelle Positionen innerhalb einer Währungsunion, sondern um isolierte Probleme gleichrangiger Länder, was zu lock-in Effekten führte (vgl. ebda., S.404).

Weitere - jedoch weniger flexible und intergouvernementale - Beispiele wären m.E. die Entwicklung der Politik der EZB im Sinne des kreativen Umgangs mit ihrem Mandat oder auch der um das Six – Pack verschärfte SWP. Der genuin politische Charakter der Empfehlungen der Europäischen Kommission wird nicht einmal hinter gleichgewichtstheoretischen Annahmen versteckt (bspw. Die Welt 2019 in einem Artikel zu Italien, dessen laut Autor praktisch identer Haushaltsentwurf mit anderer Regierung noch zu einem Zerwürfnis mit der Kommission geführt hatte, während er ein halbes Jahr später als unproblematisch bewertet wird).

Konstitutionalisierung wie auch Informalisierung von Entscheidungen können m.E. aber wenig an von tiefen Widersprüchen durchzogenen Machtblöcken und dementsprechend inkohärenten (d.h. vor allem auch inkohärente langfristige Strategien verfolgenden) Staatsapparaten und Nationalstaaten ändern.

Die Individualisierung einzelner Regierungen, die Informalität und Flexibilität können m.E. als ein Krisenphänomen gelten. Die konstitutionalistischen Elemente werden zwar keineswegs aufgegeben, aber ergänzt durch flexiblere Gremien und Anwendungen, die in Gesetz gemeißelten Dogmen zumindest als politisch hergestellt sichtbar machen bzw. die Gesetze selbst zu umgehen versuchen.

Becker et. al. gehen 2015 (S.90ff.) davon aus, dass die Radikalisierung der konstitutionellen Einengung der Wirtschaftspolitik dem Projekt eines britischen EU Austritts neu entfacht hätte. Nach erfolgtem Brexit stellt sich diese Frage umso nachdrücklicher.

Es ist nicht wirklich klar, welche Wirkung die konstitutionalistischen Elemente tatsächlich aufweisen (werden). Einerseits konnte eine Reihe von Ländern selbst nach wiederaufgenommener erfolgreicher Kapitalakkumulation das Ziel einer Neuverschuldung von

maximal 3% bzw. des Abbaus bestehender Staatsschulden mit dem Zielwert von 60% des BIP zu erreichen mehrmals hintereinander nicht erfüllen, was jedoch mittlerweile mit der Ausnahme Italiens erreicht wurde – was aber auch reichlich spät ist, wenn man bedenkt dass aktuell (Herbst 2019) bereits wieder von einem bevorstehenden Ende des Konjunkturzyklus ausgegangen wird. Es ist nicht davon auszugehen, dass es den jeweiligen Apparaten an Wissensressourcen oder gar Informationen fehlte, um die jeweiligen Budgetpfade als unrealistisch zu erkennen.

Andererseits zeigen die wenigen Fälle, in denen es zu einer tatsächlichen politischen Infragestellung des Austeritätskurses kam, dass dieser in den nationalen Machtblöcken (noch) kaum auf Alternativen stößt und auch die Hegemonie über die Subalternen (noch) nicht zu stark beeinträchtigt ist. Weder war der Sturz der italienischen Regierung Conte I ein Verdienst der EU Kommission, noch konnte sie ernsthaft als antineoliberale Regierung angesehen werden.

Die Frage ist also womöglich weniger, wie bestimmte Regierungen in Überschussländern jene in Defizitländern erst zu konstitutionalistischen Regelungen „überreden“ müssen. Die Frage ist vielmehr, warum auch in Ländern, die absehbar auf ökonomische wie politische Probleme stoßen, diesen zugestimmt wird (vgl. Dooley 2019, S.83).

Ausblick

Die Finanz- und Bankenkrise von 2007 verschärfte vorerst die bereits zuvor zutiefst widersprüchliche Anordnung, ohne bisher zu einem Kurswechsel zu führen. Zwar waren von der durch Immobilienpreisblasen in den USA ausgelöste Krise anfangs alle in dichter Folge betroffen, doch die Verzeitlichung der Krise erfolgte entlang der Widersprüche des finanzdominierten Akkumulationsregimes und regulierte sie in einer Weise, die eine räumlich wie zeitlich vereinzelte Bearbeitung im Sinne der hegemonialen Fraktionen zuließ.

So setzte sich das Verhältnis der Strukturanteile im Außenhandel, d.h. das Wachstum der Exporte vor allem der BRD außerhalb der Eurozone, bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der verschiedenen Formationen füreinander, auch zwischen 2016 und 2018 fort.

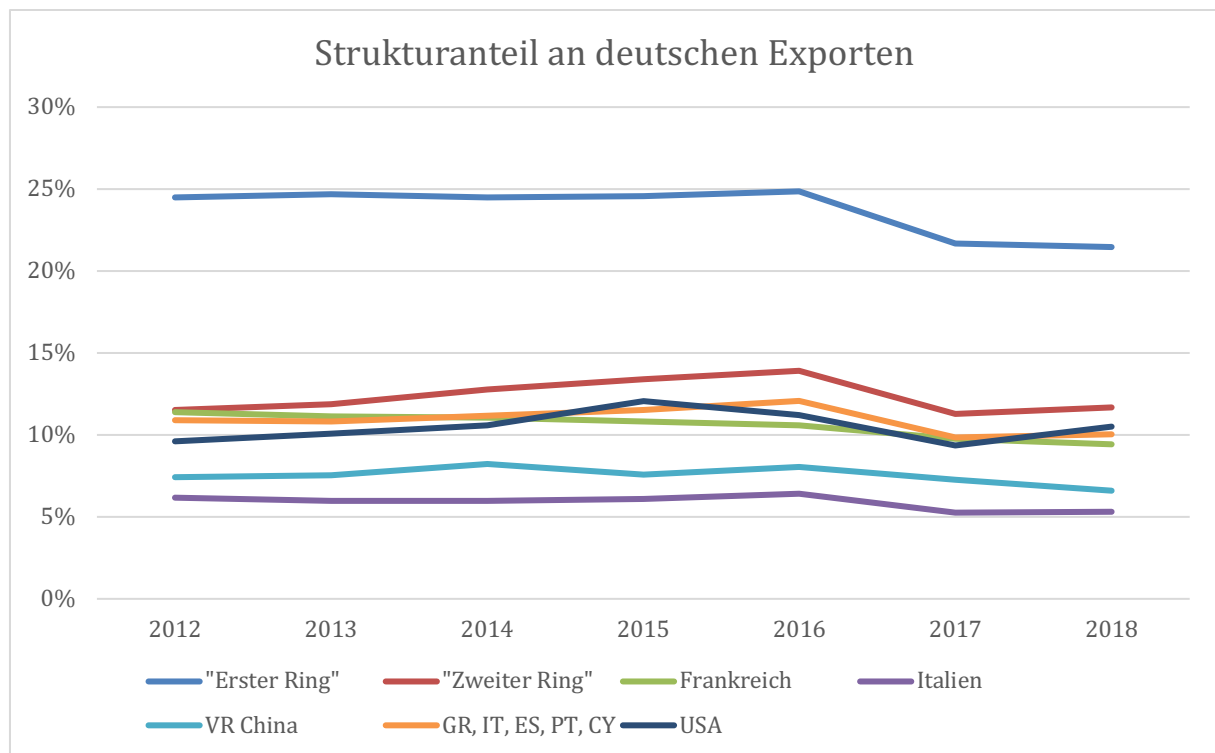


Abbildung 5. Strukturanteil an deutschen Exporten (Eurostat, eigene Berechnungen)

Dies bestätigt einerseits die Annahme Thomas Sablowskis, dass es sich bei dem gegenwärtigen Akkumulationsregime weiterhin um ein globales oder zumindest internationales handelt. Andererseits kam es mit der Krise ab 2008 auch zu einer finanziellen Desintegration der Eurozone. Gleichwohl kann von einem kohärenten Zusammenhang zwischen Produktion und konsumtiven Konsum auch auf dieser Ebene nicht gesprochen werden, die Internationalisierung des Akkumulationsregimes schritt weiter voran.

Während das Akkumulationsteilregime um das deutsche Produktivsystem von der Krise scheinbar unberührt Weltmarktanteile steigern und den Produktionsausstoß erhöhen konnte (und das gerade in Hochlohnbranchen), galt das für die Formationen Südeuropas nicht.

Die gemeinsame Währung macht, wie schon das Europäische Währungssystem (ein System koordinierter Wechselkurse in Europa), eine Abwertung zur Wiedererlangungen preislicher Wettbewerbsfähigkeit unmöglich. Der Aufbau eines eigenen kohärenten Produktivsystems wiederum ist unter den gegebenen Bedingungen kaum möglich.

Für die einstigen Transformationsstaaten lassen Studien die Vermutung zu, dass sich das Muster ihrer subalternen Einbindung auch in der Periode nach 2011 wenn auch weiter entwickelt, so sich nicht maßgeblich verändert hat (vgl. Grodzicki/Geodecki 2016, S. 398ff.). Die Lage in der internationalen Arbeitsteilung der größeren osteuropäischen Ökonomien reproduziert sich also und ihr Bezug auf Deutschland als metropolitane Formation wird stärker.

Die binnenzentrierte Entwicklung des „südeuropäischen Blocks“ („Block“ ist hier in Anführungszeichen weil eben eine politische Formierung nicht gegeben ist) wird unter diesen Bedingungen immer prekärer. War der französische Machtblock von den direkten Auswirkungen der Krise vergleichsweise wenig betroffen (vgl. Becker 2011), ist er auch weiterhin der mächtigste Bestandteil jener Gruppe von Ländern, deren Gemeinsamkeit die durch Austeritätspolitiken mehr oder minder erreichten Leistungsbilanzgleichgewichte sind. Die mehr oder minder vor allem von der französischen Regierung artikulierte Strategie besteht in einer verstärkten Integration der Europäischen Union bei gleichzeitiger Lockerung der Austeritätsvorgaben.

Dies scheitert einerseits zwar an der notgedrungen schwächeren Position von Defizitländern in einem Freihandelsarrangement und dem trotz des Anleihenkaufprogramms engen Korsett der EZB, in dem der Anpassungsdruck ohne Interventionen einseitig bei diesen liegt. Andererseits liegt ein Problem aber wohl auch an den politischen Ungleichzeitigkeiten, die sich schon daran zeigen, dass es kaum gelingt, Regierungen, die sich in einer ähnlichen wirtschaftspolitischen Lage befinden, zu einem koordinierten Vorgehen zu bewegen. Die sehr unterschiedlichen politischen Zyklen befinden sich in einem Widerspruch zu der vergleichbaren ökonomischen Lage.

Der exportorientierte Block um das deutsche Produktivsystem konnte sich im Gegensatz dazu bis jetzt unter anderem durch die Synchronisierung politischer und ökonomischer Zyklen politisch stets durchsetzen. Dabei ist augenfällig, dass die Strategie interner Abwertung und neoliberaler Umgestaltung sich nicht nur auf die deutsche Regierung stützt, sondern auch sich derartige Positionen auf internationaler Ebene auch in anderen Foren, wie beispielsweise den Visegrad-Staaten oder der „Hanseatischen Liga“ verdichten. (vgl. Guntrum 2019). Aufseiten der Defizitländer fehlen derartige multinationale strategische Rahmen völlig. Die Kontinuität und Vertiefung der neoliberalen Regulation ist dabei umso bemerkenswerter, als dass die Fraktion der Gläubiger nach dem Abflauen der Eurokrise und des Abbaus an Verbindlichkeiten mittlerweile eigentlich zumindest das unmittelbare ökonomische Interesse an der Fortführung des Kurses um jeden Preis verloren haben müsste.

Doch steht die Regulation dieses Akkumulationsteilregimes auf tönernen Füßen. Das gegenwärtig (Herbst 2019) zu verzeichnende sich im Wachstum verlangsamende globale Handelsvolumen lässt auch hier Akkumulationsdynamik abflauen, sind doch gerade jene Formationen betroffen, deren starke Importnachfrage die einbrechenden Exporte in die EU Krisenländer auffingen und sogar überkompensierten. Verschärfend könnte sich auch der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU erweisen, in jedem Fall ist mit für die

Exportkonjunktur positiven Effekten einerseits nicht zu rechnen, andererseits wird die ohnehin prekäre internationale Regulation eines internationalen Akkumulationsregimes dadurch nicht stabiler. Innerhalb der EU bedeutet dies eine Schwächung des Blocks um die deutsche Regierung (vgl. Becker 2011). Angesichts komplizierter Aushandlungsmechanismen und Interessengegensätze auf europäischer Ebene sind auch rechtzeitige Effekte einer die konsumtive Binnennachfrage steigernde, geschweige denn die produktive Struktur stärkende Industriepolitiken ermöglichende, Reformen als Mittel gegen die nächste Krise ebenso nicht zu erwarten. Im Gegenteil scheint ein verstärkt neoliberales Programm, gestützt von einem hegemonialen Bündnis transnational orientierter Fraktionen, zwar bereits brüchig, hält jedoch weiterhin (vgl. Prokla 2016, S.524). Die Machtblöcke auf verschiedenen Ebenen haben es bisher geschafft, im Rahmen der multiskalaren europäischen Staatlichkeit widersprüchliche Prioritäten auszutarieren – wenn auch zuweilen knapp und nur zum Preis räumlicher wie zeitlicher Verschiebungen. Wenn, wie Candeias (2011, S.48, vgl. auch weiter oben) schreibt, dass die ständige Verschiebung von Krisen in Raum und Zeit ihre Verschränkung irgendwann unausweichlich macht, so könnte dieser Moment mit einem Jahrzehnt Verspätung mittlerweile jedoch vielleicht früher eintreten als gedacht. Die Eurozone sieht trotz stagnierender Löhne und auf breiter Front bestenfalls stagnierender Lebensbedingungen für die Allermeisten zurück auf den längsten nicht von zumindest einer zyklischen Krise unterbrochenen Konjunkturzyklus der Nachkriegszeit.

Es ist keineswegs unwahrscheinlich, dass die Verschiebung der nächsten Krise, selbst wenn es sich bei weitem nicht um eine Krise des Ausmaßes jener beginnend mit 2007 handeln sollte, in den Apparaten der verschiedenen Ebenen nicht mehr gelingen wird, unterschiedliche temporale Reproduktionserfordernisse also nicht priorisiert und koordiniert, also nicht mehr verzeitlicht werden können.

Ein Jahrzehnt nach der Bankenkrise sind eine ganze Reihe von peripher finanzierten Ländern nach wie vor in ihrer Entwicklung abhängig. Nicht-Euro Länder wie Bulgarien wären wohl ein weiteres Mal zu heftigen Kürzungen und Lohnsenkungen, zu interner Abwertung, gezwungen, soll die Bindung der nationalen Währungen an den Euro erhalten bleiben, was aufgrund der engen finanziellen wie industriellen Verflechtungen wohl das Ziel wäre, während die mittlerweile der Eurozone beigetretenen baltischen Länder zumindest nicht augenblicklich von massivem Kapitalabzug betroffen wären.

Die südliche Peripherie der Eurozone sähe sich wohl ebenso mit Kapitalabzug sowie dem Rückgang der Exporte konfrontiert.

Die in das deutsche Produktivsystem eingebunden Ländern Osteuropas wären über ihre industrielle Integration ebenso schwer betroffen. Erschwerend kommt hier die Dominanz der Kfz-Branche hinzu, deren Bedeutungsverlust, zumindest aber grundlegende Transformation, absehbar ist.

In allen Fällen wären im Krisenfall zwar im Rahmen des SWP Ausnahmen der Defizitregel zwar möglich, langfristig aber ist mehr als unklar, wie mit den eigentlich formulierten Zielen der Schuldenreduktion danach eine erneuerte Kapitalakkumulation gelingen soll. Trotz der durch die Nachfrage in Drittländern bisher (!) in ausreichendem Tempo gestiegenen Exporte außerhalb der EU ist der Binnenmarkt keineswegs unbedeutend. Die Kontraktion der Akkumulationsteilregime könnte sich so noch verstärken. Dazu kommt die nach wie vor prekäre Situation im Finanzwesen.

Wo sich die Europäische Bankensicherung als unzureichend erweist wird zur Rettung vor der Insolvenz die öffentliche Hand eingreifen müssen, womit erneut die Kriterien des SWP in weite Ferne rücken oder aber das Finanzsystem gerät in eine offene Krise, die sich selbst unter Bedingungen finanzieller Desintegration ausweiten wird. Selbst wenn die Institutionen der Bankensicherung halten sollten wäre ein Ausbleiben um Auseinandersetzungen einer neuerlichen Reform der Apparate und ihrer Ausrichtungen der Eurozone äußerst unwahrscheinlich. Apparate wie die EZB müssten wohl ihr Mandat noch kreativer auslegen, so eine Änderung nicht möglich ist. Spielraum für weitere Senkungen des Zinssatzes besteht jedenfalls auch auf dem Höhepunkt des Konjunkturzyklus kaum und es ist angesichts der zunehmenden Kapitalmarktorientierung auch fraglich, ob dies überhaupt die intendierte Wirkung hätte.

Fazit

Es wurde gezeigt, dass Zeit einerseits nicht vorsozial ist. Andererseits, dass Zeit und Dynamik als Teil gesellschaftlicher Verhältnisse behandelt werden müssen, damit auch die Bedingungen einer statischen Momentaufnahme überhaupt erst entstehen können.

Es kann außerdem nicht einmal von einer Zeit im Singular die Rede sein. Zwar sind basale Rhythmen, wie der Umlauf der Erde um die Sonne gleichbleibend und weltweit die gleichen. Gesellschaftliche Verhältnisse sind jedoch nicht durch die Natur begrenzt, sondern vermitteln diese. Das künstliche Licht als zweite Natur hat zum Teil die Wirkungen einer zweiten Sonne, der menschliche Bewegungsapparat, zumindest in den metropolitanen Formationen, ist schon lange nicht mehr der determinierende Faktor alltäglicher Strecken. In obiger Einschränkung deutet sich aber auch an, dass Gesellschaften sich nicht in einer Zeit befinden, sondern dass es

viele verschiedenen Zeiträume, Rhythmen und Zyklen gibt, die Dimensionen gesellschaftlicher Verhältnisse sind und sich in ihrer Reproduktion überlagern.

Die Marx'sche Kapitalanalyse ist durchzogen von einem derartigen Zeitbegriff. In seinem idealen Durchschnitt ist die Akkumulation des Kapitals zuerst ein zeitlicher Vorgang, ein unendlicher, qualitativ zielloser Prozess. Dabei gibt es verschiedene einander widersprechende Zeiträume der Produktion, Zirkulation, der Wertbildung und des Wertabzugs, sowie der differenziellen Übertragung von Wert durch in Maschinen und Ressourcen materialisierte wertbildende Zeit. Der Akkumulationsprozess reproduziert das Kapital durch diese Widersprüche hindurch. Die Krise dieses Prozesses ist wiederum eine zeitliche und es gibt eine Reihe an Punkten, an denen die Verwertung des Kapitals aufgrund der ungleichen Entwicklung dieser Widersprüche an ein vorläufiges Ende gerät. Hervorzuheben in der Reproduktion des Kapitals ist das Geldkapital. Es ist der Zins und die Praktiken, zu denen fungierende Kapitalisten an Kredit kommen, die der eigentliche Taktgeber der Akkumulation darstellen.

Diese Analyse bildet jedoch keinen realen geschichtlichen Prozess ab, sie ist der ideale Durchschnitt. Der reale geschichtliche Prozess ist auch ein räumlicher. David Harvey versucht beide Dimensionen gesellschaftlicher Verhältnisse mit dem Begriff des „temporal fix“, „spatial fix“ und dem „spatio temporal fix“ zu integrieren. Hier trifft die Analyse des Kapitalismus jedoch an ihre Grenzen. So bereichernd die Konkretisierungen für die Analyse des Akkumulationsprozesses auch sind, so widersprüchlich wird die Beschreibung der Tendenzen realer Gesellschaften allein unter Zuhilfenahme der in der Kritik der politischen Ökonomie entwickelten Konzepte. Soziale Formationen, jede Gesellschaft überhaupt, bestehen jedoch stets aus verschiedenen Produktionsverhältnissen ohne welche die Reproduktion realer kapitalistisch dominierter Gesellschaften nicht möglich wäre und die sich auch nicht äußerlich gegenüberstehen, sondern sich auch in ihren zeitlichen Dimensionen wechselseitig durchdringen.

Ein theoretischer Ansatz, um dies zu fassen, ist die Regulationstheorie. In der Unterscheidung von Ensembles von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen lassen sich temporär stabile, im Sinne von sich konflikthaft reproduzierenden, Entwicklungsweisen analysieren. Neben den mit der kapitalistischen Akkumulation verbundenen Invariabilitäten wie beispielsweise der Profitorientierung lassen sich strukturelle Formen ausmachen, die allen kapitalistisch dominierten Gesellschaften gemein sind, sich aber in ihrer Organisation historisch und geografisch unterscheiden. Es sind diese konkreteren strukturellen Formen der Regulation, in denen die Widersprüche der in den Bahnen eines Akkumulationsregimes prozessierenden erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses bearbeitet, stabilisiert und

vor allem auch synchronisiert werden, denn die Synchronität verschiedener Kreisläufe von Geldkapitale, produktivem Kapital, von Abteilungen ist keineswegs gegeben. Es entstehen Interessengegensätze zwischen verschiedenen kapitalistischen Fraktionen wie auch zwischen ihnen und subalternen Klassen. Staatlichkeit stellt den Ort dar, in dem sich unterschiedliche artikulierte Strategien verschiedener Kräfte historisch spezifisch verdichten. Räumlich passiert dies auf mehreren Ebenen und es ist nicht unbedingt die nationale Ebene, auf der sich Strategien durchsetzen.

Die beinahe schon klassisch analysierte Entwicklungsweise ist jene des Fordismus. Das fordistische Akkumulationsregime basiert auf einer getakteten Entwicklung von Massenproduktion und Massenkonsum, ermöglicht durch regelmäßige Tarifverhandlungen und langfristig planbare Produktionserweiterungen sowie einer „gemischten Ökonomie“ mit teils beträchtlichen Bereichen unter staatlicher Verwaltung.

Gegenwärtig befinden wir uns in der Phase eines internationalen, finanzdominierten Akkumulationsregimes, in dem einerseits die Produktion nicht mehr auf eine Konsumtion in den Grenzen der jeweiligen Nationalstaaten trifft. Andererseits die vormals planbare Expansion der Nachfrage auch auf internationaler Ebene nicht immer eintritt. Die stärkere Bedeutung der Kreisläufe des Geldkapitals hat dabei auch Effekte innerhalb der Unternehmen. Die Regulation dieses Akkumulationsregime ist deutlich prekärer.

Empirisch analysiert wird zum Abschluss die Krisenbearbeitung in der Europäischen Union ab 2007. In einer zusammenfassende historischen Darstellung wurde deutlich, dass die Integration der (anfangs west)Europäischen Formationen sich von einem die monopolistische Regulation und der Entwicklung von Skaleneffekten nutzenden Industrie stützenden Prozess zu einem verstärkt postfordistischen wandelte. Während die Regulierung in den ersten Jahrzehnten die Synchronisierung von binnenzentrierten Akkumulationsregimen auf nationaler Ebene stärkte, stützte spätestens der EU Binnenmarkt konkurrenzuelle Tendenzen und führte zu einer immer schwieriger zu bewerkstelligenden Regulation divergierender Formationen, sodass heute von verschiedenen Akkumulationsteilregimen im Rahmen eines internationalen, finanzdominierten Akkumulationsregimes ausgegangen werden muss. Zum einen ein von Formationen, die auf das exportgetriebene auf Deutschland zentrierte Produktivsystem gebildetes Akkumulationsteilregime, das in einem „zweiten Ring“ osteuropäischer Staaten seine eigene produktive Peripherie entwickelt hat, während fokale Unternehmen und Unternehmensbestandteile in den dominanten Formationen verbleiben.

Zum anderen eine Reihe peripher finanzialisierter Formationen, deren Produktivsysteme heterogener und deren Akkumulationsteilregime weniger extrovertiert sind und die überdies ab

den 1990er Jahren in einen preislichen Wettbewerb mit China und vor allem auch Osteuropa gezwungen wurden, wobei die Erosionstendenzen in den produktiven Sektoren weiter zurückreichen.

Eine Sonderstellung nimmt Britannien als dominante, wenngleich finanzialisierte Formation ein.

Diese Teilregime werden durch teils internationalisierte europäisierte Staatsapparate in vielen Bereichen einheitlich reguliert.

Die in den USA ausgelöste Finanzkrise ab 2007 traf daher verschiedene Formationen unterschiedlich. Die peripher finanzielten Staaten waren am stärksten betroffen, wenngleich jene Formationen, die unmittelbar zuvor noch effektive negative Zinsen aufwiesen, erst mit zeitlicher Verzögerung betroffen waren – sich jedoch dann mit denselben Refinanzierungsproblemen konfrontiert sahen, wie periphere Nicht-Euro Staaten zuvor. Die Bearbeitung dieser Krise verlief wiederum im Rahmen des finanzdominierten Akkumulationsregimes, wobei für eine Reihe von Staaten nicht davon ausgegangen werden kann, dass bloßer ökonomischer Druck zu einer Vertiefung der ungleichen Arbeitsteilung auf europäischer Ebene geführt hatte, da zumindest für die in das auf Deutschland zentrierte Produktivsystem eingebundenen osteuropäischen Staaten (mit Ausnahme Ungarns) die ökonomischen Druckmittel begrenzt waren. Die Slowakei ist mittlerweile gar Teil der Eurozone.

Zwar flaute die Krise der Währungsunion in der Folge ab. Die Regulation dieses scheinbaren Postkriseneuropas weist aber in allen strukturellen Formen Sollbruchstellen auf.

In den exportorientierten Formationen erodiert zunehmend jene Regulation, die die eigentliche langfristige Planungssicherheit für produktive Kapitale herstellt, in den peripheren ehemaligen Transformationsstaaten (die noch dazu vor dem Problem einer gleichzeitigen erweiterten Reproduktion des Lohnverhältnisses bei im Grunde stagnierenden Positionen in der internationalen Arbeitsteilung stehen) noch deutlicher als in den metropolitanen Formationen. Eine gesteigerte effektive Nachfrage, also eine Ausdehnung konsumtiven Konsums, ist unter diesen Voraussetzungen kaum zu erwarten, zumal eine Ausdehnung von Konsumkrediten auch anderswo mittlerweile ausfällt und es auch zunehmend zweifelhafter wird, ob eine in diesem Ausmaß anwachsende Produktion unter gegebenen Konsumnormen mit den ökologischen Zyklen – und damit den langfristigen Bedingungen stofflich-biologischer Reproduktion überhaupt – zu vereinbaren wären. In den peripher finanzierten Staaten sind nach einer Reihe von Strukturereformen Instrumente zur Regulation produktiver Kapitale untergraben. Die Ausgestaltung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (bzw. des Stabilitäts und

Wachstumspakts) stellt genau jene Austeritätspolitiken auf Dauer, die diesen Formationen Zeiträume für einen strategischen Aufbau von Produktivsystemen nehmen.

Nicht zuletzt stellt sich auch das Problem des demografischen Wandels, das in jedem Fall zu einer Zunahme der Nachfrage nach Care-Arbeit führen wird. Bislang zeichnete sich die aktuelle Entwicklungsweise keinesfalls durch Produktivitätssteigerungen oder gar Intensivierungstendenzen (im Gegenteil zeigen sich Tendenzen der Ausdehnung und Flexibilisierung von Arbeit!) aus, was die Frage nach der langfristigen Regulation der zeitlichen Struktur des Lohnverhältnisses noch einmal verschärft.

Auf finanzieller Ebene trifft nach wie vor eine einheitliche Geldpolitik in der Eurozone auf unterschiedliche Akkumulationsteilregime. Die Niedrigstzinsen sollen einerseits die Refinanzierung stark verschuldeter Staaten erleichtern, andererseits Investitionen erleichtern. Tatsächlich aber werden einerseits Investitionen vor allem in fiktives, weniger in produktives Kapital verzeichnet, was zu Preisblasen z.B. bei Wohnraum führt, was wiederum die effektive Nachfrage dämpft. Andererseits kam es zum „Deleveraging“, also dem Abbau von Forderungen seitens der Banken. Unter anderem diese Situation führte zu einer (nicht über alle Branchen und Unternehmensgrößen gleichen) Zunahme der Finanzierung über Kapitalmärkte. Für deren Funktion wiederum sind jedoch die Staatsschulden (in der Form der in der Regel 10-jährigen Staatsanleihen), die eigentlich abgebaut werden sollten, unerlässlich. Diese aber wiederum bewirkt ein Wachstum des Schattenbankensektors, dessen Zusammenbruch auch die Institutionen der ins Leben gerufenen Bankenunion nicht abfedern könnten, zumal auch Banken betroffen wären, deren Aufgabe ja die genauere Prüfung von Anleiheprodukten ist, die andere FinanzmarktakteurInnen in einer viel höheren Geschwindigkeit handeln.

Die Organisation in und zwischen Betrieben ist durch eine weiter vertiefte vertikale Desintegration geprägt, nicht zuletzt durch Finanzialisierungstendenzen. Die Auslagerungen an verschiedenste Standorte sowie die durch diese Unternehmensorganisation begünstigte kurzfristigere Orientierung schwächt gewerkschaftliche Organisationen und verläuft innerhalb des auf Deutschland zentrierten Produktivsystems ungleich – mit komplexeren Funktionen beauftragte Unternehmen bzw. Unternehmensbestandteile (insbesondere auch im Bereich der durch Patente geschützten Hochtechnologieprodukte) verbleiben in den Metropolen, Zulieferer entstehen zunehmend in den ehemaligen Transformationsstaaten. Zentral für dieses expandierende Arrangement sind kurze Distanzen um ein Mindestmaß an Flexibilität sicher zu stellen. Angesichts der Probleme einerseits durch eine auch in Standortkonkurrenz immer stärker unterminierte auf produktive Kapitale zielende Regulation einerseits und den Schwierigkeiten einer erweiterten Reproduktion des Lohnverhältnisses andererseits wird diese

Verschiebung der Krise womöglich nicht sehr lange anhalten. Die sich durch patient capital auszeichnenden familial überdeterminierten Kapitale in exportstarken (metropolitanen) Formationen sehen sich wiederum mit der zunehmend kurzfristigeren Ausgestaltung des Lohnverhältnisses wie auch den Problemen der sie finanzierenden Banken angesichts niedriger Zinsen konfrontiert.

Über eine weitere Verschärfung konstitutionalistischer Elemente verbunden mit zunehmend informell und flexibel getroffenen Entscheidung, wobei letzteres mit der Eskalation der Bankenkrise im Zuge der Refinanzierungsschwierigkeiten südeuropäischer Staaten eingeführt wurde. Die kurzfristigen Elemente vertiefen dabei die Antagonismen innerhalb und zwischen den Machtblöcken und machen den politischen Gehalt in Abgrenzung zu technokratischer Notwendigkeit zunehmend sichtbar. Relativ kurzfristige Entscheidungen kontrastieren mit dem immensen Ausmaß an auf langfristig gleichbleibende Akkumulationsbedingungen ausgelegtem Kapital.

Dabei greift eine Perspektive zu kurz, die die Ausgestaltung der Staatsapparate und ihrer Prozesse auf Kalkül und die Durchsetzungskraft der exportstarken nationalen Machtblöcke allein annimmt. Die Zustimmung von Regierungen, die sich absehbar mit Problemen in der Einhaltung beispielsweise der Kriterien des SWP konfrontiert sehen würden, bleibt genauso erklärungsbedürftig wie die nicht erfolgende internationale politische Formierung von Klassenfraktionen in peripheren Machtblöcken, die ähnlichen Problemen gegenüberstehen.

Die Entwicklung der europäischen Staaten nach der offenen Krise 2011 stellt sich also in allen strukturellen Formen auch als veränderter zeiträumlicher Fix dar. Die temporale Verschiebung der Krise ist dabei nicht nur einfach nur ein Nach-hinten-Schieben, sondern auch eine Veränderung der Rhythmen der Regulation des Akkumulationsregimes wie auch seiner Akkumulationsteilregime, wobei weder der internationale noch der finanzialisierte Charakter des Akkumulationsregimes abgeschwächt wurde. „Verschiebung der Krise“ meint also nicht, dass diese auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde, sondern dass sich die Vektoren für eine gelingende Reproduktion immer weiter verengen und eine Synchronisierungen „der verschiedenen Zeitlichkeiten zur Einheit einer Konjunktur“ (Lipietz 1992, S.31) immer unwahrscheinlicher gelingt.

Wie lange diese organische Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes andauert und wann eine „glückliche Fundsache“ es ablöst, lässt sich jedoch trotz mancher offenbar säkularer Probleme beispielsweise in der Unternehmensfinanzierung (vgl. z.B. Fn. 14) nicht bestimmen. Ob eine temporale Verschiebung aber im Falle einer weiteren zyklischen Krise gelingt ist aber sehr fraglich, zumal die Struktur der internationalisierten Staatsapparate auf europäischer

Ebene nicht grundlegend reformiert, sondern mit, politische Entscheidungen transparenter machende, flexiblen Netzwerken und Verfahren ergänzt wurde.

Eine temporale Perspektive kann nicht mit Sicherheit vorhersagen, wie lange eine bestimmte Konjunktur anhält und wann die Regulation widersprüchlicher Verhältnisse scheitert.

Auch wenn es letztlich ökonomische, politische und ideologische Kämpfe sind, die eine „Beschleunigung“ von Krisenphänomenen und Reaktionen darauf auslösen und letzten Endes sie auch verursachen, so kann eine temporale Perspektive zumindest zeigen, wann (i.S. mit Eintreten welchen Ereignisses) sich Punkte zur Intervention auftun und welche Entwicklung und an welchen geografischen wie institutionellen Orten zu beschleunigen oder zu verlangsamen Teil offensiver oder defensiver Strategien sein können.

Literatur:

- Abels, Joscha (2018): Ein Europa der Finanzminister? Die Eurogruppe im austeritätspolitischen Projekt der Restrukturierung der Eurozone. In: Prokla. 192.
- Albritton, Robert/ Itoh, Makoto/ Westra, Richard/ Zuege, Alan (Hrsg.) (2001): Phases of capitalist development: Booms, Crises and Globalizations. Basingstoke: Palgrave.
- Alnasseri, Sabah/ Brand, Ulrich/ Sablowski, Thomas/ Winter, Jens (2001): Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus. In: das Argument. 239. Jg. 43. Heft 1.
- Alnasseri, Sabah (2004): Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Althusser, Louis (2011[1965]): Für Marx. Berlin: Suhrkamp
- Althusser, Louis/ Balibar, Etienne/ Establet, Roger/ Macherey, Pierre/ Ranciere, Jacques (2015[1968]): Das Kapital lesen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Althusser, Louis (2010 [1970]): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg: VSA.
- Atzmüller, Roland (2011): Die Reproduktion der Arbeitskraft in der Krise. Überlegungen zur Erosion der dualen Berufsbildung. In: Bader, Pauline/ Becker, Florian/ Demirovic, Alex/ Dück, Julia (HrsgInnen.): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation. Regulation. Territorium. Marburg: Metropolis.
- Becker, Joachim (2009): Krisenregion Ost- und Mitteleuropa – der IFW als „Retter“. In: Rilling, Rainer/ Candeias, Mario (Hrsg.): Krise – Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat. Berlin: Dietz.
- Becker, Joachim (2011): EU. Von der Wirtschafts- zur Integrationskrise. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. 85.1.
- Becker, Joachim (2012) Blindstellen: Ungleicher Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU. In: Prokla. 42.168
- Becker, Joachim (2013): Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen. In: Atzmüller, Roland/ Ders./ Brand, Ulrich/ Oberndorfer, Lukas/ Redak, Vanessa/ Sablowski, Thomas (HrsgInnen.): Fit für die Krise? Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Becker, Joachim/ Jäger, Johannes/ Weissenbacher, Rudy (2015): Uneven and dependent developments. The crisis and its implications. In: Jäger, Johannes/ Springler, Elisabeth (HrsgInnen.): Asymmetric crisis in Europe and possible futures. Critical political economy and post-keynesian perspectives. New York/Milton Park: Routledge.

- Becker, Joachim (2018): Neo-Nationalismus in der EU. Sozio-Ökonomische Programmatik und Praxis. Wien: AK Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 179.
- Belina, Bernd (2011): Kapitalistische Raumproduktionen und ökonomische Krise. Zum Begriff des Spatial Fix bei David Harvey. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie. 55.1-2.
- Bensaid, Daniel (2002): Marx for our times. Adventures and misadventures of a critique. London/New York: Verso.
- Bin, Daniel (2015): Fiscal superstructure and the deepening of labour exploitation. In Capital&Class. 39.2.
- Bieling, Hans Jürgen (2006): Implikationen der neuen europäischen Ökonomie: Reorganisation oder Desintegration der Produktions- und Innovationsregime? In: Prokla 144.
- Bieling, Hans Jürgen/ Jäger, Johannes (2009): Global finance and the european economy: The struggle over banking regulation. In: Contradictions and Limits of neoliberal European governance. From Lisbon to Lisbon. London: Palgrave MacMillan.
- Bieling, Hans Jürgen (2013a): European financial capitalism and the politics of (De-) financialization. In: Competition and chance. 17.3.
- Bieling, Hans Jürgen (2013): Das Projekt der Euro-Rettung und die Widersprüche des europäischen Krisenkonstitutionalismus. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen. 20.1.
- Bieling, Hans-Jürgen (2015): Uneven development and “European crisis constitutionalism”, or the reasons for and conditions of a “passive revolution in trouble”. In: In: Jäger, Johannes/ Springler, Elisabeth (Hrsg.Innen): Asymmetric crisis in Europe and possible futures. Critical political economy and post-keynesian perspectives. New York/Milton Park: Routledge.
- Bader, Pauline/ Becker, Florian/ Demirovic, Alex/ Dück, Julia (2011): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- Bohle, Dorothee (2009): Race to the bottom? Transnational companies and reinforced competition in the enlarged European union. In: Contradictions and Limits of neoliberal European governance. From Lisbon to Lisbon. London: Palgrave MacMillan.
- Brand, Ulrich (2003): Regulation und Politik. Theoretische Probleme der Internationalisierung und die „Empire“-These. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot,

- Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: Prokla 37.
- Brand, Ulrich (2009): Staatstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus. Ein „neo-poulantzianischer“ Ansatz der IPÖ. In: Brand, Ulrich/ Hartmann, Eva/ Kunze, Caren (Hrsg.Innen): Globalisierung, Macht und Hegemonie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich (2018): Der Staat in der kapitalistischen Globalisierung. Nationaler Wettbewerbsstaat und die Internationalisierung des Staates bei Joachim Hirsch. In: Brand, Ulrich/Görg, Christoph (eds.): Zur Aktualität der Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch. Baden-Baden: Nomos.
- Brenner, Robert (2006): The economics of global turbulence. The advanced capitalist economies from long boom to long downturn, 1945 – 2005. London/New York: Verso.
- Cafruny, Alan (2015): The European crisis and the rise of German power. In: Jäger, Johannes/ Springler, Elisabeth (Hrsg.Innen): Asymmetric crisis in Europe and possible futures. Critical political economy and post-keynesian perspectives. New York/Milton Park: Routledge.
- Candeias, Mario (2011): Interregnum. Molekular Verdichtung und organische Krise. In: Bader, Pauline/ Becker, Florian/ Demirovic, Alex/ Dück, Julia (Hrsg.Innen.): Vielfachkrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- Carrol, William/ Fennema, Meindert/ Heemskerk, Eelke (2010): Constituting corporate Europe: A study of elite social organization. In: Antipode. 42.4.
- Celo/Lehrer (2016): German family capitalism in the 21st century: patient capital between bifurcation and symbiosis. In: Socio Economic Review. 14.4.
- Chorus, Silke (2007): Who cares? Kapitalismus, Geschlechterverhältnisse und Frauenarbeiten. In: Feministische Studien. 25.2.
- Dangschat, Jens (1994): Lebensstile in der Stadt. Raumbezug und konkreter Ort von Lebensstilen und Lebensstilisierungen. In: Blasius, Jörg/Ders.(Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Leske+Budrich: Opladen.
- Demirovic, Alex (2001): Hegemoniale Projekte und die Rolle der Intellektuellen. In: Das Argument. 239. Jg 43. Heft 1.
- Demirovic, Alex (2009): Krise und Kontinuität. Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus. In: Candeias, Mario/ Rilling, Rainer (Hrsg.): Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat. Berlin: Karl Dietz.

- Demirovic, Alex/Sablowski, Thomas (2011): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: Prokla 166.
- Demirovic, Alex (2017): Kapitalistischer Staat, Hegemonie und demokratische Transformation zum Sozialismus. In: Boos, Tobias/ Lichtenberger, Hanna/ Puller, Armin (HrsgInnen.): Mit Poulantzas arbeiten. Hamburg: VSA.
- Dodig, Nina/ Hein, Eckhardt/ Detzer, Daniel (2016): Financialisation and the financial and economic crises: Theoretical framework and empirical analysis for 15 countries. In: Dies. (HrsgInnen): Financialisation and the financial and economic crises. Northampton/Cheltenham: Edward Elgar.
- Dore, Ronald (2008): Financialization of the global economy. In: Industrial and Corporate Change. 17.6.
- Dörre, Klaus/ Röttger, Bernd (2005): Globalisierung, Netzwerke, Gewerkschaften: Die Region als arbeitspolitisches Arena – eine Einführung anhand empirischer Studien. In: Dies. (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dörre, Klaus (2011): Capitalism, Landnahme and social time regimes: An outline. In: Time and Society. 201.
- Elias, Norbert (1988): Über die Zeit. Berlin: Suhrkamp.
- Evans, Trevor (2004): Marxian and post-keynesian theories of finance and the business cycle. In: Capital&Class 83.
- Freud, Sigmund (2014[1900]): Die Traumdeutung. In: Gesammelte Werke. Köln: Anaconda.
- Gabbi, Giampaolo/ Ticci, Elisa/ Vozzella, Pietro (2016): The transmission channels between the financial and the real sectors in Italy and the crisis. In: Hein, Eckhardt/ Detzer, Daniel/ Dodig, Nina (HrsgInnen): Financialisation and the financial and economic crises. Northampton/Cheltenham: Edward Elgar.
- Gallas, Alexander (2006): „Das Kapital“ mit Poulantzas lesen. Form und Kampf in der Kritik der politischen Ökonomie. In: Bretthauer, Lars (Hrsg.): Poulantzas lesen. Hamburg: VSA.
- Götz, Klaus/ Meyer-Sahling, Jan-Hinring (2009): Political time in the EU: Dimensions, perspectives, theories. In: Journal of European Public Policy. 16.2.
- Greene, Brian (2000): Das elegante Universum. Superstrings, verborgene Dimensionen und die Suche nach der Weltformel. München: Goldmann.
- Grodzicki, Maciej/ Geodecki, Tomasz (2016): New Dimensions of core – periphery Relations in an Economically Integrated Europe: The role of global value chains. In: Eastern European Economics. 54.5.

- Guntrum, Simon (2019): Frankreichs Widersacher, Deutschlands „bad cop“? Die Formierung der „New Hanseatic League“ in den jüngsten Reformdiskussionen der Eurozone. In: Prokla 194.
- Financial Times (28.6.2012): Myths and truths of the Baltic austerity model. Zuletzt abgerufen unter: <https://www.ft.com/content/0ab75ab9-a846-3540-a2ec-104a7a489216> am 10.10.2019.
- Harvey, David (1978): The urban process under capitalism: A framework for analysis. In: International journal of urban and regional research. 2.1-3.
- Harvey, David (1982): The limits to capital. Chicago: University Press.
- Harvey, David (1985a): Consciousness and the urban experience. Studies in the history and theory of capitalist urbanization. Oxford: Basil Blackwell.
- Harvey, David (1985b): The urbanization of Capital. Studies in the history and theory of capitalist urbanization. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David (2003): The new imperialism. Oxford: University Press.
- Harvey, David (2007[1982]): The limits to capital. New and fully updated edition. London/ New York: Verso.
- Heine, Frederic /Sablowski, Thomas (2015): Zerfällt die europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen, Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone. In: Prokla 181.
- Heinrich, Michael (2006): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hope, Wayne (2011): Crisis of temporalities: Global capitalism after 2007 – 08 financial collapse. In: Time and Society 20.1.
- Hohn, Hans-Willy (1984): Die Zerstörung der Zeit. Frankfurt/Main: Fischer.
- Hübner, Kurt (1989): Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der politischen Ökonomie. Berlin: Edition Sigma.
- Hungarian Spectrum (2018): The collapse of Hungarian vocational training. Abgerufen am 10.11.2019 unter: https://hungarianspectrum.org/2018/06/12/the-collapse-of-hungarian-vocational-training/?fbclid=IwAR3S1wIzr1QoD6v8qaFTDZJc1zU23E2DQs5Lyd_n50oN1tZK9lsw2ErWm1E
- Ingham, Geoffrey (2008): Capitalism. Cambridge: Polity.
- Jessop, Bob (1990): Regulation theories in retrospect and prospect. In: Economy and Society.

Vol. 19. 2.

- Jessop, Bob (2003): Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes. In: Brand, Ulrich/ Raza, Werner (Hrsg.): Fit für den Postfordismus? Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jessop, Bob (2004a). On the Limits of the Limits to Capital. In: Antipode. Vol. 36.3.
- Jessop, Bob (2004b): Spatial Fixes, Temporal Fixes, and Spatio-Temporal fixes. Lancaster: University Department of Sociology.
- Jessop, Bob (2007): State Power. A strategic relational approach. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob (2013): Revisiting the Regulation Approach: Critical Reflections on the contradictions, dilemmas, fixes and crisis dynamics of growth regimes. In: Capital & Class. 37(1).
- Jones, Peter (2017): Turnover time and the organic composition of capital. In: Cambridge Journal of Economics. 41.1.
- Jurczyk, Karin/ Voß, Günter (2000): Entgrenzte Arbeitszeit – Reflexive Alltagszeit. Die Zeiten des Arbeitskraftunternehmers. In: Hildebrandt, Eckart (Hg.): Reflexive Lebensführung. Berlin: Edition Sigma.
- Kader, Maria (2018): Bail-in or Bail-out, ist das die Frage? Das europäische Banken- und Finanzsystem zehn Jahre nach der Krise. In: Prokla 192.
- Kädtler, Jürgen (2012): Industrieller Kapitalismus und Finanzmarktrationalität – am Beispiel des Umbruchs in der (traditionellen) deutschen Großchemie. In: Prokla 42.4.
- Keil, Roger (1987): David Harvey und das Projekt einer materialistischen Stadttheorie. In: Prokla 17(4).
- Komlosy, Andrea (2011): Zeitliche und räumliche Konzepte. In: Cerman, Markus/ Eder, Franz/ Eigner, Peter/ Komlosy, Andrea/ Landsteiner, Erich (Hrsg.Innen.): Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000 – 2000. Innsbruck/ Wien/ Bozen: Studienverlag.
- Krzywdzinski, Martina (2018): Die Rolle von Niedriglohnperipherien in den Wertschöpfungsketten der Automobilindustrie. Der Fall Mittelosteuropas. In: Prokla 193.
- Lapavistas, Costas (2005): The social relations of money as universal equivalent: A response to Ingham. In: Economy & Society. 34.3.
- Legler, Harald/ Gehrke, Birgit/ Krawczyk, Olaf/ Schasse, Ulrich/ Rammer, Christian/ Leheyda, Nina/ Sofka, Wolfgang (2009): Die Bedeutung der Automobilindustrie für die deutsche Exportwirtschaft im europäischen Kontext. ZEW/NIW. Mannheim/Hannover.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische

- Überlegungen zum Begriff „Regulation“. In: Prokla 58.
- Lipietz, Alain (1992): Vom Althusserismus zur Theorie der Regulation. In: Demirovic, Alex/ Krebs, Hans-Peter/ Sablowski, Thomas (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lipietz, Alain (1998): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hamburg: VSA.
- Mandel, Ernest (1972): Einführung in den Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- MEW 23: Marx, Karl (2013): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd.1. Berlin: Dietz.
- MEW 25: Marx, Karl (2013): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd.2. Berlin: Dietz.
- MEW 42: Marx, Karl (2005): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin: Dietz.
- Müller, Julian (2012): Das Verhältnis von Industrie und Finanzsektor unter der Finanzialisierung. In: Prokla 42.4.
- Niessen, Hans-Joachim (1988): Die mikroökonomische Theorie der Zeitallokation. In: Seifert, Eberhard K. (Hrsg.): Ökonomie und Zeit. Beiträge zur interdisziplinären Zeitökonomie. Frankfurt/Main: Leske + Budrich.
- Nowak, Jörg (2009): Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Westfälisches Dampfboot: Münster.
- Oberndorfer, Lukas (2015): From new constitutionalism to authoritarian constitutionalism: New Economic Governance and the state of European Democracy. In: Jäger, Johannes/ Springler, Elisabeth (Hrsg.Innen): Asymmetric crisis in Europe and possible futures. Critical political economy and post-keynesian perspectives. New York/Milton Park: Routledge.
- O’Boyle, Brian /McDonough, Terrence (2014): Epistemological Problems and ontological solutions: A critical realist retrospective on Althusser. In: Zarembka, Paul (Hrsg.): Sraffa and Althusser Reconsidered; Advancing in South Afrika, England, and Greece. Bingley: Emerald
- Petit, Pascal (2006): Structural forms and growth regimes of the post-fordist era. In: Review of social economy. 57.2.
- Van der Pijl, Kees/ Holman, Otto/ Raviv, Or (2011): The resurgence of german capital in Europe. EU integration and the restructuring of atlantic networks of interlocking directorates after 1991. In: Review of international political economy. 18.3.

- Polanyi, Karl (1944): The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Berlin: Suhrkamp.
- Prokla Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: Prokla 185.
- Die Welt (2019): Plötzlich lässt Brüssel gegenüber Italien Milde walten. Zuletzt abgerufen am 23.11.2019 unter:
<https://www.welt.de/wirtschaft/article203674986/Staatsverschuldung-Bruessel-laesst-gegenueber-Italien-Milde-walten.html>
- Wolf, Winfried (2019): Mit dem Elektromobilität in die Sackgasse. Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt. Wien: Promedia.
- Wullweber, Joscha (2019): Geld, Staat und Liquiditätsketten. Die Politik der Geldschöpfung und Zentralbankpolitik in Postkrisenzeiten. In: Politische Vierteljahresschrift. 60. 1.
- Röper, Nils (2018): German finance capitalism. The paradigm shift underlying financial diversification. In: New political economy. Jg.23. Heft 3.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Röttger, Bernd (2013): Die eigentümliche Kontinuität des „Modell Deutschland“. Über historische Schranken, „große Krisen“ und blockierte Transformationen der kapitalistischen Produktionsweise. In:
 Atzmüller, Roland/ Ders./ Brand, Ulrich/ Oberndorfer, Lukas/ Redak, Vanessa/ Sablowski, Thomas (HrsgInnen.): Fit für die Krise? Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sablowski, Thomas (2011a): Die Jüngste Weltwirtschaftskrise und die Krisentheorien. In:
 Demirovic, Alex/ Dück, Julia et.al.(Hrsg.Innen): VielfachKrise. Hamburg: VSA.
- Sablowski, Thomas (2011b): Krise und Kontinuität des finanzdominierten Akkumulationsregimes. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie. 55. 1-2.
- Sablowski, Thomas/ Schneider, Etienne/ Syrovatka, Felix (2018): Zwischen stiller Revolution und Zerfall. Der Kapitalismus in der europäischen Union nach zehn Jahren Krise. Berlin: Analysen der Rosa Luxemburg Stiftung. 49.
- Salzmann, Markus (2012): The consequences of austerity in Latvia. Zuletzt abgerufen am 3.9. 2019 unter: <https://www.wsws.org/en/articles/2012/10/latv-o18.html>.
- Schelke, Waltraud (2018): The political economy of monetary solidarity: Revisiting the euro experiment. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Jg.44. Heft 3.
- Schlote, Axel (1996): Widersprüche sozialer Zeit. Zeitorganisation im Alltag zwischen Herrschaft und Freiheit. Wiesbaden: Springer.
- Schindele, Alexandra/ Szczesny, Andrea (2015): The impact of Basel II on the debt costs of

- German SMEs. In: Journal of Business Economics. 86.3.
- Schneider, Etienne (2017): Raus aus dem Euro, rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro. Hamburg: VSA.
- Sewell, William (2008): The temporalities of Capitalism. In: Socio Economic Review. 6. 3.
- Stahel, Andri Werner (1999): Time contradictions of capitalism. In: Capitalism Nature Socialism. 10.1.
- Stockhammer, Engelbert (2000): Krise oder finanzdominiertes post-fordistisches Akkumulationsregime? In: Kurswechsel. 4.
- Stockhammer, Engelbert/ Ramskogler, Paul (2009): Wie weiter? Zur Zukunft des Postkeynesianismus. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Jg 35. Heft 3.
- Stützle, Ingo (2006): Die Frage nach der konstitutiven Relevanz der Geldware in Marx' Kritik der politischen Ökonomie. In: Hoff, Jan/ Petrioli, Alexis/ Stützle, Ingo/ Wolf, Frieder Otto (Hrsg.): Das Kapital neu lesen – Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Thompson, Edward P. (1967): Time, Work-Discipline and industrial capitalism. In: Past&Present. 38.
- Thompson, Grahame (2017): Time, trading and algorithms in financial sector security. In: New Political Economy. 22.1.
- Tomba, Massimilano (2013): Accumulation and time: Marx's historiography from the Grundrisse to Capital Capital&Class. Vol 37.3.
- Zeller, Christian (2011): Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime. Ungleichgewichte und Suche nach neuen Feldern. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie. 55.1-2.

Abbildungsverzeichnis:

Abb. 1, S.32: Zusammenhang zwischen vertikaler Integration und Umschlagszeit, Harvey 1982, S.130.

Abb. 2, S.32: Zusammenhang zwischen vertikaler Integration und Umschlagszeit, Harvey 1982, S.130.

Abb. 3, S.98: Abbildung 3. Investitionsquoten nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften. Eurostat, eigene Berechnungen

Abb. 4, S.100: Strukturanteile verschiedener Volkswirtschaften an den Importen Deutschlands. Eurostat, eigene Berechnungen

Abb. 5, S.106: Strukturanteil an deutschen Exporten (Eurostat, eigene Berechnungen)

Abstract

Die Arbeit rekonstruiert Zeit als Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse. Dabei wird zuerst der Stellenwert von Zeit in verschiedenen Theorien diskutiert und die Notwendigkeit von Temporalität als Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse in drei Schritten herausgearbeitet. In der Folge wird die zeitliche Dimension des Akkumulationsprozesses untersucht und der Begriff des "spatio temporal fix" kritisch eingeordnet. Ein zeitlicher ist dabei auch stets auf einen räumlichen „Fix“ bezogen. Anschließend an die Analysen David Harveys wird über dessen zu einseitig an einer kapitallogischen Analyse orientierten Konzeption hinausgegangen.

In einem nächsten Schritt wird die Regulationstheorie, als ein Ansatz zur Analyse der komplex gegliederten, nie vollständig auf die Warenproduktion zurückzuführenden, Temporalität kapitalistischer Gesellschaften diskutiert. Jede der strukturellen Formen ist dabei historisch konkret verräumlicht wie auch verzeitlicht, die Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse ist stets auch die Regulation verschiedener Zeitlichkeiten der Reproduktion und Produktion. Angereichert wird dies auch durch die Einführung von Konzepten wie dem Produktivsystem und jenem der strukturellen Heterogenität, das die (De)Synchronisierung von Gesellschaftsformationen und der sie tragenden Staatsapparate auf verschiedenen Ebenen erklären kann.

In einem letzten Schritt werden die entwickelten und diskutierten Konzepte auf die Bearbeitung der Finanzkrise ab 2007 in der Europäischen Union analytisch angewandt. Dabei wird einerseits argumentiert, dass es sich bei den die EU bildenden Gesellschaftsformationen um verschiedenen Akkumulationsteilregime im Rahmen eines internationalen, finanzdominierten Akkumulationsregimes handelt. Andererseits, dass die grundlegenden Probleme, die mit der Eurokrise Anfang der 2010er Jahre offenbar wurden, weiterbestehen und die Synchronisierung einer nächsten Krise im Rahmen der Staatsapparate der verschiedenen räumlichen Ebenen zweifelhaft erscheint.